© BMVBS, Berlin 2010

Positionen zum Wiederaufbau verlorener Bauten und Räume

Forschungen, Heft 143

Hrsg.: BMVBS, Berlin 2010

Städtebauliche Entwicklungen sind häufig Ergebnis widersprechender Interessen, Ideen und Haltungen. Insofern wird die Wiederaufbaudebatte nicht nur von Fachleuten geführt. Was hat sich in der Gesellschaft verändert, dass seit einigen Jahren wieder häufiger Rekonstruktionen erwogen werden? Sind sie eingebettet in ein allgemeines Bedürfnis nach Geschichtlichkeit oder nur Ausdruck eines spezifischen Schönheitsbegriffs, einer bestimmten Sehnsucht nach einem bestimmten Bild von Stadt? Welche Rollen nehmen die verschiedenen Akteure in der Debatte ein?

Die Autoren haben Erklärungsansätze aus den Politik-, den Sozial- und den Kulturwissenschaften zusammengetragen und zueinander in Beziehung gesetzt. In vier Fallstudien analysieren sie Wiederaufbauvorhaben hinsichtlich ihrer Vorgeschichte, ihres politisch-gesellschaftlichen Prozesses, der in ihnen formulierten Argumente und zur Verfügung stehenden Entscheidungsgrundlagen sowie ihrer Ergebnisse. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Rolle lokaler Bürgerinitiativen. Das Heft zeichnet zudem die aktuelle Debatte innerhalb der Denkmalpflege-Profession nach und formuliert Grundlagen für eine Qualifizierung der Diskurse.

Bearbeitung:
Universität Kassel (Auftragnehmer), Fachbereich 6, Fachgebiet Stadterneuerung/Stadtumbau Prof. Dr. Uwe Altrock, Grischa Bertram, Henriette Horni

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn
Dr. Olaf Asendorf

kostenfrei
zu beziehen bei: **architektur.baukultur@bbr.bund.de**, Stichwort: Forschungen 143

ISBN 978-3-87994-475-0

Download (pdf/7652-KB)

Inhalt

Zusammenfassung / Summary

1 Einführung
1.1 Anlass, Ziel und Kurzüberblick
1.2 Methoden

2 Die Rekonstruktionswelle
2.1 Das Phänomen postmoderner Rekonstruktion und der Begriff der "Rekonstruktionswelle"
2.2 Gesamtüberblick über die Inhalte dieses Forschungsberichts

3 Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Hintergründe
3.1 Einleitung und Überblick
3.2 Hintergrund: Denkmalpflegerische Positionen und Wiederaufbaupraxis vor 1975
3.3 Gesellschaftliche Disposition
3.4 Gesellschaftlicher Wandel

4 Wiederaufbauprozesse: Zentrale Einflussfaktoren
4.1 Vorläuferprozesse und ihre Wirkungen
4.2 Katalytische und prozessbestimmende Faktoren
4.3 Erwartungen an Rekonstruktionen und deren potenzielle Funktionen

5 Fallstudien
5.1 Neumarkt Dresden
5.2 Universitätskirche St. Pauli Leipzig
5.3 Historisches Rathaus Wesel
5.4 Thurn-und-Taxis-Palais Frankfurt a. M.
5.5 Einflussfaktoren auf Entscheidungsprozesse über Rekonstruktionsvorhaben und deren Merkmale

6 Die aktuelle Fachdebatte - Tendenzen eines inter- und transdisziplinären Diskurses
6.1 Denkmalpflegepositionen und Praxis in einer Übergangszeit
6.2 Die späte Fachdebatte
6.3 Aktuelle Tendenzen
6.4 Die Fachdebatte - Normalisierung, Differenzierung, Evolution?

7 Grundlagen für eine Qualifizierung der Debatten über "Identität durch Rekonstruktion"
7.1 Identitätsstiftende oder stigmatisierende Rolle von städtischen "Leerstellen", Mahnmalen und Ruinen, integrative Stadtentwicklungsverfahren an symbolischen Orten
7.2 Zeitgenössische identitätsstiftende Architektur

8 Literatur und Quellen

Auszüge

...

4.3 Erwartungen an Rekonstruktionen und deren potenzielle Funktionen

...

Im Folgenden werden lediglich Funktionen betrachtet, die dem Bauwerk und seiner Architektur zugeschrieben werden, während solche, die sich aus der Nutzung heraus begründen, nicht aufgeführt werden. Wenngleich hier nicht einer Beliebigkeit von Gebäudenutzung und -hülle das Wort geredet werden soll, ist doch davon auszugehen, dass die wenigsten für ihre funktionsfähige Nutzung eine bestimmte Architektur benötigen. Entsprechend sind nur wenige Beispiele bekannt, in denen die Nutzung ein zentrales Argument für einen Wiederaufbau gewesen ist (vgl. etwa die Fallstudie zur Paulinerkirche, die allerdings letztlich auch nicht erfolgreich im Sinne der geforderten originalgetreuen Rekonstruktion verlief; 5.2). Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass die Nutzung häufig als ein zentrales Gegenargument angeführt wird, weil sie zunächst unklar (etwa Berliner Stadtschloss), nicht erforderlich (Wiederaufbau von Kirchen in Ostdeutschland) oder nicht dem Bautyp adäquat möglich (vordemokratische Herrschaftsbauten) sind.

...

5.2 Universitätskirche St. Pauli Leipzig

„Mein Haus soll ein Bethaus heißen, ihr aber habt eine Mördergrube daraus gemacht“ (Mt 21: 13). Zu diesem Bibelwort predigte Martin Luther 1545 und weihte damit die Leipziger Paulinerkirche als protestantische Universitätskirche. Die damals – einen Vorgängerbau eingeschlossen – bereits dreihundert Jahre alte Kirche diente nachfolgend nicht nur als Gottesdienstraum, sondern auch für musikalische und universitäre Veranstaltungen und war zeitweise auch die Aula der Hochschule. Ihre Geschichte endete am 30. Mai 1968, als das Gebäude, das den Zweiten Weltkrieg nahezu unbeschadet überstanden hatte, gesprengt wurde. Stadtverwaltung, Staats- und Parteiführung und Universitätsleitung, sie alle hatten die Kirche innerhalb ihrer Aufbauplanungen zunehmend in Frage gestellt, während die Bevölkerung nicht gewillt oder in der Lage war zu protestieren. Dies taten insbesondere einige christliche Studierende, denen die Kirche nicht nur Gottesdienstraum, sondern zugleich ein Ort politischer Freiheit geworden war. Ihr Widerstand kulminierte, als es längst zu spät war: Am 20. Juni 1968 entrollten sie während des Internationalen Bachwettbewerbs ein Plakat, auf dem „Wir fordern Wiederaufbau“ zu lesen war. Es folgten Verhaftungen und Repression, für einen Studierenden gar die Ausbürgerung. Die mutwillige Zerstörung der Kirche wurde fortan in der DDR tabuisiert, nur unter christlichen Studierenden wurde sie forterzählt. Im Umfeld der von Leipzig ausgehenden friedlichen Revolution der Jahre 1989/90 aber wurde sie bald für zumindest einen Teil der Bevölkerung – darunter viele, die bereits 1968 von der Sprengung persönlich betroffen waren – zum Symbol für die staatliche Willkür und Kultur-Barbarei des Regimes. Bald gründete sich eine Bürgerinitiative, dann ein Paulinerverein, die den alten Plakatspruch aufgriffen und zu ihrem Fernziel erklärten. Gedenken wollten sie ansonsten, dem Gebäude und dem Widerstand sowie den nicht wenigen Reste der Kirche, kulturhistorisch wertvolle Holz- und Steinepitaphe, die man vor der Sprengung eilig hatte retten können. Dem Gedächtnis verwehrten sich weder Stadt noch Universität, das Fernziel allerdings stieß hier wie bei der Landesregierung auf wenig Gegenliebe, wenngleich der Innenstadtcampus, von dem die Kirche und das Augusteum genannte Hauptgebäude der wesentliche Teil gewesen waren und an deren Stelle in den 1970er Jahren mittlerweile als recht unbrauchbar geltende Universitätsgebäude entstanden waren, bald zu einem von vielen Themen der Stadt- und Universitätsentwicklung wurde. Ein Ideenwettbewerb befasste sich 1994 mit dem Augustusplatz, zu dem sich die einstige Prunkfassade der Universität orientierte, 2001/02 folgte ein Realisierungswettbewerb für die Umgestaltung und nur teilweise Neubebauung des Campus – ein Wiederaufbau wurde jeweils durch die Auslobung ausgeschlossen. Die Position des so genannten Paulinervereins verbesserte sich dann jedoch erheblich: Die Dresdner Frauenkirche schritt als positives Beispiel voran, die dortige Landesregierung wechselte und zwei „Freunde Dresdens“, insbesondere der Nobelpreisträger Günter Blobel, entdeckten das Leipziger Vorhaben für sich und unterstützten den bislang wenig professionellen Verein mit Rat, Tat und Geld. Zudem schien die Bevölkerung wenig Gefallen am modernen, wenngleich Elementen der Geschichtsvermittlung versehenen Siegerentwurf zu finden, der zudem nur einen zweiten Preis erhalten hatte. Anfang 2003 dann scherte die Landesregierung aus ihrer Vereinbahrung mit der Universität und dem Bund mit der Stadt aus und stellte den Wiederaufbau in Aussicht. Es kam zum Eklat, der Oberbürgermeister sprach

vom „schwarzen Tag“, das Rektorat trat zurück und die Bevölkerung schien nun auf ihrer Seite. Unter dem Druck, der nicht zuletzt auch von der bereits 2009 anstehenden 600-Jahrfeier der Universität ausging, einigte man sich auf einen neuen Wettbewerb. Eine Rekonstruktion war wieder ausgeschlossen, doch deutliche Anlehnung am Vorkriegsbau nunmehr ausdrücklich gewünscht. Als die Vereinsvertreterin in der Jury die Beiträge vor dem Eintritt in die zweite Wettbewerbsphase veröffentlichte, kam es zum Volks- und damit zum Gottesurteil, das schließlich auch vom Preisgericht besiegelt und von allen – einschließlich dem mittlerweile zum Vereinsvorsitzenden gekürten Blobel – bejubelt wurde. Der Niederländer van Egeraat schien mit seiner Mischung aus betont zeitgenössischem Material und Funktionalität sowie deutlichen Anlehnungen an Kubatur und gotischem Stil der verlorenen Kirche einen salomonischen Vorschlag unterbreitet zu haben. Doch auch dieser Heilsbringer vermochte trotz aller Flexibilität nicht, über das Meer der verschiedenen Ansprüche zu gehen. Neue Konflikte um Nutzung, Namen und Innenraumgestaltung wogten hoch und wurden trotz weiterer Kompromissversuche wesentlich zu Gunsten der aktuellen Ansprüche der Universität und gegen den auch hier traditionsorientierten Paulinerverein entschieden: Die in der Architektur zur Kathedrale überhöhte Kirche, sie sollte vor allem Aula sein.

Dies ist ein mögliches Narrativen, das die Fallstudie der Leipziger Universitätskirche St. Pauli – zumeist kurz als Paulinerkirche bezeichnet – in erster Näherung beschreiben und den in vielen Punkten ungewöhnlichen Verlauf erklären kann, ohne dabei beständig den Vergleich zu einem – letztlich fiktiven – „Regelfall“ anzustellen oder dem Vergleich mit den übrigen untersuchten Fallstudien vorzugreifen. Andere Erzählstränge, die zum Teil von Prozessbeteiligten vorgetragen oder der Sekundärliteratur entnommen, zum Teil innerhalb der Analyse entstanden sind und den hoch komplexen Prozess jeweils ebenfalls nur verkürzt und auf die eine oder andere Weise wertend wiedergeben können, aber gleichwohl einbezogen werden müssen, sind:

- die Geschichte einer fast 600-jährigen Universität, die sich in einem schwierigen überaus Umstrukturierungs- und Wiederaufbauprozess und unter den Voraussetzungen eines zumindest nationalen Wettbewerbs zukunftsorientiert neu positionieren muss und sich dabei plötzlich lokalen Forderungen nach Aufarbeitung einer wenig vermarktungsfreundlichen Vergangenheit gegenübergestellt sieht;
- ein Teil der Biografie eines genialen Architekten, dem es von außen kommend gelingt, trotz einer Fülle vorliegender Entwürfe und denkbar ungünstiger Rahmenbedingungen eine gänzlich eigenständige Interpretation des Ortes zu entwickeln und damit zugleich die viele unterschiedliche Vorstellungen zu vereinen versteht, sich selber aber nicht vor dem Ruin retten kann;
- die langwierige Aushandlung eines Kompromisses zwischen zunächst auf die Durchsetzung eigener, zum Teil sachdenwurfremder Interessen orientierten Akteure innerhalb einer im Wesentlichen unstrukturierten Arena;
- der Wunsch der Mächtigen in Stadt und Land, an prominenter Stelle in der Stadt ein Bauwerk zu errichten und sich damit beim an dem Bau zunächst wenig interessierten, jedoch grundsätzlich kritischen Volke beliebt zu machen;
- die Beschreibung eines komplexen Abwägungsprozesses zwischen konfligierenden Raumnutzungen, Ansprüchen, Deutungen und Aneignungen ohne die Anwendung eines entsprechenden planerischen Instrumentariums, zumal auch der Stellenwert von Religion in einer säkularen Stadt zum Abwägungsmaterial zählte;
- eine Erzählung von der Bürgerstadt Leipzig, die sich mit beständigem Blick auf die höfische Landeshauptstadt Dresden ein dortiges Vorbild in einem für sie typischen stadtgesellschaftlichen Diskurs zu Eigen macht und dadurch etwas Eigenständiges erzeugt.

Nicht – oder wenn, dann doch nur sehr begrenzt – geeignet scheint das Fallbeispiel hingegen für die Beschreibung des Konflikts zwischen zeitgenössischer Architektur und traditionsorientiertem Bauen. Die eigentliche Konfliktlinie besteht nämlich gerade nicht in der Interpretation oder Bewertung der Geschichte, womit sich Leipzig durchaus von anderen Rekonstruktionsdebatten unterscheidet, wo durchaus um Verständnis für moderne Stadtentwürfe geworben wird oder – im Falle einer direkten Kriegszerstörung – eine historische Bewertung tabuisiert oder zumindest vermieden wird. Vielmehr bestehen konträre Auffassungen darüber, ob aus dem vergangenen Unrecht ein Anspruch auf „Wiedergutmachung“ erwächst und ob eine Rekonstruktion oder der Nicht-Wiederaufbau das geeignete Mittel zur Erinnerung an die Zerstörung ist. Wohl auch deshalb ist das Ergebnis ein anderes: „Eine neoexpressionistische Dachlandschaft, in die sich eine Reminiszenz an den Giebel der Paulinerkirche einfügt. So beispielsweise wäre eine ernsthafte Erinnerung möglich – fern jener

Rekonstruktionsmanie, welche derzeit in Deutschland grassiert.“ (Hubertus Adam, Neue Züricher Zeitung 20.2.2004, zit. in Engmann 2008: 85)

Im Folgenden werden die Begriffe Paulinerkirche und Universitätskirche synonym verwendet, obgleich die innerhalb der Debatte kontroverse Verwendung bekannt ist.

5.21 Vorgeschichte

Baugeschichte

Die Geschichte der Paulinerkirche ist fest verwurzelt in der Geschichte der Stadt Leipzig. Innerhalb des ab 1229 gebauten Dominikanerklosters wurde 1240 – nur 75 Jahre nach Verleihung der Stadtrechte – eine dreischiffige, flach gedeckte Klosterkirche errichtet. Trotz mehrfacher, umfangreicher Umbauten wurde dieser Grundriss prinzipiell beibehalten. Sie wurde dem Apostel Paulus geweiht, der Name „St. Pauli“ ist dennoch erst ab 1372 nachgewiesen. Der Leipziger Dominikanerorden gewährte 1409 hussitischen Lehrkräfte und Studenten aus Prag Unterkunft, die daraufhin die Universität Leipzig als zweite innerhalb des deutschen Reiches (nach Heidelberg) gründeten. Die Paulinerkirche wurde fortan auch für akademische Akte genutzt und diente als Begräbnisstätte der Universitätsprofessoren. Ende des 15. Jahrhunderts wurden die Seitenschiffe erhöht und die Kirche mit einem Deckengewölbe versehen, um bereits zwischen 1519 und 1521 durch einen Neubau in spätgotischer Hallenform ersetzt zu werden. Im Zuge der Reformation sollte das Kloster geschliffen werden, der Rektor konnte jedoch eine Schenkung an die Universität erreichen, was dazu führte, dass die Kirche von 1539 bis zur Weihe als protestantische Universitätskirche durch Martin Luther vor allem als Aula genutzt wurde. Seit 1545 fand dann zumeist eine gemischte Nutzung für akademische Gottesdienste, Feiern, Konzerte, Promotionen (religiös und weltlich) statt. Bis 1839 wurde das Augusteum nach Plänen Karl Friedrich Schinkels als Hauptgebäude der Universität errichtet und erhielt die Kirche eine passende Ostfassade im klassizistischen Stil. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Fassaden beider Gebäude durch Arwed Rossbach historistisch überprägt: Während das Augusteum im Neorenaissance-Stil umgebaut wurde, wurde die Platzseite der Universitätskirche neogotisch gestaltet. Auch der spätgotisch erhaltene Innenraum wurde um neogotische Ausmalungen ergänzt. Bereits zu Anfang des 19. Jahrhundert war eine barocke Kanzel und doppelgeschossige Empore eingefügt worden. In dieser Form blieb die Kirche bis zu den Kriegseinwirkungen ab 1943 nahezu unverändert. (vgl. insg. Richter 2009, Koch/Koch 2006: 15–17)

Entsprechend ist von einem erheblichen Denkmalwert der Universitätskirche St. Pauli vor ihrer Zerstörung auszugehen, der letztlich auch als Argument für die Wiederherstellung angeführt wird. Einerseits besaß sie historischen Zeugniswert als letztes erhaltenes Gebäude aus der Gründungszeit der Universität (selbst, wenn man erst den Neubau von 1521 heranziehen wollte) und Wirkungsstätte Luthers, aber auch anderer deutscher Geistesgrößen wie Bach, Leibniz, Goethe, Schumann, Mendelssohn-Bartholdy, Wagner und Heisenberg (vgl. Koch/Koch 2006: 17). Andererseits war auch der baukünstlerische Wert insbesondere der reichen Innenausstattung (zahlreiche Grabmale, Epitaphe, Skulpturen, des Schnitzaltars und der Orgel) als hoch einzuschätzen, wenngleich die letzte Fassade als Bauwerk des Historismus sicher erst ab den 1970er Jahren eine denkmalpflegerische Wertschätzung erreicht hätte.

Zerstörung

Durch die Kriegshandlungen des Zweiten Weltkriegs wurde die Paulinerkirche nur kaum beschädigt, was wesentlich mit dem Einsatz eines Theologieprofessors und seinen Helfern begründet wird, die in Bombennächten Brandwache hielten. Das benachbarte Augusteum hingegen wurde wie viele weitere Gebäude am Augustusplatz schwer beschädigt und brannte teilweise aus. Dennoch wurde es direkt nach dem Krieg in Teilen instand gesetzt, damit die Universität ihren Lehrbetrieb wieder aufnehmen konnte. Ziel war zunächst die vollständige Wiederherstellung. Die Universitätskirche diente ab 1943 als Ausweichquartier für die katholische Propsteigemeinde, was 1946 durch einen Mietvertrag noch einmal bestätigt wurde. (Koch/Koch 2006: 17–18; Vgl. Richter 2009) Die Entwicklungen, die 23 Jahre nach Kriegsende dennoch zur Sprengung der Kirche führten, sind zwar in einer Reihe von Veröffentlichungen beschrieben worden, doch sind sie zum Teil widersprüchlich und überlagern sich historische Fakten mit mündlichen Überlieferungen, die eher eine Legendenbildung vermuten lassen. Dabei ist allerdings auch zu vermuten, dass die Reduktion historischer Beziehungen auch in der noch immer nicht abgeschlossenen Auseinandersetzung um die Schuldfrage dienlich erscheint und dass es

verschiedentlich darum geht, die Sprengung als anti-christlichen Akt des sozialistischen Regimes darzustellen. Dabei weist bereits Löffler (1993) auf die frühzeitigen Impulse hin, die aus der Universität heraus auf einen Abriss abzielten. Bis heute findet eine ausführliche Auseinandersetzung um die Schuldfrage statt (Richter 2009), die insbesondere für die verbliebenen „Widerständler“ bzw. die Beteiligten an der nachträglichen Protestaktion weiterhin von zentraler Bedeutung ist. (Vgl. Koch/Koch 2006: 9)

Die Paulinerkirche scheint dabei zunächst wenig beachtet worden zu sein, stand doch das Augusteum als Hauptgebäude der Universität im Zentrum der Überlegungen. Nachdem es zunächst notdürftig hergerichtet worden war, wurde Mitte der 1950er Jahre über eine vollständige Verlagerung des Universitätsstandorts nachgedacht. Entsprechende Überlegungen hatten in Leipzig bereits seit 1910 bestanden, als die Universität fünfzig Hektar Land in Probstheida zum Bau einer Universitätsstadt erworben hatte. Nun wurden stattdessen ab spätestens 1950 Pläne für eine Universitätsviertel zwischen Bayerischem Bahnhof und Technischer Messe aufgestellt, so dass der Verwaltungsdirektor 1955 formulierte: „Außerdem liegt die Zukunft der Universität im Süden Leipzigs, und auf das Augusteum wird durch die Universität keinen Wert gelegt.“ (Zit. in Löffler 1993: 23) Gleichzeitig weist Richter (2009) darauf hin, dass bereits 1953 sowohl Universität als auch Augustusplatz nach Karl Marx umbenannt wurden, worin er einen Beleg dafür sieht, dass ihnen eine bedeutsame Rolle bei der Durchsetzung der sozialistischen Idee zugeschrieben wurde. Da aus Kostengründen eine baldige Verlegung nicht in Aussicht stand und andererseits 1959 der 550. Jahrestag der Universitätsgründung in einem repräsentativen Gebäude gefeiert werden sollte, wurde insbesondere von der Stadtverwaltung auch eine Wiederherstellung des Augusteums immer wieder ins Auge gefasst. Gegenüber der zuständigen Parteikommission bezeichnet der Universitätsrektor das Augusteum allerdings als Problem, das besser durch einen Neubau gelöst werden solle. Zudem hatte Staats- und Parteichef Walter Ulbricht bereits 1958 auf dem SED-Parteitag verkündet, der Karl-Marx-Platz solle „ein neues Gesicht“ erhalten, und wurden entsprechende Pläne innerhalb des Politbüros vorbereitet. Dennoch wurde hier 1959 zunächst beschlossen, das Augusteum zu erhalten und die Kirche auf einen rückwärtigen Standort zu versetzen. Erst als sich die Universität dem widersetzte, keine Mittel für den Wiederaufbau des Augusteums bereitstellte und eigene Pläne für eine zweckmäßige Bebauung – allerdings noch einschließlich einer versetzten Universitätskirche – erstellte, schwenkten auch die von Ulbricht bereits zuvor wegen ihrer zaghaften Neuplanung des Zentrums kritisierte Stadtverwaltung und das Politbüro um: Ende 1960 beschloss der Stadtrat schließlich den Abriss sowohl von Augusteum als auch Paulinerkirche. Den Grund hierfür sieht Löffler (1993: 36) letztlich in den hohen Kosten für die Wiederherstellung bzw. auch Verschiebung der Bestandsgebäude und widerspricht damit durchaus auch der von ihr eingangs zitierten Elisabeth Hüttner, nach deren Meinung die Konzeption der sozialistischen Stadt ursächlich für den Abriss von Kirche und Augusteum war. (Insg. Löffler 1993: 19–36, Koch/Koch 2006: 18–26)

Von da an wurde an dem grundsätzlichen Beschluss festgehalten, wenngleich die Neuplanung des Bereichs noch einige Zeit in Anspruch nahm. Wie beim Aufbau des Stadtzentrums insgesamt kam es auch hier zu erheblichen Verzögerungen. Nachdem zunächst das Jahr 1965 für den Abschluss der Baumaßnahmen avisiert worden war, wurde 1961 vom Politbüro beschlossen, das Projekt 1962/63 zu beginnen und 1966 abzuschließen. Als der Stadtrat jedoch 1962 über den Bebauungsplan für die Innenstadt bis 1965 befand, fehlt die Westseite des Karl-Marx-Platzes. 1963 wird dann die „Enttrümmerung“ des Universitätsstandorts und die Neubebauung einschließlich Hochhaus für die Jahre 1965 bis 1970 festgelegt, obwohl insbesondere SED-Bezirkssekretär Paul Fröhlich immer wieder auf einen früheren Sprengtermin drängt, so dass ein solcher gar dementiert werden muss (LVZ 13.2.1964). 1967 beschließt dann der Stadtrat ein Abbruchkonzept und das Politbüro die Auslobung eines Architekturwettbewerbs, der Ende März 1969 entschieden wird. Der einzige Beitrag, der eine Integration der Paulinerkirche vorsieht, wird nicht mit einem Preis ausgezeichnet, während eine Kombination aus zweitem und drittem Preis zur Bebauung vorgeschlagen wird. Dennoch werden auch innerhalb dieser Phase mehrfach Überlegungen zum Erhalt von Kirche und bzw. oder Augusteum angestellt, so etwa in Verbindungen mit Politbüro-Planungen für ein Haus der Kultur oder noch im Oktober 1965, wo drei Varianten für die Campusbebauung diskutiert werden, einschließlich einer unter Einbeziehung von Paulinerkirche und Teilen des Universitätsgebäudes. Schließlich wird gar als Argument für den Bau eines Hochhauses angeführt, ein Verzicht könne den Abriss der Altsubstanz fragwürdig machen. Schließlich stimmte auch die Universitätsleitung dem Bebauungsplan für den Innenstadtcampus zu, der eine andere Bebauung an Stelle der Kirche und damit letztlich ihren Abriss vorsah. Selbst der Dekan der Theologischen Fakultät enthielt sich lediglich der Stimme, um nicht „als Störenfried zu gelten“ (Koch/Koch 2006: 9). Am 30. Mai 1968 wurde schließlich die Universitätskirche St. Pauli gesprengt. (Vgl. insg. Löffler 1993: 226–230)

Richter (2009) weist auf die erhebliche Bedeutung hin, die der Neubebauung von der Parteiführung beigemessen wurde: Zum einen prägte das Ensemble den Karl-Marx-Platz, ideell sollte die Universität als eine der wichtigsten Bildungseinrichtungen des Landes eine wesentliche Funktion bei der Eliteausbildung des neuen Staates erhalten und die Architektur diese Aufgabe widerspiegeln, „den Aufbruch in eine ‚Glück verheißende Zukunft' symbolisieren". Er zitiert einen nicht-öffentlichen Vortrag Fröhlichs, indem er gut eine Woche vor der Sprengung den Entwurf für den neuen Universitätskomplex und sein gesellschaftliches Transformationspotenzial (Delitz 2006) pries:

„So etwas ist einmalig Genossen, städtebaulich, architektonisch, künstlerisch. ... Es sind neue Kunstwerke, die wir hier schaffen. Das ist die größte humanistische Tat der Arbeiter- und Bauern-Macht. Der Bau einer solchen Universität ist die größte humanistische Tat der Deutschen Demokratischen Republik, weil darin Wissenschaftler ausgebildet werden für die Mehrung des Nationaleinkommens, für den ersten sozialistischen Staat in Deutschland." (Fröhlich, 22.5.1968; zit. in Richter 2009)

Entsprechend bewertet er die eindeutige Positionierung von Stadt und Universität als „Schützenhilfe" gegenüber kirchlichen und denkmalpflegerischen Widerständen, die nach seinem Dafürhalten dazu geführt haben, dass sich die DDR-Regierung lange Zeit vor einem Abriss und Neuaufbau scheute.

Mit dem Bild der politisch gewollten Zerstörung ist für Kowa (2009: 7) sowohl die Erinnerung an die Schändung der Stadt als auch die „Schmach, der Obrigkeit nicht getrotzt zu haben, wie das in Dresden beim Residenzschloss der Fall gewesen war", verbunden. Offenbar gereichte dieser Erinnerungskomplex jedoch – anders als bei der Dresdner Frauenkirche – nicht dazu, eine originalgetreue Wiederherstellung Jahrzehnte nach der Zerstörung innerhalb der Entscheidungsträger als auch der Bevölkerung durchzusetzen. An dieser Interpretation interessant ist auch der Hinweis auf die Städtekonkurrenz zu Dresden. Während die Bürgerinnen und Bürger der einstigen Residenzstadt deren Hinterlassenschaften wahren konnten, gelang dies der ausgerechnet Bürgerstadt Leipzig mit ihrer Referenz an ihre Vergangenheit als Geistesstadt, in der Religion und Wissenschaft zeitweise (Häuser 10.9.2009) durchaus verbunden waren, nicht. Kaum mehr nachzuvollziehen ist wohl, inwieweit diese Unfähigkeit auch darin begründet gelegen haben mag, dass ein nicht mehr nutzbarer Herrschaftssitz für das SED-Regime letztlich weniger problematisch war als der Verweis auf die christliche Tradition einer nunmehr reformierten Hochschule. Kowa (2009: 7) geht davon aus, dass sich mit der Zerstörung nur die Erinnerung an das Kirchenäußere, insbesondere die platzbeherrschende Ostfassade von Arwed Rossbach (1897), erhalten hat, die ihrerseits bereits kaum Bezug mehr zu dem weitgehend aus dem 13. Jahrhundert stammenden Inneren hatte, und argumentiert damit implizit gegen die Vorstellung des Paulinervereins für eine Wiederherstellung der Fassade.

Frühere Auseinandersetzungen um Erhalt/ Wiederherstellung

Wenngleich letztlich nicht erfolgreich, erscheint die Einschätzung, die Leipziger Bevölkerung habe „der Obrigkeit nicht getrotzt" (Kowa 2009: 7), zumindest nicht vollständig zutreffend. Vielmehr sind relativ umfangreiche Protestaktionen vor und nach der Sprengung dokumentiert, gleichzeitig war der Vollzug von erheblichen staatlichen, sich zum Teil anti-klerikal gebärdenden Legitimationsbemühungen und Repressionen begleitet. Inwieweit allerdings Berichte über einen starken Widerstand der Bevölkerung tatsächlich zutreffen, ist heute kaum überprüfbar. So ist es durchaus möglich, „dass Teile der Bevölkerung einen in die Zukunft weisenden Neubau dem Erhalt der historischen Substanz vorzogen" (Richter 2009; vgl. Engmann 2008: 6) Koch/Koch (2006: 27–61; vgl. insg. auch Koch 2000, 2008) beschreiben insbesondere den studentischen Widerstand bzw. Protest in einiger Detailliertheit, während unklar ist, in welchem Umfang sich auch Nicht-Universitätsangehörige an den nach dem Beschluss am 23. Mai 1968 täglich stattfindenden Versammlungen beteiligten. Obgleich von einem vollständig friedlichen Protest berichtet wird, kam es wiederholt zu Festnahmen und zum Teil ausführlichen Verhören. Ihren Höhepunkt erreichte die Opposition gegen den Kirchenabriss erst drei Wochen nach der Sprengung, als fünf Physikstudenten mit Verbindung zu den Studierendengemeinden das Abschlusskonzert der dritten Internationalen Bachkonzerte zum Protest nutzten. Mittels eines automatischen Mechanismus entrollten sie über der Bühne ein Plakat, das mit „Wir fordern Wiederaufbau!" beschriftet war und bis heute vom Paulinerverein und mittlerweile von Pro Paulinerkirche e. V. ähnlich einem Logo geführt wird. Von diesen ersten Wiederaufbaubefürwortern wurde letztlich nur Dietrich Koch verurteilt und später in den Westen abgeschoben; die übrigen Mitglieder des „AK Universitätskirche und Demokratische Aktion" wurden bis 1976 weiter beobachtet und waren in dieser Zeit insbesondere in der evangelischen und katholischen Studentengemeinde

aktiv, wo sie in Verbindung zum Protest gegen die Stellung der Kirche in der neuen DDR-Verfassung standen. 1976 vermerkte das Ministerium für Staatssicherheit dann die Zerschlagung der „aktiven staatsfeindlichen Gruppierung“. Spätestens nach der Wende traten mehrere Aktivisten wieder für ihr Ansinnen ein, so dass auch die Erinnerung an diese „spektakulärste, erfolgreichste und wohl auch bedeutendste Aktion studentischen Gruppenwiderstands 1968 in der DDR“ (Hartmut Zwahr; zit. auf dem Buchrücken von Koch 2008) wieder auflebte.

Für die weitere DDR-Zeit wird nicht selten von einer Tabuisierung der Sprengung (Engmann 2008: 5) und sogar von der Nicht-Erwähnung der vormaligen Bebauung (Topfstedt 2000: 329) berichtet. Engemann (2008: 5) verweist allerdings auch auf stadthistorische Literatur aus den 1980er Jahren, in der bereits „ein gewisses Bedauern, dass zumindest die gotische Kirche damals ‚leider‘ nicht in den Neubaukomplex mit einbezogen wurde“, zum Ausdruck gebracht worden sei. Aus eigener Erinnerung schildert er auch den Umgang mit dem Andenken an das zerstörte Bauwerk im Schulunterricht der späten 1980er Jahre und dass die „Brisanz in der jüngeren Geschichte dieser Kirche“ allen bewusst gewesen sei, folglich auch die Geschichte der Sprengung durchaus Teil der oral history der Leipziger war. Heymann (26.8.2009) berichtet, dass eine solche Weitergabe vor allem innerhalb der Studentengemeinde stattgefunden habe, wo zudem eine gewisse – wohl eher ironische – Legendenbildung betrieben wurde, indem erzählt wurde, der wellige Innenhof des Campus sei die „Rache der PK“, deren Fundamente sich senkten. Offiziell sei hingegen lediglich darauf verwiesen worden, dass es einen Vorgängerbau gab, dass dann aber Platz gemacht wurde für ein „tolles neues Gebäude“.

Unklar ist, in welchem Umfang es bereits vor 1989 Rekonstruktionswünsche gab und diese in irgendeiner Weise in entsprechende Bestrebungen mündeten. Wolff (10.9.2009) geht davon aus, dass es ohne Weiteres möglich sei, dass für die heutigen „Pauliner“ – obgleich häufig Zeugen und Betroffene der Sprengung und nicht selten Mitglieder des „Widerstands“ (Stötzner 28.8.2009) – durch die Wende nicht nur ein Möglichkeitsfenster, sondern überhaupt erst der Wunsch entstanden sei. Dafür spricht auch, dass Stötzner (28.8.2009) berichtet, im Herbst 1989 in einer Diskussionsrunde lediglich die Idee einer „Gedächtniskapelle“ geäußert zu haben.

5.22 Politisch-gesellschaftlicher Prozess

Anlass

Richter (2009) geht davon aus, dass nach 1990 „plötzlich“ eine neue Diskussion über die „Gestaltung des wichtigsten Platzes in Leipzig“ bzw. den Wiederaufbau der zerstörten Bauwerke entstanden sei. Tatsächlich ist über den Ursprung der Diskussion um eine Rekonstruktion der Paulinerkirche wohl auch deshalb recht wenig bekannt, weil dieses Vorhaben zunächst mit sehr wenig Nachdruck verfolgt und selbst von den späteren Hauptverfechtern lediglich als „Fernziel“ in die Satzung des am 15. Januar 1992 gegründeten Paulinervereins aufgenommen wurde. Wesentlich wichtiger erschien zunächst die Erinnerung an die Sprengung und das damit verbundene DDR-Unrecht (Stötzner 28.8.2009) innerhalb der „großen[n] öffentliche[n] Abrechung mit den Fehlleistungen des SED-Regimes“ (Topfstedt 2000: 329). Zerstörung und Widerstand sind mehrfach in den Bürgerforen der Wendezeit thematisiert worden.

Der Paulinerverein geht auch dem Namen nach auf die bereits im Herbst 1990 gegründete „Bürgerinitiative zum Wiederaufbau von Universitätskirche und Augusteum in Leipzig“ zurück. Deren Hauptinitiatoren waren Joachim Busse, ein pensionierter Studienrat aus Osterode im Harz, und eine Leipzigerin, die eine Veröffentlichung Busses zum Thema aufgegriffen hatte und ein Treffen arrangiert hatte (Stötzner 28.8.2008). Topfstedt (2000: 329) geht davon aus, dass die wesentliche Anregung zu der Initiative von Gründung des Förderkreises für den Wiederaufbau der Dresdener Frauenkirche im Februar 1990 ausging.

Wesentliches Argument war zunächst, dass in der Paulinerkirche ein „Sinnbild des inneren, geistigen Widerstands in Leipzig“ gesehen wurde, wie es ein erster Rundbrief Busses (1990; zit. in Topfstedt 2000: 329) formuliert:

„Der Wiederaufbau der Kirche wäre nicht nur die Heilung einer baulichen Wunde im Stadtkörper, sondern würde dazu beitragen, den Leipziger Bürgern ein Stück ihrer angeblich verloren gegangenen Identität wieder zurückzugewinnen und wäre ‚ein symbolischer Akt des Dankes für Mut und

Beharrlichkeit bei der Durchsetzung ihrer politischen Forderungen im Herbst 89.'" (Topfstedt 2000: 329 mit Verweis auf Busse 1990)

War Busse (1990) noch bereit „aus praktischen Gründen" (Topfstedt 2000: 329) auch einen anderen Standort zu akzeptieren – genannt wird der der ehemaligen Johanniskirche oder das direkt angrenzende Eckgrundstück von Augustusplatz und Grimmaischer Straße (ehemals Café Felsche) –, so stellte für den Verein ab 1992 zunächst die Wiederherstellung der alten Front zum Augustusplatz einschließlich des Augusteums die wesentliche Forderung dar, zumal zu diesem Zeitpunkt auch der benachbarte „MDR-Würfel" noch nicht gebaut war. Das Vorhaben wurde primär als ein architektonisch-städtebauliches begriffen, während man sich deutlich nicht als „Kirchenbauverein" verstand. (Stötzner 28.8.2009)

Ein zweiter Anlass ist allerdings auch darin zu sehen, dass in den 1990er Jahren der Gebäudebestand des Innenstadtcampus der Universität mehr und mehr zur Disposition gestellt wurde. Wenngleich Heymann (26.8.2008) davon ausgeht, dass die unzureichende Qualität der Gebäude lange bekannt war, so wurde noch in der Auslobung des 2001/2002 durchgeführten Realisierungswettbewerbs von Erhalt und Sanierung des Universitätshauptgebäudes ausgegangen. Von erheblicher Bedeutung dafür, dass der Freistaat Sachsen letztlich erheblichen Eingriffen in den Bestand zustimmte, waren die 600-Jahrfeier der Universität im Jahr 2009 (vgl. Gormsen 10.9.2009), das Bedürfnis der Universität nach dem Repräsentationsraum einer Aula (vgl. Häuser 10.9.2009) und auch das Betreiben des Paulinervereins (vgl. Stötzner etwa 28.8.2009, Heymann 26.8.2009).

Akteure/Zielgruppen

Als wesentliche Akteure innerhalb der nahezu zwanzig Jahre andauernden Diskussion um den Wiederaufbau der Paulinerkirche und seine konkrete Ausgestaltungen sollen nachfolgend beschrieben werden (vgl. ganz überwiegend auch **www.paulinum-glaswand.de**):

- die Universität Leipzig, zumeist vertreten durch ihre Rektoren Volker Bigl (1997 bis 2003) sowie Franz Häuser (seit 2003); als weitere Teile der Alma Mater Lipsiensis treten insbesondere in der Diskussion seit 2004 die theologische Fakultät, die beiden Studierendengemeinden, Kustos Rudolf Hiller von Gaertringen und Universitätsmusikdirektor David Timm, seltener die Studierendenschaft vertreten durch den StudentInnenRat in Erscheinung;
- der Freistaat Sachsen, insbesondere die Staatsministerien für Wissenschaft und Kunst sowie für Finanzen, die Baukommission sowie der landeseigene Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement als bauausführendes Unternehmen;
- der Architekt Erick van Egeraat sowie das Büro behet + bondzio (Münster);
- die Stadt Leipzig, vertreten durch die Oberbürgermeister sowie Stadtbauräte sowie die im Stadtrat vertretenen Fraktionen von SPD, CDU, FDP/Bürgerliste, Bündnis 90/Die Grünen sowie der DVU;
- die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen sowie verschiedene kirchliche Personen, die Katholische Kirche hingegen nur in anekdotischer Erwähnung.

An dieser Stelle nur kurz vorgestellt werden sollen die zivilgesellschaftlichen Akteure, die im Weiteren noch ausführlich betrachtet werden sollen:

- maßgeblich der Paulinerverein – Bürgerinitiative zum Wiederaufbau von Universitätskirche und Augusteum in Leipzig e.V. sowie in besonderer Form einzelne Vereinmitglieder,
- dessen „Abspaltung" Pro Universitätskirche e.V.,
- das Aktionsbündnis neue Universitätskirche St. Pauli,
- die Stiftung Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig
- sowie als einzige institutionalisierte „Gegenöffentlichkeit" die Bürgerinitiative „Für eine weltoffene, weltliche und autonome Universität Leipzig".

Wenngleich zumindest der Leipziger Volkszeitung (LVZ) und der Leipziger Bildzeitung zum Teil eine aktive Rolle zugeschrieben wird, die über die von Berichterstattung, Diskussion und Meinungsbildung hinausgeht (vgl. Quester 25.8.2009), soll auf diese Rolle nicht an dieser Stelle eingegangen werden, sondern wird lediglich auf den entsprechenden Abschnitt zur Rolle der Medien und medialer

Strategien verwiesen. Zudem gab es an verschiedenen Stellen Initiativen und Aktionen von Personen und Gruppen, die an dieser Stelle nicht in Gänze erfasst und beschrieben werden können. In anderen Rekonstruktionsdebatten maßgeblich beteiligte Akteure wie die (verfasste) Architektenschaft oder der institutionalisierte Denkmalschutz waren innerhalb der Auseinandersetzung um den Wiederaufbau der Paulinerkirche weitgehend abwesend, wenngleich einzelne handelnde Personen auch diesen Gruppen zuzuordnen sind.

Die Universität als bisherige und zukünftige Nutzerin von Gelände und Gebäuden hat eben diese Position in der gesamten Debatte hervorgehoben und stets eine hohe Funktionalität der Gebäude für die ihnen von ihr zugeschriebenen Zwecke eingefordert. Von wesentlicher Bedeutung für das Wiederaufbauvorhaben war dabei der Bedarf für eine Aula, auf die die Universität seit der Beseitigung von Paulinerkirche und Augusteum hatte verzichten müssen (vgl. insg. Häuser 10.9.2009). Weiterhin wünschte die Universität ein repräsentatives Gebäude und eine entsprechende Front zum Augustusplatz. Zu den geplanten Funktionen gehörte dabei allenfalls in geringem Umfang eine religiöse Nutzung, so dass die Universität nach Erzielung des baulichen Kompromisses durch den Entwurf van Egeraats den Konflikt mit ihren Nutzungsvorstellungen eher weiter forciert hat und nicht gewillt erschien, hier Kompromisse einzugehen. Dies ist teilweise auch auf die fehlenden Erfahrungen im Umgang mit einer Aula zurückzuführen. Frühzeitig wurde zudem eine deutliche Position gegenüber Vorstellungen einer originalgetreuen Rekonstruktion bezogen, wie sie vor allem für die ehemalige Universitätskirche, zumindest nominell auch für das Augusteum bestanden, die nur zum Teil aus den funktionalen Überlegungen herrührt. Gormsen (10.9.2009) geht hier – wie auch bei der Stadt Leipzig – von der Einflussnahme von Architekturschaffenden aus. Gleichwohl hat sich die Universität, sobald sie dazu durch den Beschluss zur Umgestaltung des Innenstadtcampus in der Lage war, dazu bekannt, baulich an die eigene Geschichte und die frühere Universitätskirche erinnern zu wollen – wenngleich sie der architektonischen bzw. baukünstlerischen Ausgestaltung dieser Erinnerung weitgehend emotionslos entgegenstand.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Universität sowohl baulich als auch strukturell seit der politischen Wende in einem umfangreichen Umbauprozess befindet, der zudem im Kontext eines zunehmenden Wettbewerbs in Forschung und Lehre sowie dem zusätzlichen, auch zeitlichen Druck eines bedeutenden Jubiläums stattfand. Erschwert wurde dieser Prozess zudem durch die „Altlast“ herausragender Bedeutung innerhalb des 1989/90 abgelösten Regimes sowie erhebliche juristische Auseinandersetzungen mit der Staatsregierung über Eigentumsfragen der Liegenschaften (vgl. Häuser 10.9.2009). Aufgrund der Eigenständigkeit universitärer Entscheidungen in Verantwortung vor mehreren Zehntausend Universitätsangehörigen, der letztlich geringen Bedeutung des Einzelbauwerks der Paulinerkirche angesichts eines wesentlich größeren Gesamtbauvolumens sowie der gemessen an der Bedeutung des Baus für zumindest einen Teil der Stadtgesellschaft geringen Dialogbereitschaft und Transparenz kann das Auftreten der Universität in weiten Teilen des Prozesses mit dem eines privatwirtschaftlichen Investors verglichen werden (vgl. Gormsen 10.9.2009). Dies hat zu erheblicher Kritik und Verwerfungen geführt (vgl. insb. Wolff 10.9.2009). Ein wesentlicher Unterschied zu einem Investor besteht sicher darin, dass sich die Entscheidungsbefugnisse auf Universität und Freistaat verteilen und so durch Ausnutzung des bestehenden Konflikts zwischen den beiden Akteuren erhebliche Veränderungen auch gegen die Vorstellungen und Interessen der Universität möglich waren.

Prominent vertreten wurde sie innerhalb der gesamten Debatte durch die jeweils amtierenden Rektoren, Volker Bigl (1997 bis 2003) und Franz Häuser (seit 2003). Dies führte insbesondere außeruniversitär zu Fehlinterpretationen bis hin zu unterstellten Alleingängen oder gutsherrlichem Auftreten (vgl. Universität Leipzig 2008: 3). Als stärkste persönliche Identifikation mit den Aufgaben der Universitätsleitung kann sicher der Rücktritt Bigls und der drei Prorektoren im April 2003 gelten. Während dies in der Öffentlichkeit mit der sachlichen Entscheidung des Landes verbunden wurde, einem Wiederaufbau nicht länger entgegen zu stehen, so war der Entschluss wohl wesentlich in der Treuwidrigkeit der Regierung gegenüber der Universität und ihrem Rektorat begründet (Häuser 10.9.2009). Das Land hatte nicht nur in die Autonomie der Hochschule eingegriffen, sondern war von der innerhalb eines Rechtsstreits über die Konsequenzen des Einheitsvertrags für die universitären Liegenschaften erzielten Einigung abgewichen. In einem Vergleich war unter anderem festgehalten worden, dass der Freistaat die Universität bei ihren Neubauplänen unterstützen würde. Das öffentliche Missverständnis führte jedoch im Rahmen von Solidaritätsbekundungen auch zu verstärkten Bekenntnissen gegen einen originalgetreuen Wiederaufbau (LVZ 31.1.2003; vgl. Universität Leipzig 2008: 10). Unterstützt wurde der Rektor in seinen Neubaubestrebungen jeweils durch den akademischen Senat, den StudentInnenrat sowie die Baukommission der Hochschule (im Falle der

Glaswand zudem von Kunstkommission und Orgelkommission). Die inneruniversitäre Opposition bestand hingegen lange Zeit lediglich aus Einzelpersonen, was sich erst durch die Auseinandersetzung um die Glaswand änderte.

Nun meldeten sich auch die Institutionen des Universitätsmusikdirektors, der durch die Glaswand die Nutzbarkeit der Aula beeinträchtigt sieht, und die Theologische Fakultät als zukünftigen Hauptnutzerin des „Andachtsraums“ zu Wort, die eine durch die Wettbewerbsauslobung verabredete „Nutzung als Kirche und Aula“ forderte. Zu ihrer Haltung im eigentlichen Konflikt um den Wiederaufbau war auch die Fakultät so wenig beteiligt gewesen, dass der Vorsitzende des Paulinervereins heute kritisiert, sie seien „selbst mit einer Betstube in der Besenkammer“ (Stötzner 28.8.2009) zufrieden gewesen. Selbst die Studentengemeinden stellten lediglich sehr moderate Forderungen zur vor allem offeneren Nutzung der Räumlichkeiten. In einer „Erklärung christlicher Studentinnen und Studenten“ stellen diese „mit unterschiedlichen Meinungen zu Namensgebung und Raumteiler […] einen breiten Konsens zur zukünftigen Nutzung fest“ (**www.esg-leipzig.de**).

Von Seiten des Freistaats Sachsen sind die Staatsministerien für Wissenschaft und Kunst und für Finanzen als Bauherr sowie der Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB) als bauausführendes Unternehmen in das Bauvorhaben involviert. Die drei Institutionen besetzen auch die Baukommission, die auch als Beschlussgremium für Baupläne fungiert. Der Freistaat Sachsen stellt sich als ein relativ unbeständiger Akteur dar, der in einem entscheidenden Moment eine Kehrtwende in der Positionierung hinsichtlich Neu- oder Wiederaufbau vollzogen hat. Diese veränderte Positionierung lässt sich wesentlich mit dem Wechsel in der Spitze der Landesregierung nach dem altersbedingten Rücktritt von Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, möglicherweise aber auch mit der nahezu gleichzeitigen Zunahme von zivilgesellschaftlichen Initiativen für einen Wiederaufbau erklären (Stötzner 28.8.2009). Biedenkopf, der kurze Zeit selber Professor an der Universität Leipzig war, bevor er Ministerpräsident wurde, hatte die Hochschule in ihrer ablehnenden Haltung unterstützt. Unter seinem Nachfolger Georg Milbradt kam es 2003 hingegen zu einer Unterstützung der Wiederaufbaubestrebungen und zu einem entsprechenden Beschluss hinsichtlich der Campusplanungen, der letztlich zum Rücktritt des Rektorats führte. Beachtlich hinsichtlich der Rolle des Freistaats ist allerdings auch, dass er in erheblichem Umfang zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt hat, um den Bau entsprechend den Wettbewerbsergebnissen zu verwirklichen – der vierte Bauabschnitt aus Paulinum und neuem Augusteum kostet 76 Millionen Euro (**www.uni-leipzig.de**; vgl. hierzu kritisch Quester 25.8.2008).

Öffentlich kaum aktiv in Erscheinung getreten sind die beauftragten Architekten für den Campusneubau – weder die im ersten Wettbewerb erfolgreichen, aber im Qualifizierungsverfahren unterlegenen Behet und Bondzio, noch der Sieger des zweiten Wettbewerbs, Erick van Egeraat. Beide Büros beweisen erhebliche Flexibilität hinsichtlich der Überarbeitungswünsche von Universität und Freistaat sowie – wenngleich für sie nicht in gleichem Maße relevant – öffentlich geäußerten Wünschen. So äußerten die im ersten Campuswettbewerb zweitplatzierten Behet und Bondzio bei einer kontroversen öffentlichen Diskussion ihrer Arbeit „aufgeschlossen gegenüber der Forderung, dass der Erinnerungsgedanke noch einer deutlichen Vertiefung bedürfe“ (LVZ 7.8.2002) und scheinen sich auch nicht wesentlich gegen den als Qualifizierungsverfahren ausgeschriebenen zweiten Wettbewerb verwehrt zu haben, in dem sie schließlich gegen van Egeraat unterlagen. Dieser war bereits innerhalb des diskursiven Teils des zweistufigen Verfahrens stets bemüht, die Jury davon zu überzeugen, dass er zu erheblichen Änderungen bereit sei (Häuser 10.9.2009). In der weiteren Diskussion erschien er teilweise als Moderator zwischen den erheblich widersprüchlichen Anforderungen der übrigen Akteure und brachte insbesondere im ersten Jahr nach dem Wettbewerb mehrfach deutlich veränderte Entwürfe des Innenraums in die Debatte ein (vgl. etwa Koch/Koch 2006: 75–81). So sieht er auch das Bauwerk als einen „perfekte[n] Kompromiss“ (zit. in LVZ 10.4.2008). Obgleich er dabei sowohl in Fragen der Materialität als auch des Grundrisses hohe Flexibilität zeigte und mehrfach durch recht waghalsige Vorschläge – zu nennen insbesondere die Lichtsäulen, aber auch die nun gebauten hängenden Säulen und die Glaswand – auffiel, so beharrte er in einigen Punkten auf seinem ursprünglichen Entwurf und versucht diesen nun nach Pleite (LVZ 26.1.2009) und Kündigung (LVZ 18.2.2009) in mehreren Fällen auch gerichtlich durchzusetzen (Gormsen, Häuser 10.9.2009, vgl. LVZ 4.5.2009, 15.9.2009., 23./24.9.2009). Gleichwohl kündigte er an, auch weiterhin konstruktiv mitwirken zu wollen, sei das Paulinum „doch sein Baby“ (zit. in LVZ 4.9.2009).

Die Rolle der Stadt Leipzig wird unterschiedlich bewertet, wobei Einigkeit darüber herrscht, dass sie sie weitgehend unauffällig, d.h. eher innerhalb von Verhandlungen als innerhalb öffentlicher Debatten ausgefüllt hat. Die Wiederaufbaubefürworter kritisieren die Stadt für ihre Passivität; sie habe nicht als

Meinungsbündlerin oder Ombudsmann fungiert (Heymann 26.8.2009), zumal sich der Oberbürgermeister und die SPD-Fraktion als damals stärkste Kraft im Stadtrat eindeutig für einen Neubau positioniert haben. Hier ist allerdings auch die verstärkende Wirkung des Vertrauensbruchs durch die Landesregierung (s.o.) zu beachten. Quester (25.8.2009) weist allerdings darauf hin, dass die Stadt innerhalb ihrer Planungshoheit und ihrer Mitarbeit an den Wettbewerbsverfahren ihre Interessen an der Umgestaltung des Innenstadtcampus stets habe durchsetzen können, wenngleich dies öffentlich wenig beachtet worden sei. Eigene Aktivitäten hat die Stadt – bzw. ihr erster Stadtbaurat nach 1990, Gormsen (10.9.2009) – hinsichtlich des Augustusplatzes unternommen. Hier wurde bereits 1994 ein Ideenwettbewerb zur Gestaltung ausgeschrieben, der zum Teil als ein erster Campus-Wettbewerb missverstanden wurde. Das Ergebnis entstand allerdings unter dem Eindruck, dass die bisherige Universitätsgebäude erhalten bleiben würden, so dass verschiedene Aufbauten nun die freie Sicht auf Paulinum und neues Augusteum verstellen und Überlegungen zu einer neuerlichen Umgestaltung bestehen (Heymann 26.8.2009). Mit unterschiedlichem Ziel und Engagement haben sich die übrigen Stadtratsfraktionen mit dem Thema auseinandergesetzt, wobei insgesamt nicht von einem vertieften Interesse – verglichen mit anderen Bau- und Planungsvorhaben – ausgegangen werden kann. Die CDU sowie die FDP/Bürgerfraktion haben sich nach dem aus ihrer Sicht nicht erfolgreichen ersten Realisierungswettbewerb für einen Wiederaufbau „als Maximalforderung“ (Heymann 26.8.2009 für die CDU) ausgesprochen, was Grünen-Stadtrat Quester (25.8.2009) noch heute als parteipolitische Strategie auffasst, wie auch seine Partei es damals mit einem Populismus- Vorwurf quittierte (LVZ 1.2.2002). Allerdings war es dem Paulinerverein, in dem zudem mehrere CDU-Fraktionsmitglieder Mitglied sind, auf diese Weise auch möglich, über die Kontakte zu Landespartei und Staatsregierung auf den Freistaat einzuwirken, was gemeinsam mit dem Engagement Blobels zu dessen Meinungswandel führte (Heymann 26.8.2009, Stötzner 28.8.2009). Im Übrigen scheinen die Kontakte allerdings nicht ausreichend für eine dauerhafte Zusammenarbeit von CDU und Paulinerverein gewesen zu sein, zeigt sich Stötzner (28.8.2009) doch enttäuscht über die Arbeit im Stadtrat. Hier habe ein einzelner SPD-Vertreter, der im Widerspruch zu seiner Fraktion agiere, und insbesondere der Vertreter der DSU mehr bewirkt. Für die Unterstellung eines weitgehend machtpolitisch bzw. populistisch motivierten Vorgehens der CDU spricht auch, dass sie sich nach Veröffentlichung des zweiten Wettbewerbsergebnisses und dem Bürgervotum für van Egeraat für diese Lösung ausgesprochen hat (vgl. Heymann 26.8.2009). Lediglich durch Erzählungen Stötzners (28.8.2009) belegt ist die Anekdote, dass der Oberbürgermeister Tiefensee zu seiner Amtszeit nach einem Besuch der rekonstruierten Moskauer Erlöserkathedrale versucht habe, den damaligen Rektor der Universität Bigl von einem originalgetreuen Wiederaufbau zu überzeugen, hiermit allerdings gescheitert sei. Auch insgesamt habe er zu zurückhaltend agiert, während Stötzner unbestätigte Aussagen der Landesregierung heranzieht, Tiefensee hätte lediglich den Wiederaufbauwunsch äußern müssen, um ihn erfüllt zu bekommen.

Da es sich bei dem Wiederaufbauvorhaben um eine ehemalige Kirche handelt, wurde der Fall der Paulinerkirche auch ausgewählt, um die Rolle der Kirche sowie verschiedener kirchlicher Akteure genauer zu untersuchen. Es stellte sich die Frage, inwiefern die Positionierung der Kirche und religiöse Motive innerhalb der Entscheidungsfindung von Bedeutung waren. Im Zwischenbericht wurde zudem danach gefragt, wie die positive Haltung der Kirche im Leipziger Fall im Kontrast zu der häufig festzustellenden Ablehnung des Wiederaufbaus von Kirchen andernorts zu erklären sei. Insbesondere hinsichtlich der zweiten Frage ist an dieser Stelle eine Korrektur erforderlich. Weder die Leipziger Kirchen noch die Evangelisch-Lutherische Landeskirche oder das Bistum Dresden-Meißen haben über lange Zeit überhaupt Anteil an der Debatte genommen. Auch waren religiöse Motive über weite Teile der Diskussion nicht wesentlich präsent, obschon sie für den individuellen Wunsch vieler Befürworter von vorne herein bedeutend waren (Stötzner 26.8.2009) und ihnen nun zum Teil eine versuchte „Christianisierung“ vorgeworfen wird (Schroth/Tesch 26.8.2009) – ein Vorwurf, der 2003 bereits in Richtung der Landesregierung ausgesprochen wurde (vgl. Koch/Koch 2006: 12). Das geringe Engagement der Institution Kirche wird auch damit begründet, dass St. Pauli als Universitätskirche niemals in ihrem Besitz war und damit auch nach der politischen Wende keinerlei Handlungserfordernis entstand (Stötzner 28.8.2009, Wolff 10.9.2009). Offenbar wurde die Kirche zunächst auch vom Paulinerverein nicht als möglicher Verbündeter betrachtet, zumal die Landeskirche auch im Fall der Dresdner Frauenkirche zunächst deutlich zurückhaltend, ja eher ablehnend reagiert hatte. Vergrößert wurde die Distanz zwischen Verein und der Kirche einschließlich der Theologischen Fakultät offenbar dadurch, dass mit Jutta Schrödl eine „rote Socke“ (Stötzner 28.8.2009) im Vorstand des Paulinervereins aktiv war, die bis zur Wende Aussichten auf einen Marxismus-Leninismus-Lehrstuhl an der Universität hatte. Eher eine Anekdote ist die von der LVZ am 18.3.2003 vermeldete Unterstützung des Vatikans für das Wiederaufbauvorhaben: Der damalige Pauliner- Vorsitzende Blobel hatte Kardinal Ratzinger in einem anderen Zusammenhang getroffen und

kurz auf die Paulinerkirche angesprochen (Häuser 10.9.2009). Gleichwohl gab es aber zeitweise ein Interesse innerhalb der katholischen Gemeinde in Leipzig, anstelle eines notwendigen Neubaus andernorts die Universitätskirche zu ihrer Pfarrkirche zu machen.

Zwei Dinge änderten dann die Haltung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche grundlegend: Zum einen fokussierte sich die Diskussion, wie sie vom Paulinerverein und zunehmend auch anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen (s.u.) geführt wurde, nach dem Sieg van Egeraats und dem damit erzielten Konsens über die architektonische Hülle auf die Innenraumgestaltung und -nutzung. Zum anderen wurde ebenfalls 2004 ein neuer Landesbischof Jochen Bohl eingeführt und dieser vom ebenfalls neuen Paulinervorsitzenden Stötzner (28.8.2009) relativ bald für die verbliebenen Forderungen des Vereins gewonnen. Innerhalb des weiteren Streits um die Innenraumgestaltung und Nutzung formulierte er scharfe Kritik an der Universitätsleitung und der von ihr vorgesehenen Trennung in Aula und Andachtsraum. (**www.evlks.de**) Aktivster oder doch zumindest streitbarster Kirchenvertreter ist seitdem der Pfarrer der Thomaskirche Christian Wolff (10.9.2009), der mit bewusster Polemik und provokativen Aktionen für ein deutlicheres „Bekenntnis der Universität zu ihrer Geschichte“ durch Absicherung der „historischen Dreifachnutzung“ aus Kirche, Aula und musikalischem Veranstaltungsraum eintritt (vgl. hierzu Häuser 10.9.2009, der diese nur für vierzig bis sechzig Jahre belegt sieht), allgemein aber auch für eine universitäre „Bildung, die ohne Wertvermittlung nicht auskommt“ (Wolff zit. In LVZ 30.8.2008). Anlass für sein Engagement ist dabei die Aussage der Universität, keine Kirche, sondern eine Aula zu bauen. Wolff gehört auch zu den Initiatoren des Aktionsbündnisses „Neue Universitätskirche St. Pauli“, dessen Forderungen Wolff zum Reformationstag 2008 als „5 Leipziger Thesen“ an den Bauzaun des Paulinums geschlagen hat. Dabei geht es um die Dreifachnutzung, den Namen „Universitätskirche St. Pauli“, die Verhinderung der Glaswand und die Aufstellung von Altar und Kanzel der alten Kirche. Schließlich besteht seitens der Kirche das Angebot zur Restaurierung und Aufstellung der Barockkanzel und ist weiterhin der Verbleib des vor der Sprengung geretteten Altars der Paulinerkirche fraglich, der noch bis mindestens 2013 in der Thomaskirche steht. Mittlerweile wurde durch ein Rechtsgutachten festgestellt, dass die Kirche vor der Sprengung nicht entwidmet wurde und das neue Bauwerk als gewidmet gelten kann. Stötzner (28.8.2009) geht daher davon aus, dass es zu einem Staatsvertrag zwischen Freistaat und Landeskirche kommen wird, um die Nutzung zu regeln.

Die wesentlichen Akteure, die sich für einen Wiederaufbau der Paulinerkirche und damit in der Regel auch für eine Wiederaufnahme der gemischten kirchlich-säkularen Nutzung aussprachen, waren zivilgesellschaftlich organisiert. Hauptorgan der Befürworter war der „Paulinerverein“ („Bürgerinitiative zum Wiederaufbau von Universitätskirche und Augusteum in Leipzig e.V.“), der – entstanden aus der gleichnamigen Bürgerinitiative (s.o.) – bereits ab 1992 in Erscheinung trat und der im Wesentlichen im Abschnitt über die Rolle lokaler Bürgerinitiativen untersucht werden wird. Der Paulinerverein war lange Zeit der einzige institutionalisierte Akteur, der sich neben verschiedenen Aktionen von (prominenten) Einzelaktionen für einen Wiederaufbau stark machte. Bemerkenswert ist, dass der Verein eine große Meinungspluralität besitzt und sich daher nie definitiv auf eine Form des Wiederaufbaus festgelegt hat – wenngleich bei einer Mitgliederbefragung eine Mehrheit für einen originalgetreuen Wiederaufbau votierte (Stötzner 28.8.2009). Dadurch gab es zumindest für den Vorstand stets einen gewissen Handlungsspielraum für eine Kompromissfindung, andererseits aber keine einfach vermittelbare Vision (vgl. Heymann 26.8.2009). Nach vereinsinternen, allerdings maßgeblich personellen Querelen entstand 2006 der Verein „Pro Universitätskirche e.V.“. Wenngleich sich aus dem Debattenverlauf vermuten ließe, dass sich hier vor allem jene „Pauliner“ versammelten, denen die Linie des Paulinervereins nicht deutlich genug den Neubau als Kirche und als Gedenkstätte für die Opfer der sozialistischen Diktatur herausstellte, so erscheint dies als nicht zutreffend (vgl. Stötzner 28.8.2009). Auch weitere Initiativgründungen erfolgten erst nachdem die Hauptauseinandersetzung durch den Wettbewerb „befriedet“ schien: Im Jahr 2008 wurde ein Aktionsbündnis „Neue Universitätskirche St. Pauli“ gebildet, das sich gegen den Bau einer Glaswand zwischen Aula und Chorraum aussprach und dem auch verschiedene Kirchengemeinden angehören, sowie eine Stiftung „Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig“ gegründet, die Ausstattung und Nutzung des Neubaus etwa durch Restaurierung der Barockkanzel und Übernahme von Betriebskosten fördern will, sich gleichzeitig aber auch gegen die Glaswand positionierte. In diesem Zusammenhang formierten sich außerdem die „Studentischen Mitglieder der Universitätsmusik“ sowie das Bacharchiv Leipzig als zukünftige konzertante Nutzer und eine Bürgerinitiative „Für eine weltoffene, weltliche und autonome Universität Leipzig“, die die Position der Universität unterstützt und sich „gegen die Umdeutung und Umnutzung des Paulinums zu einer Kirche“ ausspricht.

Obwohl die Rekonstruktionsbefürworter nie als eine breite Bürgerbewegung anzusehen waren (Wolff 10.9.2009) und sich – zumindest mittlerweile – auch selber als Minderheit betrachten (Stötzner 28.8.2009), fehlte lange Zeit eine bürgerschaftliche Gegenposition. Sporadisch gab es Äußerungen von Einzelpersonen und im Moment des Rücktritts des Universitätsrektors auch eine weitgehend aus der Hochschule heraus entstandene Initiativgruppe, doch zur Bildung einer Bürgerinitiative kam es erst, als innerhalb des Streits um die Glaswand der Ton schärfer wurde und Prof. Zöllner (Kunstgeschichte) um eine entsprechende Stimme aus der Leipziger Bevölkerung bat. Es fand sich spontan eine Gruppe zusammen, die sich als Bürgerinitiative „Für eine weltoffene, weltliche und autonome Universität Leipzig“ seitdem im Wesentlichen gegen einen wachsenden klerikalen Einfluss auf die Universität wehrt (vgl. Schroth/Tesch 26.8.2009).

Verlauf

1990 kam es mehr zufällig zur Gründung einer Bürgerinitiative durch den Lehrer Joachim Busse aus Osterode am Harz, der zur Paulinerkirche veröffentlicht hatte, und eine Leipzigerin. Die Vereinsgründung erfolgte wenig später am 15. Januar 1992 durch ein knappes Dutzend Personen, denen es zu diesem Zeitpunkt insbesondere um die Wiedererrichtung der Front zum Augustusplatz ging, bestehend aus Paulinerkirche und Augusteum. Entsprechend lautet der Name des Vereins bis heute „Paulinerverein – Bürgerinitiative zum Wiederaufbau von Universitätskirche und Augusteum in Leipzig e.V.“. (Stötzner 28.8.2009) Bis heute unverändert nennt die Vereinssatzung drei Ziele (**www.paulinerverein.de**; vgl. Stötzner 28.8.2009):

- Erinnerung an die Zerstörung der Bauwerke und deren Umstände
- Unterstützung der Restauration erhaltener Teile der Innenausstattung
- Wiederaufbau von Paulinerkirche und Augusteum „als Fernziel“

Darin deutet sich an, dass die Vereinsmitglieder zu diesem Zeitpunkt nicht mit einer baldigen Realisierung ihres Rekonstruktionswunsches rechneten. Stötzner (28.8.2009) geht zudem davon aus, dass sie sich nicht als „Kirchenbauverein“ sahen und den Wiederaufbau vielmehr als eine architektonisch-gestalterische Aufgabe ansahen.

Neben eigener Publikationstätigkeit und Veranstaltungen etwa zum 25. Jahrestag der Sprengung konnte der Verein sein Anliegen insbesondere dadurch öffentlich vertreten, dass innerhalb der Diskussion um die Leipziger (Innen-)Stadtentwicklung, die sich nach der politischen Wende aufgrund des erheblichen Modernisierungs- und Anpassungsbedarfs stellte, auch das städtebauliche Umfeld der beiden Gebäude ins Blickfeld rückte. Ein wesentlicher Punkt war ein von Stadt, Land und Verein 1994 veranstalteter Ideenwettbewerb zur Neugestaltung des Augustusplatzes, bei dem die Teilnehmer auch aufgefordert waren, Vorschläge zur städtebaulichen Weiterentwicklung der Platzkanten einschließlich des Innenstadtcampus zu erarbeiten. Wenngleich eine Möglichkeit zur Präsentation des Anliegens und mitfinanziert, war ein originalgetreuer Wiederaufbau durch die Auslobung ausgeschlossen und wurde auch nur von wenigen teilnehmenden Architekten vorgeschlagen. In ihrer Schilderung des Diskussionsverlaufs bezeichnen Dietrich und Eckhard Koch (2006: 9) die Auseinandersetzung ab Mitte der 1990er Jahre als einen „Kulturkampf“. In den folgenden Jahren und insbesondere im Umfeld des 30. Jahrestags der Sprengung forderte der Paulinerverein weiterhin öffentlich einen Wiederaufbau und verdeutlichte sein Anliegen unter anderem mit der Errichtung einer Kunstinstallation, die vor dem Universitätsgebäude den Kirchgiebel aus Stahlträgern nachbildete. Trotz Unterstützung durch eine Werbekampagne von Mitteldeutschem Rundfunk und Bild Leipzig führte dies weder zu einem breiten öffentlichen Interesse noch zu einer politischen Fürsprache. Früh sprachen sich in öffentlichen Podiumsdiskussionen neben Architekten und Denkmalpflegern auch Vertreter der Stadtverwaltung und der Universität sowie der Kirche gegen einen Wiederaufbau aus. Ein Arbeitskreis unter Leitung von Thomas Topfstedt (vgl. auch insg. dens. 2001), einem renommierten Leipziger Architekturhistoriker, entwickelte 1998 Leitvorstellungen zur Planung des Bereichs. Auch diese gehen nicht von einem Wiederaufbau aus, bedeuteten aber dennoch weiteren Antrieb für den Paulinerverein, da sich die Umbaupläne der Universität am innerstädtischen Standort konkretisierten und insbesondere im Hinblick auf die 600-Jahrfeier ihrer Gründung auch die Forderung nach einer repräsentativen Aula enthielten.

Ab Mitte 2001 verstärkten sich die Aktivitäten für einen Wiederaufbau der Paulinerkirche, nachdem es zu Anfang des Jahres zu erheblichen Auseinandersetzungen innerhalb des Vereins gekommen war und in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, es bestehe kein Interesse mehr an einem

originalgetreuen Wiederaufbau (**www.paulinerverein.de**). Zunächst unabhängig vom Verein kam es zu einer öffentlichen Fürsprache des Medizin-Nobelpreisträger Prof. Günter Blobel (New York) und Prof. Ludwig Güttlers (Dresden), der zeitweise Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung des Wiederaufbaus der Frauenkirche Dresden e. V. war. Daraus entstand der so genannte „Prominentenaufruf“, den zwei Vereinsmitglieder, Dr. Martin Helmstedt und Dr. Manfred Wurlitzer, privat initiierten. Ihm schlossen sich insgesamt 32 Personen an, darunter Günter Blobel, Ludwig Güttler, der Maler Wolfgang Mattheuer und die Grafikerin Ursula Mattheuer-Neustädt (beide Leipzig), der grüne Bundestagsabgeordnete Werner Schulz und Carl Friedrich von Weizsäcker sowie mehrere Landtagsabgeordnete und Stadträte. Später im Jahr folgte ein Aufruf von 27 Nobelpreisträgern unter der Federführung von Günter Blobel, der 2002 zum Vorsitzenden des Paulinervereins gewählt wurde.

Im September 2001 wurde von der CDU-Landesregierung noch in Einklang mit der SPD-Rathausspitze und Universitätsleitung ein Realisierungswettbewerb für Um- und Neubau des gesamten Innenstadtcampus ausgeschrieben. Trotz mehrfacher Intervention des Paulinervereins und verschiedener Privatpersonen – etwa dem Aufruf der Nobelpreisträger am Tag der ersten Jurysitzung – wurde die Kernforderung des Prominentenaufrufs nach einer „Option des Wiederaufbaus“ (**www.paulinerverein.de**) nicht in den Auslobungstext aufgenommen, der zudem erst mit der Veröffentlichung für den Verein zugänglich wurde. Innerhalb der Auslobung wurde auch ein architektonisch angemessener Umgang mit der jüngeren Geschichte des Ortes gefordert. Da gleichzeitig eine 600 Plätze fassende „Pauliner Aula“ als „geistiger Mittelpunkt“ der Universität gefordert wurde, schien eine Rekonstruktion zunächst nicht vorgesehen. Jedoch gab das Wettbewerbsergebnis – wohl unbeabsichtigt (Friedrich 2002) – diesen Bemühungen neuerlichen Auftrieb. Von den 27 Arbeiten, die von ursprünglich 130 in einer zweiten Phase überarbeitet wurden, setzte keine „alle Forderungen des Auslobers in höchster Qualität“ um, so dass kein erster Preis vergeben wurde. Obwohl sich die Fachpresse bemühte zu erklären, dass dadurch „weder das Verfahren noch die Lösungen in Frage gestellt“ (Friedrich 2002) seien und gerade der zweite Preis von Martin Behet und Roland Bondzio (Münster) als „zukunftsweisender Vorschlag“ gewürdigt worden sei, ermöglichte diese Jury- Entscheidung eine weit ungehemmtere öffentliche Kritik. Noch vor der Juryentscheidung hatte sich die Leipziger FDP für eine „Integration“ der Paulinerkirche in die Neubebauung ausgesprochen, einen „Nachbau“ allerdings abgelehnt. Stattdessen sollten „ihr altes Erscheinungsbild und die verbliebenen Bauelemente [...] in einen Neubau integriert werden“ (zit. in: LVZ vom 12.12.2001). Einen Monat später positionierte sich mit dem Vorstand des CDU-Stadtverbands erstmals ein politisches Gremium in Leipzig deutlich für einen Wiederaufbau.

Im Januar 2003 kam es zum Bruch der Landesregierung mit Stadt und Universität. Gut ein halbes Jahr nach dem Ausscheiden von Ministerpräsident Biedenkopf, vor allem aber nach intensiven Gesprächen durch Blobel, unterstützte das Kabinett nun einen originalgetreuen Wiederaufbau der Paulinerkirche, was sofort zu heftigen Reaktionen in Leipzig führt: Am 30. Januar trat der Rektor der Universität, einen Tag später die Prorektoren zurück, da sie sich von der Regierung übergangen sahen. Leipzigs Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee (SPD) sprach angesichts der Kabinettsentscheidung von einem „schwarzen Tag“ für die Stadt, während der Landtagsabgeordnete Cornelius Weiss gar eine „Christianisierung auf kaltem Wege“ sah (vgl. Koch/Koch 2006: 12). In einem Schlichtungsgespräch zwischen Vertretern des Landes, der Stadt und der Universität wurde ein Kompromissvorschlag erarbeitet, der als Überarbeitung des preisgekrönten Wettbewerbsentwurfs ein an die Kirche erinnerndes Gebäude mit modern gestalteter Aula beinhaltete. Im Anschluss wurden auf unterschiedlichen Ebenen Befürworter und Gegner mobilisiert. Gerade in diesem entscheidenden Moment gab es erneut Differenzen innerhalb des Pauliner-Vorstandes, wobei eine Gruppe so weit ging, eine zeitgenössische Paulinerkirche zum Vereinsziel erklären zu wollen. Als schließlich die Universität im August 2003 erklärte, eine originalgetreue Wiederherstellung sei nach den Verhandlungen mit der Landesregierung ausgeschlossen, gab es durch den Vereinsvorstand keinerlei Stellungnahme (Koch/Koch 2006: 13). Schließlich einigten sich Land, Stadt und Universität auf ein Qualifizierungsverfahren, in dem aufbauend auf dem alten Ergebnis die Ausführung der Aula bzw. Kirche im Detail geklärt werden sollte. Sowohl eine Neuinterpretation als auch eine Orientierung am historischen Erscheinungsbild sollten zulässig sein.

Friedrich (2004) geht davon aus, dass der Wettbewerb unter dem Eindruck einer rekonstruktionsfreundlichen Stimmung in der Stadt stand und es deshalb innerhalb der zweiten Phase zu Überarbeitungen gekommen sei, um die „Entwürfe ein bisschen mehr ‚auf Kirche‘ [zu trimmen]“. Er kritisiert zudem die Zusammensetzung der Jury mit nur zwei freien Architekten und die Indiskretion durch die Vertreterin des Paulinervereins. Sie hatte die Ergebnisse der ersten Wettbewerbsphase mitsamt Abbildungen an die Presse weitergeleitet, die daraufhin zu Abstimmungen aufrief. (Koch/Koch

2006: 13) Während die Bild auch einen originalgetreuen Wiederaufbau und den ausgeschiedenen Kollhoff-Entwurf zur Abstimmung stellte, ergab die Wahl der LVZ zwischen den vier in Überarbeitung befindlichen Beiträgen eine eindeutige Mehrheit für den betont zitierenden, zugleich aber auch eindeutig zeitgenössischen Entwurf des Niederländers Erick van Egeraaat. Dies führte zu keinerlei Konsequenzen seitens des Auslobers, wohl aber zum Rücktritt einer Architektin und eines Architekten aus der Jury, die damit gegen den Bruch der Wettbewerbsregeln und die fehlende Resonanz des Veranstalters protestierten (Quester 25.8.2009). Der populäre Egeraat-Entwurf wurde, obwohl in der ersten Runde beinahe ausgeschieden, mit einer Mehrheit von zehn der 13 verbliebenen Jurymitglieder zum Sieger erklärt und die Auswahl von Presse und Politik als Durchbruch gefeiert, da er sowohl die Repräsentationsbedürfnisse der Universität als auch die Erinnerung an die Paulinerkirche berücksichtigte und dafür im äußeren wie inneren Erscheinungsbild starke Anleihen an der Kirche nahm. Die später vorgetragene Meinung, im Inneren habe Egeraat einen originalgetreuen Wiederaufbau vorgeschlagen, sind hingegen nicht richtig (vgl. Engmann 2008: 86), da hier insbesondere die Materialwahl nicht dem Original entsprach. Von der Architekturkritik wurde der Entwurf zum Teil als „Spektakel […] mit eingebautem Verfallsdatum“ (Jaeger 2004) abgetan.

Für den Paulinerverein bedeutete der ungewollt erzielte Kompromiss erneute Schwierigkeiten hinsichtlich der eigenen Zielsetzung, konnten sich doch einige auch prominente (Vorstands-)Mitglieder sehr gut mit der gefundenen Lösung abfinden. So nannte der amtierende Vereinsvorsitzende die Dachlandschaft van Egeraats „spannender als die ursprüngliche Fassade Rossbachs“ (zit. in LVZ 26.3.2004 und 25.8.2004) und befand, der Verein habe „sein ‚Hauptziel‘ erreicht: eine gotische Halle in den historischen Ausmaßen der Paulinerkirche und mit dem sehr schönen Gewölbe der ehemaligen Paulinerkirche“ (zit. in Handelsblatt 30.12.2004). Das Ergebnis sei nur durch die Arbeit des Vereins zustande gekommen, „sonst hätte Leipzig noch einen zusätzlichen Betonklotz bekommen“ (ebd.). Ähnlich hatte sich auch die Vereinssprecherin Jutta Schrödl in der ersten Hälfte des Jahres 2004 geäußert. Auch durch weitere interne Querelen, die zur Annullierung einer Vorstandswahl durch das Amtsgericht führten (LVZ 18.8.2004), kam es zum Rücktritt Blobels vom Vereinsvorsitz und schließlich zum Austritt (LVZ 25.8.2004, Koch/Koch 2006: 13–14). Zwischenzeitlich hatte der Verein dadurch einen gerichtlich bestellten Vorstand (LVZ 4.10.2004).

Zwischen der Verkündung des Wettbewerbsergebnis und Baubeginn erfolgten durch Einwirken insbesondere der Universitätsleitung erhebliche Änderungen am ursprünglichen Entwurf des Innenraums, der zwar eine Aufweitung und Erhöhung, aber eine „Beibehaltung“ des gotischen Querschnitts des Hauptschiffs bei Verschmälerung der Seitenschiffe vorgesehen, jedoch entsprechend der historischen Vorlage sechs Säulenpaare geplant hatte. In einer Entscheidung, die sie selber mit finanziellen und praktischen Überlegungen begründete, im Paulinerverein allerdings als Affront gegen eine sakrale Raumgestaltung und somit eine „[…] Wiedergutmachung [im Inneren]“ (Koch/Koch 2006: 75) angesehen wurde, beschloss die Universität in Absprache mit dem Architeken, eine säulenfreie Aula zu bauen. Nach neuerlichem, den Verein offenbar erneut einenden Protest war es wiederum van Egeraat, der mit einem Kompromiss aufwartete: Statt steinerner Säulen wolle er sie aus „Porzellan, Glas und Licht“ (LVZ 23.9.2005) bauen, von der Decke hängend und mehrere Meter über dem Boden endend. Die Begeisterung über diesen Vorschlag war einseitig und kurz: Der Paulinerverein brachte über 1 000 Unterschriften für den ursprünglichen Entwurf zusammen und bekam Unterstützung durch die zuvor ausgetretenen Blobel und Schrödl. Die Baukommission der Universität der Universität entschied dann Ende Januar 2006 gegen die „modische Spielerei“ (LVZ 6.2.2006). Beschlossen wurde hingegen eine wiederum neue Variante: Statt sechs werden nun drei Säulenpaare vollständig und die drei mittleren in einer hängenden Version hergestellt. Dafür entsprechen nun der Grundriss und auch der Abstand der Säulenreihen dem Original. Als Kompromiss taugte diese Entscheidung freilich nicht mehr: „Der Siegerentwurf versprach Frieden. Diesen Weg hat die Universität verlassen.“ (Paulinerverein 31.1.2006) Dazu tat auch die gleichzeitige Ankündigung ihr Übriges, Aula und Chorraum durch eine teilweise bewegliche Glaswand zu trennen. (Vgl. Universität Leipzig 1.2.2006)

Auch während der Bauphase des „Paulinums“ seit der Grundsteinlegung am 14. Juli 2005 und selbst nach dem Baubeginn Mitte 2007 blieb das Vorhaben konfliktreich. Wesentliche Auseinandersetzungen waren dabei:

- die Trennung des Innenraums in einen sakralen und einen profanen Teil mittels einer rund 630 000 Euro teuren, 16m hohen Plexiglaswand (Kowa 2009: 7),

- die Namensgebung „Paulinum“ durch die Universität, während der Paulinerverein auf „Universitätskirche St. Pauli“ bestand – die Bezeichnung, die nun für den Chorraum verwendet werden soll (Kowa 2009: 7),
- die Installation der alten Kanzel innerhalb des als Aula vorgesehenen Raums (Kowa 2009: 8), während die Universität sie lediglich im Chorraum anbringen will (Koch/Koch 2006: 79)

Damit hat sich der Kern der Auseinandersetzung wesentlich auf die Frage des Anteils der kirchlichen Nutzung und der Eindeutigkeit der religiösen Bedeutung des Gebäudes verlagert. Die Konflikte sind bis heute nicht vollständig ausgeräumt, wenngleich der Baufortschritt – trotz Verzögerungen durch die von den Rekonstruktionsbefürwortern als „Geschenk Gottes“ gefeierte Insolvenz van Egeraats im Zuge der internationalen Finanzkrise – etwa durch Herstellung der Plexiglaswand die Bemühungen des Vereins erfolgloser werden lässt. Die zeitweise erhebliche Schärfe, die Ende 2008 zur Gründung einer Bürgerinitiative zur Unterstützung der auch persönlich stark angegriffenen Universitätsleitung führte, wurde durch einen unter der Leitung der Bundesanwältin Monika Harms erzielten Kompromiss deutlich reduziert. Zwar waren mit dem Paulinerverein, einem um den innerhalb der Auseinandersetzung zu einem wesentlichen Akteur für eine kirchliche Nutzung avancierten Pfarrer der Thomaskirche und der Bürgerinitiative wesentliche Konfliktparteien nicht an den Gesprächen beteiligt und erscheint auch die Einigung an vielen Stellen stark interpretationsbedürftig, doch scheint sich auch die Presse zum Schutz des Images von Universität und Stadt im Jubiläumsjahr mit eigenen Kommentierungen und dem Abdruck entsprechender Äußerungen zurückzuhalten.

Instrumente der Durchsetzung/Kompromissfindung

Sowohl von Seiten der Befürworter als auch der Gegner eines Wiederaufbaus wurden entsprechend der zur Verfügung stehenden Mittel und innerhalb der auf beiden Seiten bestehenden Handlungsspielräume Instrumente der Durchsetzung, aber auch der Kompromissfindung genutzt. Insofern stellt sich die Leipziger Rekonstruktionsdebatte als bürgerschaftlicher Diskurs dar, der zwar häufig ungeordnet und polarisiert geführt wurde, letztlich aber ein bemerkenswertes Beispiel für einen Aushandlungsprozess ist, der zwar jenseits herkömmlicher demokratischer Planungs- und Entscheidungsstrukturen geführt wurde, im Ergebnis aber die Kräfteverhältnisse deutlich abbildet und zusätzlich Potential für nachträgliche Veränderungen beinhaltet.

Zunächst überwogen auf beiden Seiten Durchsetzungsinstrumente: Der Paulinerverein versuchte, durch Publikationen und Veranstaltungen einerseits an die Zerstörung von Kirche und Augusteum zu erinnern und dadurch andererseits eine Wiederherstellung anzumahnen bzw. eine Mehrheit für ihr Anliegen zu organisieren. Behindert wurde er dabei zunächst dadurch, dass der Vorschlag eines Wiederaufbaus ein unkonkretes Fernziel war (vgl. Stötzner 28.8.2009). Erst als Universität, Stadt und zu diesem Zeitpunkt auch noch der Freistaat ihrerseits die Vorstellung eines modernen Innenstadtcampus innerhalb des ersten Realisierungswettbewerbs durchzusetzen versuchten, konzentrierte er sich auf eine konkrete Veränderung der Auslobungsunterlagen (Gormsen 10.9.2009). Im Anschluss an den Wettbewerb zielten zumindest Stadt und Universität auf die Durchsetzung des allerdings nur mit einem zweiten Preis gewürdigten Siegerentwurfs, wobei aufgrund öffentlicher Kritik relativ schnell versucht wurde, historische Bezüge stärker zu integrieren (LVZ 7.8.2002). Dies ist allerdings ebenfalls eher als Mittel der Durchsetzung als der Kompromissfindung zu bewerten, zumal auch Veranstaltungen und Veröffentlichungen der Universität zum Thema kaum der Diskussion und vielmehr der Darstellung der eigenen Position dienten (vgl. Wolff 10.9.2009, 2.6.2008). Eine wirkliche Notwendigkeit zur Kompromissfindung entstand für Universität und Stadt erst, als das Land von der Haltung gegen Rekonstruktion zurückwich. Dieser Meinungswandel ist als Ergebnis einer Durchsetzungsstrategie des Paulinervereins anzusehen, die wesentlich durch die Person Günter Blobels umgesetzt wurde und einerseits aus einer Medienkampagne bestand, andererseits auf direkte Ansprache insbesondere der Landesregierung setzte.

Das maßgebliche Verfahren zur Kompromissfindung war dann der zweite Realisierungswettbewerb, der als Qualifizierungsverfahren zum ersten durchgeführt wurde. Schon das Zustandekommen des Wettbewerbs ist als Einigung zwischen Universität, Stadt und Freistaat anzusehen. Um das Wettbewerbsverfahren herum wurde über die üblichen Durchsetzungsstrategien versucht, auf die Auslobung einzuwirken. Überaus unüblich war dann allerdings die Störung des Wettbewerbsverfahrens durch das nicht-stimmberechtigte Jurymitglied des Paulinervereins, Jutta Schrödl. Diese sorgte innerhalb des zweistufigen Verfahrens für eine Veröffentlichung der Beiträge der ersten Phase in der LVZ, die zudem eine öffentliche Abstimmung organisierte, bei der der spätere

Wettbewerbssieger deutlich am besten abschnitt. Was wohl zunächst als ein Mittel zur Durchsetzung einer originalgetreueren Rekonstruktion gedacht war, wirkte letztlich entscheidend daran mit, dass der Wettbewerb mit einem Kompromiss endete (Häuser 10.9.2009). Durch die Veröffentlichung und öffentliche Abstimmung konnten sich insbesondere die politischen Vertreter innerhalb der Jury ein Bild über die öffentliche Abstimmungsergebnis ihrer Entscheidung machen und erhielten zudem durch den Rücktritt der Architekten Martha Döhler und Roland Quester die Mehrheit in der Jury. Schließlich wird auch davon ausgegangen, dass die in der LVZ-Umfrage unterlegenen Architekten anschließend ihre Entwürfe überarbeiteten und insbesondere stärker dem populären Wunsch nach einem Spitzgiebel anglichen, was ihnen jedoch nur bedingt gelang. (Quester 25.8.2009, Stötzner 28.8.2009, Gormsen 10.9.2009) Zumindest für einen kurzen Moment erschien der Sieg van Egeraats tatsächlich als der „perfekte Kompromiss“ (van Egeraat zit. in LVZ 10.4.2004), als den ihn der Architekt selber bezeichnete und kann das Ergebnis als Erfolg eines – wenngleich im Verlauf unüblichen – Wettbewerbs angesehen werden. Dabei wurde allerdings nicht hinreichend vermittelt, dass Wettbewerbsentwürfe stets einer Überarbeitung bedürfen und bereits durch die Jury erhebliche Anmerkungen stattfanden. Dies erklärt in Teilen, warum nach dem vermeintlichen Kompromiss, der von allen Seiten bejubelt wurde – einschließlich des Paulinervereins, der sich darauf verständigte, gegen den Entwurf nicht vorgehen zu können (Stötzner 28.8.2009) –, recht bald wieder Konflikte und damit verbundene Durchsetzungsstrategien in der keineswegs beendeten Debatte auftauchten (vgl. Häuser 10.9.2008). Zudem wurde in die wenigen veröffentlichten Wettbewerbsabbildungen durch den Verein eine Rekonstruktion des Innenraums interpretiert, die vom Architekten so nie vorgesehen war (vgl. Stötzner 28.8.2009). Die Diskussion wurde in dieser zweiten Phase schärfer, noch weniger sachlich, nahm zum Teil polemische bis persönlich verletzende Züge an (vgl. u. a. Schroth/Tesch 26.8.2009) und verlagerte sich weg von Fragen der baulichen Gestaltung hin zu Fragen der Nutzung und Symbolik (vgl. Wolff 10.9.2009).

Während Heymann (26.8.2009) kritisiert, dass die Stadt ihrer potentiellen Rolle als Vermittlerin oder Ombudsmann nicht nachgekommen sei, fand ein tatsächlicher Vermittlungsversuch erst Ende 2008 statt, als sich die Bundesanwältin Monika Harms, als ehemalige Leipzigerin mit dem Thema vertraut und der Stadt verbunden, einschaltete. Durch ihre Vermittlung konnten zumindest die meisten Kontroversen zwischen Universität, Stadt, Freistaat und Landeskirche beigelegt werden (Harms 15.12.2008, LVZ 16.12.2009) und zudem eine Befriedung der öffentlichen Diskussion durchgesetzt werden (Schroth/Tesch 26.8.2009, Stötzner 28.8.2009). Allerdings wurde mit dem Paulinerverein ein wesentlicher Akteur erst gar nicht eingeladen und erkennt dieser die gefundene Einigung nicht an (Stötzner 28.8.2009), zumal unterschiedliche Interpretationen bestehen. So wird etwa der Name „Paulinum – Aula Universitätskirche St. Pauli“ zwar das offizielle Schild zieren, ansonsten allerdings von der Universität nicht verwendet (Stötzner 28.8.2009). Die Universität hat im Harms-Papier zwar einer kirchlichen Nutzung zu den „üblichen Zeiten“ zugestimmt, sieht nun aber wieder Probleme mit der innerhalb kirchlicher Kreise präferierten allsonntäglichen Nutzung um 11 Uhr (Häuser 10.9.2009).

Rolle der Bevölkerung

Zumindest nach außen erscheint das Schicksal von Augusteum und vor allem Kirche als ein in der Leipziger Bevölkerung „bis heute hoch emotionalisiertes Thema“ (Friedrich 2002). Anders als bei vielen anderen zeitgenössischen Wiederaufbauvorhaben besteht innerhalb der Leipziger Bevölkerung noch eine relativ große Gruppe von Menschen, die die Zerstörung des Gebäudes aktiv miterlebt hat, da diese nicht bereits im Zweiten Weltkrieg oder in unmittelbarer Folge, sondern erst 1968 erfolgte. Eine tatsächliche Beziehung hatten allerdings schon damals nur kirchliche Kreise innerhalb der Universität, die relativ kleine katholische Innenstadtgemeinde sowie möglicherweise Teile des regimekritischen Bürgertums, das den Bau als Ort des freien Worts kennen lernte (vgl. Stötzner 28.8.2009). Daraus erklärt sich, warum trotz einer emotionalen, medienwirksamen Debatte von dem Wiederaufbauvorhaben keine Breitenwirkung ausging, die Bevölkerung sich lediglich sporadisch interessierte und zumindest heute auch Pauliner-Vorsitzender Stötzner (28.8.2009) davon ausgeht, eine Minderheit – als Christen in einer mehrheitlich nicht-christlichen Stadt – zu repräsentieren.

Dies war nicht immer so. Verschiedene Umfrage- bzw. Abstimmungsergebnisse geben zwar ein uneindeutiges Bild wieder, die darin angedeuteten Trends scheinen aber gut zu sonstigen Interpretationen des Prozessverlaufs zu passen. Eine erste Telefonumfrage Mitte 2001 bringt eine knappe Mehrheit (52 Prozent zu 48 Prozent für einen originalgetreuen Wiederaufbau (LVZ 12.7.2001). In einer zweiten Telefonumfrage (LVZ 8.8.2002) sind aber nur ein Drittel dafür (34 Prozent zu 66 Prozent). In einer Befragung des Instituts für Marktforschung Leipzig spricht sich im Jahr 2002 nur eine Minderheit (39 Prozent bei 56 Prozent Gegnern) für einen Wiederaufbau aus. Interessanterweise

sind vor allem jüngere Befragte mehrheitlich für den Wiederaufbau (Leipziger Volkszeitung vom 05.11.2002). Anfang 2003 stellen sich sogar über 7 6Prozent der Befragten gegen einen Kabinettsbeschluss des Landes Sachsen zum Wiederaufbau (LVZ 31.1.2003, Universität Leipzig 2008: 10). Nach der Veröffentlichung der Beiträge des zweiten Wettbewerbs Anfang 2004 führen gleich drei Medien unterschiedlich gelagerte Umfragen durch. Bei einer Anrufaktion der Bild-Zeitung am 13.2.2004 findet sich eine 89-Prozent-Mehrheit für einen Wiederaufbau der Paulinerkirche, von der 59,5 Prozent zudem auch das Augusteum wiedererrichtet sehen wollen. Es folgen die Entwürfe von Kollhoff (29,5 Prozent), der zu diesem Zeitpunkt bereits ausgeschieden war, und erst mit deutlichem Abstand der van Egeraats (7,4 Prozent). Wesentlich stärker war allerdings die Wirkung einer Online-Abstimmung der LVZ am 12.2.2004, bei der sich die Leser nur zwischen den vier Entwürfen entscheiden konnten, die in die zweite Runde gekommen waren. Immerhin 37 Prozent votierten daher noch für keinen der vier, fast die Hälfte, 47 Prozent, allerdings für Egeraat mit entsprechend großem Vorsprung vor Merz (6,5 Prozent), Behet + Bondzio (5,5 Prozent) und Kulka (2 Prozent). Gerade die LVZ-Abstimmung verstärkt den oben bereits erwähnten Vorwurf eines fingierten Volksvotums, das wenn nicht mit Wissen der Jury, so doch mit dem Wohlwollen der Staatsregierung durchgeführt wurde (Stötzner 28.8.2009, Gormsen 10.9.2009, Häuser 10.9.2009). Stötzner (28.8.2009) weist darauf hin, dass in TED-Umfragen zur Glaswand sich jeweils deutliche Mehrheiten von rund siebzig Prozent gegen die Glaswand und damit für die Position des Vereins ausgesprochen hätten (vgl. LVZ 13.10.2008).

Interessant auch das Ergebnis einer Online- Abstimmung des MDR: Danach stimmten 84 Prozent der Teilnehmer für eine stärkere Beteiligung der Leipziger Bürger an der Entscheidung über die bauliche Gestaltung des Innenstadtcampus. (vgl. insg. **www.paulinerkirche.de**) Allerdings zeigt sich insgesamt, dass die Leipziger tatsächlich nur dann beteiligten, wenn sie – etwa durch die Presse – dazu aufgefordert wurden (Heymann 26.8.2009).

Ausführlich beschäftigt sich Richter (2009) mit der Haltung der Bevölkerung zum Wiederaufbau der Paulinerkirche. Er geht davon aus, dass die Leipziger zunächst ein relativ geringes Interesse an der „Erinnerung an ihr kulturelles Erbe“, wie er es nennt, hatten. Trotz – bzw. möglicherweise auch wegen – des erheblichen medialen Interesses und des Einsatzes „auswärtiger Eliten“ könne die Leipziger Wiederaufbauinitiative nicht als Massenveranstaltung angesehen werden. Im Gegensatz zum Frauenkirchenverein mit 3 800 Mitgliedern zählte der Paulinerverein 1995 lediglich zweihundert – nach Angaben Stötzners (28.8.2009) drei- und in der Hochphase der Auseinandersetzung vierhundert. Verschiedene Umfragen zur Thematik stellen für ihn eher die schwankende Haltung als eine tatsächliche „Rückbesinnung der Leipziger auf ihre kulturellen Wurzeln“ dar. Da er in anderen Zusammenhängen sehr wohl einen starken Lokalpatriotismus der Leipziger festgestellt hat, geht Richter (2009) davon aus, dass der Wiederaufbau der Paulinerkirche für viele Bewohner nicht automatisch als ein lokalpatriotischer Akt gesehen wurde. Er führt dafür mehrere Erklärungen an:

- In einer zu achtzig Prozent nicht-religiösen Stadt sei der Wert einer Kirche relativ gering, zumal wenn diese „zwanzig Jahre komplett aus dem Stadtbild verschwunden“ gewesen sei.
- Der für die Wiederherstellung notwendige Abriss der DDR-Architektur würde als reaktionärer Akt und Entwertung der DDR-Geschichte wahrgenommen.
- Die externe Unterstützung durch Prominente und Auswärtige – wenngleich nicht genannt, wohl auch der Landesseregierung – habe „den Widerstand der Leipziger Bevölkerung“ herausgefordert, „die traditionell allergisch auf obrigkeitliche Weisungen“ reagiere.
- Zur lokalen Identität der Leipziger gehöre „eine gewisse progressive Haltung […], die Neuem vergleichsweise offen gegenüber steht“.

Von anderen Kommentatoren wird allerdings die Rolle der Meinung der Bevölkerung weit geringer eingeschätzt und der Kompromiss zwischen Landesregierung und Universitätsleitung als bedeutender ansehen (etwa Quester 25.8.2009). Auch die Rolle Blobels und anderer Prominenter wird differenzierter betrachtet: Das Interesse von außen sei von vielen Leipziger zwar befremdlich, aber durchaus auch als schmeichelnd empfunden worden (Heymann 26.8.2009), obwohl Blobel als Person ebenso schwierig wie schillernd in der Stadt aufgetreten sei und damit dem Paulinerverein nicht nur geholfen hat (vgl. Stötzner 28.8.2009, Gormsen 10.9.2009).

Rolle der Medien und medialer Strategien

Über die Rolle der Medien innerhalb des Wiederaufbauvorhabens bestehen von Seiten der handelnden Akteure unterschiedliche Einschätzungen. Spricht Quester (25.8.2009) von einer Kampagne und tendenziösen Berichterstattung zu Gunsten der Paulinerkirche, beschwert sich Stötzner (28.8.2009) über die „Hofberichterstattung“ des LVZ-Chefreporters. Wenngleich ohne eine intensive Analyse eine endgültige Beurteilung ausbleiben muss – zumal etwa Heymann (26.8.2009) davon ausgeht, dass ausgewogen berichtet, wohl aber die Polemik und Schärfe der Debatte übermittelt worden sei –, soll hier davon ausgegangen werden, dass zumindest drei Phasen unterschieden werden können:

- die Frühphase des Paulinervereins,
- die „Ära Blobel“ und
- der weitere Debattenverlauf seit seinem Ausscheiden bzw. der Verlagerung der Diskussion nach dem Sieg van Egeraats im zweiten Wettbewerb.

Möglicherweise ist mit dem Ende des Schlichtungsverfahrens durch Harms Ende 2008 und dem gleichzeitigen Beginn des Jubiläumsjahres eine weitere Phase begonnen worden (vgl. Schroth/Tesch 26.8.2009).

Dem Paulinerverein ist von Anfang an eine umfassende Berichterstattung in den wesentlichen Leipziger Medien – LVZ, Bild Leipzig und Mitteldeutscher Rundfunk (MDR) – zu Teil geworden. Richter (2009) geht davon aus, dass zumindest die Leipziger Ausgabe der Bild-Zeitung und der MDR, dessen Intendant Vereinsmitglied ist (Stötzner 28.9.2009), die Forderung der Pauliner medial unterstützten. So produzierte etwa der MDR mehrere umfangreiche Fernsehbeiträge zum Thema (Stötzner 28.9.2009), wenngleich der diesbezügliche Höhepunkt – die Produktion eines Tatorts, dessen Handlung mit der Sprengung verbunden ist – erst Ende 2009 ausgestrahlt wird (LVZ 10.3.2009). Dabei war deren mediale Strategie zunächst wenig ausgefeilt. Sie bekamen „kein Bein auf die Erde“ (Stötzner 28.8.2009), was auch nicht weiter erforderlich war, da das Wiederaufbauvorhaben zunächst nur als Fernziel bestand (s.o.). Die Veröffentlichungstätigkeit wie Denkschriften u.ä. war teilweise selbstbezogen und wenig plakativ. Zudem stand das Erinnern an die Zerstörung im Vordergrund und war dies stets auch mit der Frage nach der Schuld – einschließlich der Anteile der letztlich zu überzeugenden Akteure Stadt, Universität und Bevölkerung – verbunden. Dies änderte sich ebenso, wie durch den Beitritt Blobels und seine baldige Wahl zum Vereinsvorsitzenden nunmehr eine Führungspersönlichkeit vorhanden war, die schon aufgrund ihres Ansehens für erhebliche, auch mediale Triebkraft sorgte (Stötzner 28.8.2009). Mit seiner und Güttlers Erfahrung aus dem zu diesem Zeitpunkt schon weit fortgeschrittenen Dresdner Wiederaufbauvorhaben der Frauenkirche schienen sie eine ähnlich groß angelegte Medienkampagne in Leipzig wiederholen zu wollen, um auch hier die Entscheidungsträger zu überzeugen und – bundesweit bzw. auch international – Spender anzuwerben. Dazu gehörte neben direkten Kontakten und häufigeren Auftritten in den Leipziger und sächsischen Medien auch eine deutliche Ausweitung der Berichterstattung auf die – zumeist konservative – bundesweite Presse. Quester (25.8.2009) nennt etwa die „Schimpftiraden“ Guratzsch’ (2001, 2002a, 2002b, 2003) in der Welt. Diese sind allerdings in Leipzig nicht nur positiv wahrgenommen worden (Richter 2009, vgl. Heymann 26.8.2009), und selbst prinzipielle Unterstützer der Vereinsziele kritisieren, dass er – und mit ihm der Verein – verkannt habe, dass die Paulinerkirche zwar erhebliche lokale, aber eben nicht die vergleichbare kulturhistorische oder symbolische Bedeutung im In- und Ausland habe (Gormsen 10.9.2009). Die Medien allerdings reagierten positiv auf Blobel, und dadurch stiegen auch die Popularität des Vorhabens und die Mitgliedszahlen des Vereins.

Mit dem Ausstieg Blobels und den zunehmenden internen Kontroversen nahm das öffentliche Bild des Vereins Schaden. In Erinnerung vieler Bürger geblieben sei etwa die LVZ-Überschrift „Pauliner streiten sich mal wieder“ (LVZ 2.6.2005), so Stötzner (28.8.2009). Zudem setzte sich auch in der Presse das positive Ansehen des Entwurfs von van Egeraat fest. Zumindest in der Bild-Zeitung führt dies zudem zu einer zum Teil scharfen Auseinandersetzung mit Veränderungen an dessen ursprünglichen Vorstellungen – insbesondere die Glaswand sorgte hier noch einmal für große Überschriften. Insbesondere Schroth/Tesch (26.8.2009) berichten, dass dahingegen die LVZ seit der Einigung unter Harms „brav“ sei und stattdessen in Vorbereitung auf das Jubiläum fast ausschließlich positiv über die Universität berichte, um deren Ansehen nicht zu schädigen.

Rolle übergeordneter staatlicher Ebenen

Als Bauherr und Eigentümer des bauausführenden Unternehmens (SIB) war der Freistaat Sachsen maßgeblich an der Debatte und dem Wiederaufbauvorhaben selber beteiligt. Von besonderer Bedeutung ist, dass die Universität als Landesinstitution trotz der Hochschulautonomie auch über das Bauvorhaben hinaus in seiner Mittelausstattung und sonstigen Entwicklung in Abhängigkeit vom Land steht und parallel zur Diskussion um die Paulinerkirche auch weitere Konflikte bestanden. So ging es neben der Neuausrichtung ihres Profils nach der politischen Wende (Heymann 26.8.2009, Schroth/Tesch 26.8.2009, vgl. Wolff 10.9.2009) auch um eine unterschiedliche Ausrichtung des Vertrags zur deutschen Einheit darüber, ob die universitär genutzten Grundstücke Eigentum des Freistaats oder der Universität seien. In einem Vergleich wurden der Universität die Flächen innerhalb des Innenstadtrings zugesprochen, zu denen vor allem auch der Campus am Augustusplatz zählt – das Universitätshochhaus als die wohl wertvollste Immobilie war zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits durch das Land veräußert worden. Innerhalb des Protokolls zum Vergleich sicherte das Land zudem die Unterstützung der Hochschule bei deren Neubauplänen zu, eine Zusage, die seitens der Universitätsleitung Anfang 2002 als gebrochen angesehen wurde, als das Land sich für einen Wiederaufbau aussprach. Dieses „treuwidrige Verhalten“ (Häuser 10.9.2009) führte nicht nur zum Rücktritt des Rektorats, sondern auch zum Kompromiss eines weiteren qualifizierenden Wettbewerbsverfahrens und damit letztlich zu dem nun gebauten und veränderten Entwurf van Egeraats. Schließlich spielten Wirtschaftlichkeitsüberlegungen des Finanzministeriums trotz der durch die Auswahl Egeraats enorm gesteigerten Kosten (vgl. Quester 25.8.2009) und auch die sonstigen Vorstellungen der Landesregierung eine wesentliche Rolle bei der Überarbeitung der Pläne. Heymann (26.8.2009) geht davon aus, dass diese bedeutende Rolle des Freistaates in der Leipziger Bevölkerung auch verstanden worden und daher die Auswirkungen für das politische Klima in Leipzig begrenzt geblieben seien. Weiterhin unklar ist trotz erheblicher Hinweise in diese Richtung (Stötzner 28.8.2009, Gormsen 10.9.2009, Häuser 10.9.2009), inwieweit die Vertreter des Freistaates innerhalb der Wettbewerbsjury zur vorzeitigen Veröffentlichung der Beiträge durch die Vertreterin des Paulinervereins beigetragen haben.

Das Land finanziert den Gesamtumbau des Innenstadtcampus bestehend aus vier Bauabschnitten mit einem Gesamtbauvolumen von mittlerweile 170 Millionen Euro (LVZ 10.7.2008), in denen auch der Bau des Paulinums enthalten ist. Dies ist insofern nicht unwichtig, als ein wesentliches Argument von Gegnern sowohl des Wiederaufbaus als auch einer deutlich kirchlich geprägten Nutzung, aber auch der Kulturstaatsminister Rösler (vgl. Stötzner 28.8.2009) die Trennung von Kirche und Staat als wesentliches konstitutionelles Prinzip der Bundesrepublik anführen und darauf verweisen, der Staat dürfe nicht – noch dazu aus Mitteln des Hochschulbaus – die Errichtung einer Kirche finanzieren (Schroth/Tesch 26.8.2009).

Heymann (26.8.2009) führt zudem an, die Landesregierung habe durch die Profilbildung der Universität mit Schwerpunkt auf geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern auch dazu beigetragen, hier eine kritische, „linke“ Studierendenschaft und einen entsprechenden Lehrkörper (vgl. auch Stötzner 28.8.2009, der hier von westdeutschen Alt-68ern spricht) versammelt, die sich in der Debatte erwartungsgemäß positioniert hätten.

5.23 Argumente/Entscheidungsgrundlagen

Architektonische bzw. städtebauliche Vorschläge zum Umgang mit Ort, Raum und Bauwerk

Sowohl für den unmittelbaren Standort der ehemaligen Universitätskirche als auch für Innenstadtcampus und Augustusplatz als ihrem direkten städtebaulichen Umfeld wurden letztlich seit der Kriegszerstörung, von der zwar die Kirche selbst weitgehend verschont blieb, aber bereits das angrenzende Augustinum wesentlich stärker betroffen war, vielfältige städtebauliche und architektonische Entwürfe erarbeitet. An dieser Stelle soll lediglich auf die drei wesentlichen Quellen aus der Zeit seit der politischen Wende eingegangen werden. Hinweise zu den unterschiedlichen Vorstellungen, die in den 1950er und 1960er Jahren entwickelt wurden, finden sich insbesondere bei Engmann (2008: 11–35). Seit 1990 dienten insbesondere drei Wettbewerbsverfahren der planerischen und gestalterischen Auseinandersetzung mit dem Ort:

- Der Ideenwettbewerb Augustusplatz diente 1994 vor allem der Gestaltung des Augustusplatzes. Gleichzeitig wurden aber auch Vorschläge für die umgebende Bebauung entwickelt.

- Der Architekturwettbewerb für den Innenstadtcampus wurde 2001/2002 durchgeführt. Er diente dem Um- und Neubau der Universitätsgebäude und stand damit unter dem Vorbehalt, dass wesentliche Bestandsteile nicht zur Disposition standen, darunter auch das Universitätsgebäude am Augustusplatz.
- Als „Qualifizierungsstufe“ zu diesem Wettbewerb wurde 2003 ein weiterer zweistufiger Architekturwettbewerb ausgeschrieben, in dem die dem Augustusplatz zugewandten Teile des Campus zur Bearbeitung ausgelobt wurden. Die Auslobung war ein Kompromiss, der nach der Positionsänderung der Landesregierung und dem Rücktritt des Rektorats eine gemeinsame Linie ermöglichen sollte, die letztlich in einer Betonung der historischen Bezüge bei Ausschluss eines originalgetreuen Wiederaufbaus bestand.

Allein innerhalb dieser drei Verfahren wurden 277 Entwürfe und Varianten erarbeitet, so dass von einem großen Umfang unterschiedlicher Lösungsvorschläge für die komplexe bauliche, stadträumliche und erinnerungskulturelle Aufgabe ausgegangen werden kann. Im Folgenden können lediglich einige der Ergebnisse kurz vorgestellt werden.

Auf Initiative des Stadtbaurats Gormsen (10.9.2009, vgl. auch insg. Engmann 2008: 47–54) wurde im Juni 1993 von der Stadtverordnetenversammlung die Auslobung eines Ideenwettbewerbs für den Augustusplatz ausgeschrieben. Anlass war neben der mangelhaften Gestaltung und Nutzung als Parkplatz insbesondere der Bau einer Tiefgarage unter dem nördlichen Platzteil. Die Jury wurde durch Stadträte, Vertreter des Landes, der Universität sowie des Paulinervereins, der sich neben Stadt und Freistaat auch an den Kosten des Verfahrens beteiligte, besetzt. Engmann (2008: 47) vermerkt, dass er dennoch keinen wesentlichen Einfluss auf den Auslobungstext hatte, der Vorschläge zum Abriss bestehender Universitätsgebäude stark begrenzte, worauf insbesondere das Land aus finanziellen Erwägungen gedrängt hatte. Schließlich wurden 116 Entwürfe eingereicht, von denen lediglich sieben einen Wiederaufbau der Paulinerkirche, zehn weitere einen Neubau in der Kubatur der ehemaligen Kirche vorsahen. So verlagerte der Siegerentwurf von Determann und Martienssen (Hannover) die Erinnerungsfunktion vollständig ins Gebäudeinnere, ohne dass dies im städtebaulichen Wettbewerb konkretisiert würde – „etwas wenig“ (N.N. 1994), wie das Preisgericht bemerkte. Die wesentliche städtebauliche Veränderung des Campus bestand in einem hervorgeschobenen Würfel an der Stelle des ehemaligen Café Felsche. Auch in den Arbeiten auf den Plätzen zwei bis vier waren keine wesentlichen Beiträge zu einer geschichtsbezogenen Gestaltung des Universitätsgeländes enthalten, der fünfte Preis von Burgstaller und Kluska (München) hingegen bezog sich baulich sowohl auf das Augusteum als auch auf die Paulinerkirche. Der Entwurf sah ein Gebäude in der Kubatur und mit einer deutlichen gestalterischen Reminiszenz an die ehemalige Universitätskirche an ihrem früheren Standort vor, wofür erhebliche Eingriffe in das bestehende Gebäude notwendig geworden wären, das zudem an der Ecke neben dem Henselmann-Bau zu einem weiteren Hochhaus aufgestockt werden und einen wieder errichteten Teil des Schinkelportal als Eingang erhalten sollte – noch heute wird auf der Homepage des Paulinervereins prominent darauf verwiesen (**www.paulinerverein.de**). Ein weiterer, im ersten Rundgang ausgeschiedener Entwurf des Büros Formella (Hamburg) sah vor, einem Neubau auf dem Grundstück des ehemaligen Cafés Felsche die Roßbach- Fassade der Kirche vorzustellen und den Spitzgiebel mit einem Glockenturm zu versehen. Zudem sollte das vollständige Schinkelportal vor einer in geschwungener Geste neu errichteten und dem alten Gebäude vorgeblendeten Fassade errichtetet werden. Gormsen (10.9.2009) berichtet zudem von einem Entwurf, der dem bestehenden Gebäude eine bedruckte Glasfassade als Schaukasten für Reste der früheren Gebäude und einen zeitgenössisch gestalteten Spitzgiebel vorsetzen wollte (Gerber Architekten, Dortmund).

Im September 2001 wurde nach einigem Vorlauf vom Freistaat Sachsen (2001) ein „einstufige[r], EU-offene[r] Realisierungswettbewerb in zwei Phasen zur Neu- und Umgestaltung des innerstädtischen Universitätskomplexes am Augustusplatz der Universität Leipzig“ ausgelobt, wobei Engmann (2008: 64–65; vgl. insg. 64–71) bemängelt, dass weder Paulinerverein noch Öffentlichkeit in das Verfahren nach den Grundsätzen und Richtlinien für Architekturwettbewerbe angemessen beteiligt wurden. Dem Verein wurde allerdings zumindest die Position eines von sieben „sachverständigen Beratern“ gewährt, womit er formal etwa dem Denkmalschutz- und Stadtplanungsamt gleichgestellt war. Auch lokale Architekten waren kaum in der Jury vertreten. Wesentliche Teile des Gebäudebestands, insbesondere der an den Augustusplatz angrenzende Gebäuderiegel, sollten im Wesentlichen erhalten werden, so dass der Schwerpunkt des Wettbewerbs an der jenseitigen, an die Innenstadt anschließenden Bebauung gesehen wurde. Gleichwohl war eine „Neugestaltung des Erscheinungsbildes des Hauptgebäudes zum Augustusplatz […] ausdrücklich erwünscht“ (Freistaat Sachsen 2001) und sollte eine „Pauliner-Aula“ am Standort der ehemaligen Universitätskirche

vorgesehen werden. Die vollständige Größe konnte aber aufgrund des zu erhaltenden Teils des Universitätsgebäudes nicht wieder hergestellt werden. Unter den 130 eingereichten Arbeiten wurden im Dezember 2001 27 zur Weiterbearbeitung ausgewählt, im Mai 2002 wurde schließlich das Wettbewerbsergebnis präsentiert. Dabei wurden verschiedene „Kompromisse“ zwischen zeitgenössischer Architektur und der Verwendung städtebaulicher oder architektonischer Elemente der zerstörten Paulinerkirche eingegangen. Sie bedienen sich dabei des klassischen Repertoires architektonischer Erinnerungskultur. So setzt der zweitplatzierte Entwurf – ein erster Preis wurde aufgrund wesentlicher Defizite in allen Beiträgen zur Lösung der äußerst komplexen Aufgabe nicht vergeben – von Behet und Bondzio (Münster) einen von der Jury als „überzeugender Beitrag“ bezeichneten Nachfolgerbau ähnlichen Inhalts an die gleiche Stelle, der aufgrund seiner kubischen Form in Presse und Bevölkerung schnell den Spitznamen „Gasherd“ bekam. Kowa (2009: 7) schreibt dem Entwurf von Behet und Bondzio aus dem Jahr 2002, der in einem „Aufschrei der Empörung“ untergegangen sei, „durchaus poetische Kraft“ zu, da er „bei aller Abstraktion erkennbar als wachgerufene Erinnerung an das Verlorene“ bleibe, doch bemerkt er zugleich, dass „bei der unterschwelligen Stimmung in der Stadt“ der „sehr viel illustrativere[..]“ Vorschlag van Egeraats wesentlich durchsetzungsstärker war. An anderer Stelle wird auch darauf verwiesen, dass der Entwurf von Behet und Bondzio in seiner kubischen Form viele Leipziger an das kurz zuvor gebaute und zumeist negativ besprochene Museum der bildenden Künste auf dem Sachsenplatz erinnert habe (Koch/Koch 2006: 13). Die Drittplatzierten Sprengler und Wiescholek (Hamburg) hingegen ließen an der Stelle der Paulinerkirche eine Leerstelle, die als überdachter Hof ausgebildet wird. Auf seinem Boden sollte der Grundriss nachgezeichnet und die transparente Fassade mit Abbildern des Kircheninnenraums bedruckt werden, in die auch erhaltene Originale hätten eingefügt werden könnten. Drei weitere Arbeiten erhielten fünfte Preise: Haslob, Kruse und Partner (Hamburg) schlugen eine Neuorientierung zur Grimmaischen Straße vor und schrieben einem zentralen „Universitätsturm“ die Gedenkfunktion für die Paulinerkirche zu. Sebastian Franzius (Hamburg) schlug wiederum eine eigenständige Aula am Standort der Kirche vor, gestaltete sie allerdings weitgehend ohne Reminiszenz an den Vorgängerbau. Helge Bofinger (Wiesbaden) schließlich orientierte sich in seinem Entwurf an der Kubatur der Paulinerkirche einschließlich Spitzdach, gestaltete aber insbesondere die Fassade eigenständig und ohne weitere Verweise auf das 1968 zerstörte Gebäude. Kommentatoren verwiesen insbesondere auf die schwierigen Rahmenbedingungen und forderten eine Weiterentwicklung im Disput. „Lassen Sie uns streiten!“ formulierte etwa der als Sachpreisrichter an der Entscheidung beteiligte Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee.

Wie beschrieben führte der Streit um den nur mit dem zweiten Preis gewürdigten Siegerentwurf zu einem zweiten Realisierungswettbewerb der nach Verhandlungen zwischen Stadt, Universität und Land schließlich im August 2003 ausgeschrieben wurde. Da der Entwurf von Behet und Bondzio weiterhin als Grundlage dienen sollte und die rechtliche Grundlage der Wettbewerbsgrundsätze nicht verlassen werden sollte, wurde ein in Umfang und Aufgabe beschränktes Qualifizierungsverfahren durchgeführt. Neben den fünf prämierten Büros des Realisierungswettbewerbs wurden von Freistaat, Universität und Stadt jeweils zwei weitere Büros ausgewählt, so dass schließlich elf zur Teilnahme eingeladen wurden. Die Einladung van Egeraats wurde dabei von Prof. Pahl, dem Lehrstuhlinhaber für „Gestalterisches Entwerfen“ an der Universität Leipzig vorgeschlagen (Gormsen 10.9.2009). Die Aufgabe wurde auf die Grundstücke des ehemaligen Cafés Felsche und den – nun vollständigen – Standort der ehemaligen Kirche beschränkt. Zudem wurde das bestehende Hauptgebäude am Augustusplatz nur insoweit zur Disposition gestellt, „als es für den Entwurf an dem Standort der Paulinerkirche nötig ist“ (Freistaat Sachsen 2003, zit. in Engmann 2008: 78, vgl. insg. 77–90) und ansonsten ein Umbau gefordert – was der schließlich zum Sieger gekürte Entwurf sehr großzügig als Neubau auslegte. In der Auslobung wurde ein breites Spektrum gestalterischer Lösungen bis hin zur „Orientierung am historischen Erscheinungsbild“ (Freistaat Sachsen 2003, zit. in Engmann 2008: 78) ermöglicht, ein tatsächlich originalgetreuer, freistehender Wiederaufbau der Kirche allerdings durch die funktionale Anforderung einer barrierefreien Vernetzung der Einzelgebäude in den Obergeschossen ausgeschlossen. Von den zehn abgegebenen Entwürfen – der geladene Frank O. Gehry (Los Angeles) verzichtete – wurden vier zur weiteren Bearbeitung in einer zweiten Phase ausgewählt, darunter neben einem grundlegend überarbeiteten Entwurf von Behet und Bondzio und dem beinahe ausgeschiedenen van Egeraat auch Vorschläge von Hans-Günter Merz (Stuttgart) und Peter Kulka (Dresden). Ausgeschieden war hingegen auch der Entwurf von Hand Kollhoff (Berlin), der eine originalgetreue Rekonstruktion der Paulinerkirche durch ein Universitätsgebäude mit historisierender Fassade und ein 22-geschossiges Hochhaus auf der Grundfläche des Café Felsche rahmte. Alle übrigen Entwürfe schlugen verschiedene zeitgenössische Varianten mit unterschiedlichen Anleihen der Ursprungsbebauung vor. Die ausgeschiedenen Storch, Ehlers und Partner (Hannover) etwa schnitten in das bestehende Hauptgebäude eine offene Passage, in denen sie die Säulen und

Gewölbedecke der Paulinerkirche an ihren Originalstandorten, aber in moderner Materialität anbringen wollten. Durch die Überarbeitung näherten sich die vier Arbeiten weiter der Anmutung der Paulinerkirche an – Kulka versah seine zunächst als Flachbau vorgesehene Aula noch mit einem Spitzdach, womit er auf dem zweiten Platz landete. Bei dem schließlich viertplatzierten Merz war hingegen weiterhin eine Betonung eigenständiger Architektur erkennbar, indem er den Giebel asymmetrisch verzerrte. Nur Behet und Bondzio blieben bei einer kubischen Form, sahen für das Innere allerdings eine Negativ-Form der Außenhülle der zerstörten Kirche vor, die im Dunkeln durch die Glasfassade scheinen sollte.

Innerhalb von Tagespresse und (politischen) Stellungnahmen wurde das Wettbewerbsergebnis durchaus positiv beschrieben, wenngleich die Bewertungen im Detail recht breit gefächert sind und etwa von „genialer Wurf“ bis „verträglicher Kompromiss“ reichen (vgl. Friedrich 2004). Für einen Großteil der Wiederaufbaubefürworter tragfähig wird der Entwurf van Egeraats durch die geschickte und vielfältige Zitation des Vorgängers, die auch unterschiedliche Bedürfnisse nach geschichtlicher Referenz befriedigt. „Wer eine Kirche sehen will, sieht eine Kirche, wer eine Aula sehen will, sieht eine Aula“ (van Egeraat; zit. in Kowa 2009: 8). So wird einerseits die äußere Kubatur des Vorbilds wiederhergesellt. Die Überhöhung ist dabei eine offenbar konsensfähige Antwort auf funktionale Vorgaben der Universität. Wesentlich schwieriger gestaltete sich hingegen die entwurfliche Aushandlung eines Kompromisses für den Innenraum: Der Architekt war hier in seinem Wettbewerbsbeitrag den Forderungen nach Wiederherstellung soweit gefolgt, dass der Konflikt zwischen – im Wesentlichen – Universitätsleitung und Paulinerverein um die vorangetriebene Abschwächung die Kontroverse um den Wiederaufbau in bekannter Schärfe verlängerte. Von der Universität vorgegebene finanzielle, vor allem aber funktionale Erwägungen wurden dabei sogar in Abrede gestellt und vor allem ein weiterer Affront gegen einen sakralen Duktus hinein interpretiert. Zwar wurde aus Stein modernes Baumaterial, doch „Maßwerkfenster, Bündelpfeiler und Netzgewölbe lassen St. Pauli mit allem gotischen Vokabular aufleben“, so dass Kowa (2009: 8) selbst in der abgeschwächten Variante wenn nicht eine Rekonstruktion „so doch ein Abbild“ sieht. Wohl auch durch die Verknüpfung mit der Diskussion um die Trennung von Chorraum und Aula wurden die für die Raumwirkung wenig bedeutsamen Änderungen in Materialität und die Reduzierung auf drei vollständige Säulenpaare (die übrigen drei werden von der Decke bis fünf Meter über dem Boden hängen) von den verbliebenen Akteuren des Paulinervereins nicht akzeptiert, obwohl gleichzeitig der zunächst erweiterte Raum auf seine ursprüngliche Umgrenzung reduziert wurde. Interessanterweise war die Aufweitung sogar begrüßt worden. In der Fachpresse wurden sowohl der Siegerentwurf als auch die Alternativen unterschiedlich bewertet. Friedrich sieht in van Egeraats „pseudo-expressionistische[m] Komplex“ neben Opern- und Gewandhaus eine „weitere architektonische Skurrilität“ für den Augustusplatz, bei der der Architekt für die Innenraumgestaltung „richtig in die Baugeschichtskiste gegriffen“ habe, um darüber fünf weitere Geschosse „zu stapeln“. Gerade letztere Lösung wird sehr positiv bewertet (Mende 2004). Unter den übrigen Beiträgen sieht Friedrich (2004) „keine zwingende Alternative“, zumal er davon ausgeht, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Lösung der unlösbaren Aufgabe, einen säkularen Bau, „dem etwas Sakrales anhaftet und der an die sinnlose Zerstörung des Vorgängerbaus erinnert, ohne diesen jedoch zu imitieren“, ihre eigenständigen Entwürfe der ersten Phase zu sehr überarbeitetet hätten. Kowa (2009: 7) kann zumindest der neuen Fassung des Siegerentwurfs aus dem Jahr 2002 positives abgewinnen und bescheinigt der Lösung eines „Negativ-Abdruck[s] des Kirchenraums mitsamt seinem Spitzdach“ eine „durchaus poetische Kraft“.

(Angeführte) Argumente für einen Wiederaufbau

Die Wiederaufbaubefürworter verfügen insgesamt betrachtet über keine stringente bzw. einheitliche Argumentation. So wurden von unterschiedlichen Personen aus dem Paulinerverein und seinem Umkreis verschiedene, zum Teil sogar widersprüchliche Punkte vorgetragen – wobei die Widersprüchlichkeit eher erst in dem Moment einsetzt, in dem eine vollständige Rekonstruktion als nicht mehr erreichbar eingeschätzt wird und die Umsetzung verschiedener Teilaspekte als besonders wichtig angesehen wird. Die Vielfalt der Argumente bedeutete aber schon in der vorangegangenen Diskussion, dass die Position des Paulinervereins als komplex wahrgenommen wurde und dadurch medial schwierig zu vermitteln war (vgl. Heymann 26.8.2009).

So kommt es, dass die Hauptbeweggründe und damit eigentlichen Kernargumente der im Paulinerverein versammelten früheren Nutzer der Universitätskirche nirgends so deutlich formuliert werden, wie der derzeitige Pauliner-Vorsitzende Stötzner (28.8.2009) dies im Interview tut: Als Christen in einer nicht-christlichen Stadt sei man eine Minderheit und dennoch fordere man die

Wiederherstellung des Baus, der ihnen bis zur mutwilligen Zerstörung als wesentlicher Identifikationsort – nämlich als geistliches und politisches Zentrum und „Ort des freien Worts“ in Zeiten der Diktatur – gedient habe. Nach der Sprengung sei auch ein wesentlicher Teil des vom SED-Regime als Widerstand wahrgenommenen bürgerlichen Lebens, das zuvor in der Kirche beheimatet gewesen sei, zerstört worden. Wegen dieser immensen Bedeutung dürfe es auch eine Rekonstruktion sein. Die angeführten Argumente allerdings waren – angefangen von dem Beharren auf eine in Umfragen belegte Mehrheit innerhalb der Bevölkerung – stets andere. Als wesentliche Argumente nennt Stötzner (28.8.2009) zwar auch den kirchlich-theologischen Aspekt des Wiederaufbaus eines zerstörten „Tempels“ (mit Verweis auf das Alte Testament), doch verweist er auch darauf, dass sich die Pauliner in der Anfangsphase nicht als „Kirchenbauverein“ betrachtet hätten. Dies scheint erst in der Debatte um die Nutzung, die Innenraumgestaltung und insbesondere den von der Universität vorgesehenen Raumteiler wirklich deutlich zu werden. Die Besonderheit der Universitätskirche, die wesentliche Bedeutung der theologischen Fakultät in der Hochschulgeschichte, aber auch die Bedeutung für den „Widerstand“ gegen den SED-Staat werden auch allenfalls erwähnt, während vor allem angeführt wird, die Sprengung sei ein „politischer Willkürakt des SED-Regimes und bleibe ständiger Ausdruck kommunistischer Barbarei“ (CDU Leipzig 14.1.2002, vgl. LVZ 15.1.2002), der mit der Rekonstruktion „wiedergutgemacht“ werden müsse. Stärker als bei anderen Wiederaufbauvorhaben werden der Akt der Zerstörung selbst und sein Kontext zu einem Argument der Wiederaufbaubefürworter. Koch und Koch (2006: 15) schrecken hier auch nicht davor zurück, die Sprengung der Paulinerkirche als den „Höhepunkt kultureller Säuberungen unter dem SED-Regime der Ära Walter Ulbricht“ zu bezeichnen und mit der Zerstörung der quasi nachträglich anerkannten UNESCO-Welterbestätte im afghanischen Bamian- Tal durch die Taliban 2001 zu vergleichen. Daran schließt sich das Argument der „Normalität“ von Rekonstruktion an, da für Afghanistan davon ausgegangen wird, dass eine Wiederherstellung die vorherrschende Meinung in internationalen Fachkreisen sei. Die UNESCO begründete die Aufnahme in die Welterbeliste mit der Hoffnung, „dass [sic] sich Handlungen extremer Intoleranz wie die vorsätzliche Zerstörung der Buddha-Statuen niemals wiederholen“ (ebd.). Implizit wird damit auch ausgedrückt, dass auch die Leipziger Universitätskirche als ein solches Symbol dienen könne. Umgekehrt sei ein Unterlassen eines Wiederaufbaus eine Wiederholung oder zumindest Bestätigung der Ulbricht zugeschriebenen Zerstörung (vgl. CDU Leipzig 14.1.2002). Ebenfalls häufig wird die Bedeutung, der kulturhistorische Wert und das Alter der gesprengten Kirche angeführt, die in ihren Grundzügen nahezu 700 Jahre der Leipziger Stadtentwicklung mit geprägt habe. Dies wird zwar an den erhaltenen Teilen der Innenausstattung und einigen Steinen der Roßbachfassade dokumentiert, seltener genannt wird aber das – z. B. in der Auseinandersetzung um den Wiederaufbau des Frankfurter Goethehauses in den 1950er Jahren wesentliche – Argument, dass immerhin achtzig Prozent der Ausstattung der Kirche noch vorhanden sind und einen angemessenen Platz brauchen. Wesentlich häufiger hingegen wird der kulturgeschichtliche, insbesondere musikgeschichtliche Aspekt benannt: Die Paulinerkirche habe eine große Bedeutung für die „Musikstadt Leipzig“, da Bach, Mendelssohn-Bartholdy, der hier auch zur Trauerfeier aufgebahrt war, Reger und weitere Größen der Musikgeschichte hier gewirkt haben. Hier verbindet sich die Begründung des Rekonstruktionswunsches mit der historischen Bedeutung des Originalbauwerks mit dem Argument der touristischen Vermarktung: Leipzig wolle sich als Musikstadt darstellen, doch seien z. B. kaum originale Bachstätten vorhanden. Eine in dieser Form seltene Verkehrung des üblichen Arguments der touristischen Attraktivität formuliert der damalige Pauliner-Vorsitzende Blobel, als er von der Leipziger Volkszeitung (23.4.2003) angesprochen auf die Entscheidung des Nationalen Olympischen Komitees für Leipzig als Kandidat für die Spiele im Jahr 2012 sagte, dass im Falle eines Zuschlags „der Augustusplatz so gestaltet sein [müsse], dass er wieder der schönste Platz von Leipzig und dessen Highlight die wieder errichtete Paulinerkirche ist“. Damit wird eine (potenziell) bestehende touristische Attraktivität als Anlass für eine Stadtverschönerung ausgegeben. Wiederum weniger prominent war das Argument der anstehenden Feierlichkeiten zum fünfhundertsten Jahrestag der Reformation im Jahr 2017. Mit der wiederaufgebauten, einst von Luther geweihten Universitätskirche, hätte sich Leipzig auch in diesem Kontext präsentieren können. Allerdings sei bereits der Tourismusverein hiervon nicht zu überzeugen gewesen (Stötzner 28.8.2009). Deutlich wird in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung einer möglichst großen Nähe zum Original für die touristische Vermittlung: In einer neuen Aula sei einem ausländischen Tourist nicht vermittelbar, dass hier Luther gepredigt habe oder Bachs Motette uraufgeführt worden sei.

Einige dieser Argumente werden im Aufruf der 27 Nobelpreisträger staatstragend überprägt, wenn hier formuliert wird: „Der Beschluss, den Wiederaufbau der Kirche im Wettbewerb auszuschließen, ist eine nationale Schande.“ (**www.paulinerverein.de**) Während eine Nicht-Rekonstruktion „die Kulturbarberei Ulbrichts“ sanktioniere und den „heroische[n] Widerstand vieler Leipziger“ ignoriere, könne die

wiederaufgebaute Kirche eine Gedenkstätte für den studentischen Widerstand in den 1950er Jahren, die Opfer des 17. Juni und die friedliche Revolution 1989 werden.

Zum Teil werden sehr persönliche Argumente angeführt, die auch eine deutlich andere Qualität besitzen als die Schilderung persönlicher Erlebnisse in anderen Wiederaufbauvorhaben. Die Sprengung der Paulinerkirche liegt gerade gut vierzig und keine 65 Jahre zurück, womit auch damalige Akteure noch heute an der Diskussion teilnehmen. Dies gilt insbesondere für Mitglieder des studentischen Widerstands, für die es nicht nur um die Aufarbeitung eines Stücks DDR-Vergangenheit geht, sondern auch um Entschädigung für persönlich erlittenes Unrecht, zum Teil – wohl in Unkenntnis der geschichtswissenschaftlichen Begrenzung auf (jüdische) Opfer des Nationalsozialismus – als „Wiedergutmachung“ bezeichnet. Außergewöhnlich deutlich wird die persönliche Konnotation der öffentlichen Auseinandersetzung, wenn Eckhard Koch im Vorwort der 2006 erschienen Denkschrift zur Diskussion um die Paulinerkirche schreibt: „Wir müssen uns der Entscheidung fügen, aber wir können sie nicht akzeptieren. Das ist nicht nur eine Frage der Satzung, sondern auch eine der Selbstachtung und Glaubwürdigkeit.“ (Koch/Koch 2006: 9) Dass er im Weiteren für diese Haltung den gleichen Respekt der Universitätsleitung einfordert, die der SED-Bezirksstaatssekretär der Enthaltung des Theologie-Dekans gegen die Zerstörung der Kirche gezollt hat, unterstreicht das Maß der persönlichen Betroffenheit.

Schließlich wurde in jedem Stadium die technische Machbarkeit angeführt – sowohl der vollständigen Rekonstruktion als auch der weiterhin möglichen originalgetreuen Innenraumgestaltung. Selbst eine Demontage von „Gips und Plaste“ (Stötzner 28.8.2009) der derzeit vorgesehenen Pfeiler und Decken zu einem späteren Zeitpunkt sei möglich. Immer wieder verwiesen wird dabei auf die Möglichkeit des Wiederaufbaus der Dresdener Frauenkirche und ihres erheblichen Erfolgs.

(Angeführte) Argumente gegen einen Wiederaufbau

Auch für die Position der Wiederaufbaugegner ist keine einheitliche und durchgängige Argumentationslinie festzustellen, was sich hier allerdings auch aus einer durch das Fehlen einer entsprechenden Initiative gegebenen Vielstimmigkeit ergibt. Gleichwohl sind aus unterschiedlichsten Quellen wie offiziellen Stellungnahmen, Reden und Diskussionsbeiträgen sowie schriftlichen Kommentaren diverse Argumente bekannt. Aufgrund der daraus entstehenden Unübersichtlichkeit soll im Folgenden wesentlich auf die Darstellung „gegnerischer“ Argumente von Koch/Koch (2006: 127–172) zurückgegriffen werden, die dort der Widerrede gilt. Auf diese „Kritik an der Kritik“ soll hier allerdings kaum eingegangen werden. Zusätzliche Punkte werden hingegen insbesondere aus den Interviews mit Schroth/Tesch (26.8.2009) und Häuser (10.9.2009) zusammengetragen. Insgesamt bestehen dabei wesentliche Überschneidungen mit den Argumenten für vermittelnde Varianten, da mit der Opposition zur Rekonstruktion nie eine Ablehnung eines auch baulichen Erinnerns an die gesprengte Paulinerkirche einherging (vgl. Quester 25.8.2009). Dabei erscheint zumindest im Rückblick ein Teil der Argumentation weniger von einer dezidierten Auseinandersetzung oder fundierten Kritik getragen, als vielmehr beständig eine Rekonstruktion per se und weitgehend unbegründet abgelehnt wurde. Damit scheinen die Wiederaufbaugegner aus den Verwaltungsspitzen von Universität und Stadt zumindest in der frühen Phase davon ausgegangen zu sein, dass ein Wiederaufbau ein Tabu sei, dessen Bruch sozusagen unter Aufgeklärten ausgeschlossen sei, womit die Ablehnung keiner Begründung bedürfe (vgl. Gormsen 10.9.2009, Häuser 10.9.2009).

Als wesentliche Punkte der Argumentation gegen einen originalgetreuen Wiederaufbau führen Koch/Koch 2006: 127–172) an – größtenteils auch aus anderen lokalen Rekonstruktionsdebatten bekannt: • Die allgemeine Kritik am Umgang mit den vorhandenen baulich-räumlichen Zeugnissen der Geschichte wird erwähnt, wenngleich die konkreten Universitätsbauten – mit Ausnahme des Karl-Marx-Reliefs (vgl. LVZ 20.2.2009) – offenbar niemals zum Gegenstand von Erhaltungswünschen wurden. Den Rekonstruktionsbefürworter wurde dabei ein ähnlicher Umgang mit der Geschichte – nämlich das „Ungeschehen machen“ oder auch der Restauration – vorgeworfen wie den einstigen Sprengern. (Marek 2003, vgl. Koch/Koch 2006: 136). Es entstehe bewusst „kein Sühnebau, der die schmerzliche Wunde der Sprengung von 1968 wettmachen will.“ (Universität Leipzig 2008: 1) Proentstehenden Unübersichtlichkeit soll im Folgenden wesentlich auf die Darstellung „gegnerischer“ Argumente von Koch/Koch (2006: 127–172) zurückgegriffen werden, die dort der Widerrede gilt. Auf diese „Kritik an der Kritik“ soll hier allerdings kaum eingegangen werden. Zusätzliche Punkte werden hingegen insbesondere aus den Interviews mit Schroth/Tesch (26.8.2009) und Häuser (10.9.2009) zusammengetragen. Insgesamt bestehen dabei wesentliche Überschneidungen mit den Argumenten für vermittelnde Varianten, da mit der Opposition zur Rekonstruktion nie eine Ablehnung eines auch

baulichen Erinnerns an die gesprengte Paulinerkirche einherging (vgl. Quester 25.8.2009). Dabei erscheint zumindest im Rückblick ein Teil der Argumentation weniger von einer dezidierten Auseinandersetzung oder fundierten Kritik getragen, als vielmehr beständig eine Rekonstruktion per se und weitgehend unbegründet abgelehnt wurde. Damit scheinen die Wiederaufbaugegner aus den Verwaltungsspitzen von Universität und Stadt zumindest in der frühen Phase davon ausgegangen zu sein, dass ein Wiederaufbau ein Tabu sei, dessen Bruch sozusagen unter Aufgeklärten ausgeschlossen sei, womit die Ablehnung keiner Begründung bedürfe (vgl. Gormsen 10.9.2009, Häuser 10.9.2009).

Als wesentliche Punkte der Argumentation gegen einen originalgetreuen Wiederaufbau führen Koch/Koch 2006: 127–172) an – größtenteils auch aus anderen lokalen Rekonstruktionsdebatten bekannt:

• Die allgemeine Kritik am Umgang mit den vorhandenen baulich-räumlichen Zeugnissen der Geschichte wird erwähnt, wenngleich die konkreten Universitätsbauten – mit Ausnahme des Karl-Marx-Reliefs (vgl. LVZ 20.2.2009) – offenbar niemals zum Gegenstand von Erhaltungswünschen wurden. Den Rekonstruktionsbefürworter wurde dabei ein ähnlicher Umgang mit der Geschichte – nämlich das „Ungeschehen machen“ oder auch der Restauration – vorgeworfen wie den einstigen Sprengern. (Marek 2003, vgl. Koch/Koch 2006: 136). Es entstehe bewusst „kein Sühnebau, der die schmerzliche Wunde der Sprengung von 1968 wettmachen will.“ (Universität Leipzig 2008: 1)

• Mit dem Wiederaufbau würde eine wichtige Trauerarbeit über den historischen Verlust der Kirche verhindert und zeige sich damit zugleich eine „Unfähigkeit zu trauern“ (Marek 2003, vgl. Koch/Koch 2006: 137).

• Das gewünschte Ergebnis aber sei selbst bei technisch perfekter Ausführung nicht zu erreichen, zumal sich der städtebauliche Kontext verändert habe, damit werde letztlich nur die zeitgenössische Befindlichkeit dokumentiert und verstärkt (Marek 2003, vgl. Koch/Koch 2006: 137).

• Anstelle einer rückwärtsgewandten Architektur müsse in den Bauten die Zeitgenossenschaft des Bauwerks abzulesen sein (vgl. Koch/Koch 2006: 144–154).

• Damit verbunden sind auch Vorstellungen der Universität, sich als fortschrittliche Reformuniversität zu profilieren. „In der architektonischen Außendarstellung zeigt sich immer auch, wie der ideelle Kern der Universität verstanden wird“ (Stekeler-Weithofer 2003: 46, vgl. Koch/Koch 2006: 144–155), und dieser habe sich seit dem Kirchenbau mehrfach gewandelt. „Maßstab für die Entscheidung der Universität muss ihre Rolle und Funktion in Gegenwart und Zukunft sein, nicht die Erinnerung an eine böse Vergangenheit. […] In Gegenwart und Zukunft ist die Universität eine durchaus weltliche Institution […]. Das sollte auch in […] der Aula ausgedrückt werden.“ (Hinrich Lehmann-Grube; zit. in Universität Leipzig 2008: 2)

• Die fehlende materielle Authentizität des Bauwerk, die mit „aggressiven“ (Koch/Koch 2006: 127) Begrifflichkeiten wie „Fälschung“, „Fake“, „Disneyland“ oder „Fetisch“ zum Ausdruck gebracht wird, begründen die Gegner mit denkmalpflegerischen Kriterien.

• Ebenso wird das Fehlen ruinöser Reste der Originalbausubstanz am Ort angeführt, die als Anknüpfungspunkt für einen Wiederaufbau dienen könnten (vgl. Koch/Koch 2006: 130–131).

• Schließlich wird die Notwendigkeit eines Kirchenbaus innerhalb einer Stadt mit einem christlichen Bevölkerungsanteil von unter zwanzig Prozent und an einer Universität, an der nur fünf Prozent der Studierenden einer Konfession angehören, in Zweifel gezogen – zumal ein entsprechender Bau aus staatlichen Mitteln nicht möglich sei (Schroth/Tesch 26.8.2009, Häuser 10.9.2009, vgl. Wolff 10.9.2009, Koch/Koch 2006: 155–162). Entsprechend wurde etwa der Wiederaufbaubeschluss der Landesregierung als „Zwangschristianisierung“ interpretiert. Die Argumentation hat sich insgesamt mit der Auseinandersetzung um den Innenraum des „Paulinums“ zugespitzt. So wendet sich die neu entstandene „Bürgerinitiative pro Uni“ gegen eine aus ihrer Sicht übermächtige kirchliche Nutzung, Symbolik und Aneignung, die einer „weltoffenen, weltlichen“ und religionsungebundenen Nutzung entgegenstehe.

Das maßgebliche Argument für die Universität war allerdings ein gänzlich anderes, das auch von den Rekonstruktionsbefürworter lange Zeit kaum ausreichend beachtetet wurde: Sie wollte vor allem die Funktionalität des Gebäudes gewahrt wissen. Diese besteht in einer Aula, die in den Gebäudezusammenhang des Innenstadtcampus integriert sein soll, und der alle weiteren Funktionen, sei es die Erinnerung an die Geschichte, die repräsentative Wirkung oder auch die kirchliche Nutzung, nachgeordnet sind. (vgl. Häuser 10.9.2009) „Es entsteht hier eine Universitätsaula, die an die Paulinerkirche erinnern soll – keine Paulinerkirche, die an eine Universitätsaula erinnert." (Benedict Rehbein; zit. in Universität Leipzig 2008: 2) Das wesentliche Argument der Landesregierung war hingegen, solange sie sich gegen den Wiederaufbau stellte, das fiskalische: Sie wollte die Kosten der Campus-Umgestaltung minimieren und forderte daher in allen Wettbewerben den Erhalt eines möglichst großen – wenn auch von Mal zu Mal kleiner werdenden – Teils des Gebäudebestandes.

Im Zusammenhang mit der Aufkündigung der Absprachen zum Neubau einer Universitätsaula durch die Landesregierung Anfang 2003 und der ohne weitere Absprache gefällten Entscheidung für einen Wiederaufbau wurde als wesentliches Argument die Autonomie der Hochschule und der Verbleib von Entscheidungskompetenz in der Stadt Leipzig angeführt.

(Angeführte) Argumente für vermittelnde Varianten

Es gehört zu den Besonderheiten des Leipziger Falles, dass sich innerhalb der Gruppe der Wiederaufbaugegner keine Stimmen finden lassen, die eine bauliche Erinnerung an die verlorene Paulinerkirche ablehnen würden. So ist hier das stete Bemühen erkennbar, durch diverse architektonische Mittel eine Vermittlung zum Vorgängerbau herzustellen. Insofern sind viele der Pro- und Contra-Argumente gleichzeitig auch als Argumente für vermittelnde Varianten bzw. in der Aushandlung über die konkrete Bebauung zu verstehen und sind die verschiedenen Wettbewerbsbeiträge und sonstigen Vorschläge auch als ein Prozess der Suche nach dem „richtigen" Maß der Vermittlung deutbar. Letztlich wird diese grundsätzlich hohe Kompromissbereitschaft innerhalb des Diskurses um die Neubebauung am Ort der ehemaligen Universitätskirche noch verstärkt durch die Meinungsvielfalt innerhalb des Lagers der Wiederaufbaubefürworter bzw. des Paulinervereins. Andererseits erscheint als wesentliches Argument für die Einigung auf eine Kompromisslinie die Machbarkeit: Der Paulinerverein hat immer wieder einsehen müssen, dass ein originalgetreuer Wiederaufbau nicht durchzusetzen war. Dies führte angefangen vom damaligen Vereinsvorsitzenden Behrends, der bereits 2001 einen originalgetreuen Wiederaufbau als „nicht realistisch" (LVZ 17.7.2001) bezeichnet hatte, über Blobels „euphorische" Zustimmung zum van Egeraat-Entwurf, bis zur Einsicht des heutigen Vorsitzenden Stötzner (28.8.2009), dass sich an der äußeren Gestalt des Gebäudes nichts ändern werde, aber immer wieder auch zu unterschiedlichen Kompromissvorschlägen, die häufig in Teilrekonstruktionen (vgl. Koch/Koch 2006: 173) bestanden. Andererseits war auch die Universität stets darum bemüht, möglichst bald von der Entscheidungsfindung zur Umsetzung überzugehen, da einerseits an der Bebauung auf dem Grundstück der ehemaligen Paulinerkirche auch der Umbau der sonstigen Gebäude des Innenstadtcampus hing und andererseits das Universitätsjubiläum als fixes Datum zusätzlichen Zeitdruck bedeutete (vgl. Häuser 10.9.2009).

Bedeutung von Fachargumenten

Im gesamten Wiederaufbauverfahren haben Fachargumente nahezu keine Rolle gespielt. In der Regel wird dies auf die emotional geführte Diskussion zurückgeführt (etwa Lars-Christian Horn; zit. in Universität Leipzig 2008: 2, Heymann 26.8.2009). Quester (25.8.2009) verweist allerdings zu Recht auch darauf, dass das Vorhaben nie Teil eines öffentlichen Verfahrens gewesen sei, in dem dann eine Beteiligung von Experten zumindest in der Form von Trägern öffentlicher Belange erforderlich gewesen wäre.

Zudem sind Akteure aus wesentlichen Fachgruppen kaum eigenständig aktiv geworden. So hat sich der in Leipzig ohnehin relativ schwach vertretene Denkmalschutz auf die Position zurückgezogen, dass er nicht betroffen sei, da das Denkmal 1968 zerstört worden sei (Gormsen 10.9.2009), und hat der mittlerweile pensionierte Landeskonservator Margirius in einigen Punkten eher den Paulinerverein unterstützt (Stötzner 28.8.2009). Der verbandliche Denkmalschutz sah seine Aufgabe insbesondere in der finanziellen Unterstützung der Restaurierung der erhaltenen Originale (Gormsen 10.9.2009). Noch weniger in Erscheinung getreten sind Architekten bzw. ihre verfassten Vereine und Verbände. Selbst die erheblichen Eingriffe in die Regeln des Wettbewerbswesens durch Veröffentlichung von

Wettbewerbsbeiträgen aus dem laufenden Verfahren führten lediglich zum Ausstieg zweier Architekten aus der Jury (vgl. Quester 25.8.2009), während der erwartungsgemäße „Aufschrei“ ausblieb.

Verschiedentlich haben allerdings Historiker und Kunsthistoriker zu unterschiedlichen Aspekten der Rekonstruktionsdebatte Stellung genommen. Ihre Beiträge dienten aber im Wesentlichen als Argumentationspool für die konträren Positionen, die historische Fakten immer wieder zu Anforderungen für gegenwärtige Handlungen uminterpretierten. Bemerkenswert ist insgesamt, wie stark die Diskussion dennoch auf die Frage eines „richtigen“ Umgangs mit dem Ort und seiner Geschichte fokussierte und dabei zum Teil pseudo-wissenschaftliche Züge annahm (vgl. hierzu insbesondere die „Widerlegung“ von Gegnerargumenten durch Koch/Koch 2006: 125–171).

Im Rahmen der nachgelagerten Auseinandersetzung um die Glaswand zwischen Chor und Aula wurde ein Zielkonflikt zwischen unterschiedlichen fachplanerischen Ansprüchen deutlich: Während der Universitätskustos Rudolf Hiller die Trennwand als einzige Möglichkeit ansah, im Chor ein kontrolliertes Raumklima für die dort präsentierten Originalfragmente zu schaffen, kritisiert der Musikdirektor David Timm die Beeinträchtigung der Akustik. (Kowa 2009: 8)

Bedeutung von Identifikation und Vermarktung

Identifikations- und Vermarktungsaspekte standen zunächst nicht im Fokus der Argumentation der Wiederaufbaubefürworter, gewannen aber über den Prozessverlauf deutlich an Bedeutung. So wurde etwa im Rahmen der Olympiabewerbung Leipzigs auf die „große Anziehungskraft für das begleitende Kulturprogramm“ verwiesen, die von der Paulinerkirche ausgehe (**www.paulinerkirche.de/archiv03.htm**). Gleichwohl ist davon auszugehen, dass es den Mitgliedern des Paulinervereins lediglich in soweit um ein Identifikationspotenzial einer rekonstruierten Universitätskirche ging, als ihre persönliche Identifikation mit dem Original betroffen war. Entsprechende Argumente, die innerhalb der Debatte angeführt wurden, können also eher als (zusätzliche) Legitimation eines zumeist recht individuellen, biografisch bedingten Wunsches angesehen werden. Insofern erscheinen viele Argumente hinsichtlich der Identifikationsleistung eines Wiederaufbaus als ein Verallgemeinerungsanspruch der persönlichen Beziehung zum Original. So wird der Universitätskirche eine erhebliche stadt-, universitäts- und kulturhistorische sowie zeitgeschichtliche Bedeutung zugeschrieben, die ein Identifikationspotenzial für die gesamte Bevölkerung bedeuten sollen (vgl. Quester 25.8.2009), obwohl etwa Richter (2009) davon ausgeht, dass eine Kirche in Leipzig nicht als Identifikationsort geeignet ist (s.u.). Ebenso wurden die (touristischen) Vermarktungspotenziale eines (zumindest in Teilen bzw. im Inneren) rekonstruierten Gebäudes erst spät in die Diskussion eingeführt. derlegung“ von Gegnerargumenten durch Koch/Koch 2006: 125–171).

Im Rahmen der nachgelagerten Auseinandersetzung um die Glaswand zwischen Chor und Aula wurde ein Zielkonflikt zwischen unterschiedlichen fachplanerischen Ansprüchen deutlich: Während der Universitätskustos Rudolf Hiller die Trennwand als einzige Möglichkeit ansah, im Chor ein kontrolliertes Raumklima für die dort präsentierten Originalfragmente zu schaffen, kritisiert der Musikdirektor David Timm die Beeinträchtigung der Akustik. (Kowa 2009: 8)

Bedeutung von Identifikation und Vermarktung

Identifikations- und Vermarktungsaspekte standen zunächst nicht im Fokus der Argumentation der Wiederaufbaubefürworter, gewannen aber über den Prozessverlauf deutlich an Bedeutung. So wurde etwa im Rahmen der Olympiabewerbung Leipzigs auf die „große Anziehungskraft für das begleitende Kulturprogramm“ verwiesen, die von der Paulinerkirche ausgehe (**www.paulinerkirche.de/archiv03.htm**). Gleichwohl ist davon auszugehen, dass es den Mitgliedern des Paulinervereins lediglich in soweit um ein Identifikationspotenzial einer rekonstruierten Universitätskirche ging, als ihre persönliche Identifikation mit dem Original betroffen war. Entsprechende Argumente, die innerhalb der Debatte angeführt wurden, können also eher als (zusätzliche) Legitimation eines zumeist recht individuellen, biografisch bedingten Wunsches angesehen werden. Insofern erscheinen viele Argumente hinsichtlich der Identifikationsleistung eines Wiederaufbaus als ein Verallgemeinerungsanspruch der persönlichen Beziehung zum Original. So wird der Universitätskirche eine erhebliche stadt-, universitäts- und kulturhistorische sowie zeitgeschichtliche Bedeutung zugeschrieben, die ein Identifikationspotenzial für die gesamte

Bevölkerung bedeuten sollen (vgl. Quester 25.8.2009), obwohl etwa Richter (2009) davon ausgeht, dass eine Kirche in Leipzig nicht als Identifikationsort geeignet ist (s.u.). Ebenso wurden die (touristischen) Vermarktungspotenziale eines (zumindest in Teilen bzw. im Inneren) rekonstruierten Gebäudes erst spät in die Diskussion eingeführt.

Bedeutung von Bautyp und Symbolik

Über die längste Zeit schien zumindest in der öffentlichen Debatte der Bautyp Kirche und seine Symbolik kaum von Bedeutung. Selbst der sich für den Wiederaufbau engagierende Paulinerverein sah sich nicht als „Kirchenbauverein" (Stötzner 28.8.2009) und forderte – wenngleich nicht mit der gleichen Vehemenz, was aber wohl eher auf den früheren Zerstörungszeitpunkt zurückzuführen ist – auch die Wiedererrichtung des Augusteums. So geht auch Richter (2009) davon aus, dass in einer zu achtzig Prozent nicht-religiösen Stadt der Wert einer Kirche relativ gering sei, zumal wenn diese „zwanzig Jahre komplett aus dem Stadtbild verschwunden" gewesen sei. Im Hinblick auf die Diskussion, die sich seit Anfang 2004, als zunächst die Wettbewerbsentwürfe veröffentlicht wurden und dann van Egeraat innerhalb der Konkurrenz als Sieger hervorging, muss dieser Einschätzung hier deutlich widersprochen werden.

Stötzner (28.8.2009) geht davon aus, dass das wesentliche „Argument" für van Egeraat in der öffentlichen Abstimmung die optische Wirkung war, die den ehemaligen Sakralbau nicht nur nachempfindet, sondern sogar überhöht und damit innerhalb des Ensembles, zu dem auch das ehemalige Universitätshochhaus und mehrere Großbauten gehören, entsprechend seiner früheren städtebaulichen Wirkung hervorhebt. Für die Universität als Hauptnutzerin scheint diese Wirkung zumindest im Inneren zum Problem zu werden, da sie einerseits Nutzungsansprüche zu implizieren scheint, andererseits die Aula wohl – trotz Abstrichen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf und den Forderungen der Pauliner und Personen aus kirchlichen Kreisen – eine Prägung erhält, die zumindest in Mitteleuropa aufgrund ihrer gotischen Säulen und Raumhöhe deutlich mit einer Kirche assoziiert werden könnte. Quester (25.8.2009) geht davon aus, dass ein originalgetreuer Wiederaufbau nur als Kirche nutzbar gewesen wäre. Entsprechend formierte sich auch innerhalb der Aushandlung der konkreten Innenraumgestaltung und angesichts des Wunsches nach der zusätzlichen Platzierung christlicher Ornamente erstmalig bürgerschaftlicher Widerstand, der sich für eine „weltliche, weltoffene" Universität ausspricht (vgl. Schroth/Tesch 26.8.2009). Wenngleich sich die entsprechende Bürgerinitiative nicht an architektonischen Auseinandersetzungen beteiligen möchte, erscheint doch auch ihren Vertretern der Auslöser der Diskussion darin zu liegen, dass das Gebäude „aussieht wie eine Kirche". Die Vorstellung, vor einem Altar oder gar von oder neben einer Kanzel eine nicht-christliche Veranstaltung, wie einen Kongress oder Vortrag abzuhalten, führt zu einer Ablehnung bzw. auch zum Wunsch nach einer baulichen Trennung zwischen dann stärker säkularer Aula und einem Chorraum, der durch die Versammlung der Überreste der alten Kirche unterscheidbar wird.

Gleichzeitig ist die Paulinerkirche allerdings zumindest für einige auch Symbol für den – zum Teil selber miterlebten und mitgestalteten – Widerstand gegen die willkürliche Sprengung von Kirche und Augusteum durch das DDR-Regime. Da die Kirche auch als „Ort des freien Worts in Zeiten der Diktatur" (Stötzner 28.8.2009) erinnert wird und ihrer Sprengung zur Niederschlagung von Kritikern gedient habe, wird sie als allgemeines Symbol des Widerstands verstanden, zumal sowohl die Stadtgesellschaft Leipzigs als auch die Kirchen in erheblichem Maße zur friedlichen Revolution des Jahres 1989/90 beigetragen haben (vgl. Wolff 10.9.2009). Offenbar ist diese Symbolik allerdings in Leipzig nicht allgemein vermittelbar bzw. wird davon ausgegangen, dass sie weiterhin die Opposition von in Entscheidungsfunktion verbliebenen Akteuren des SED-Regimes hervorrufen (vgl. Stötzner 28.8.2009). Heymann (26.8.2009) geht allerdings von einer entsprechenden touristischen Präsentierbarkeit aus.

Bedeutung des Vorhabens innerhalb der Kommunalpolitik und Universitäts- entwicklung

Trotz der umfassenden, lang anhaltenden, politisch kontroversen und zum Teil emotional geführten Debatte wird allgemein davon ausgegangen, dass das Wiederaufbauvorhaben von relativ geringer Bedeutung für die Stadtentwicklung und Kommunalpolitik war (vgl. Quester 25.8.2009, Heymann 26.8.2009, Gormsen 10.9.2009). Davon zeugt auch die geringe Anzahl von Anlässen, zu denen das Projekt im Stadtrat diskutiert wurde. Wenngleich Heymann (26.8.2009) dies kritisiert und eine stärkere Mittlerrolle der Stadt einfordert, ist darauf zu verweisen, dass auch die CDU-Fraktion sich im Wesentlichen außerhalb des Stadtparlaments mit dem Thema befasst (vgl. Stötzner 28.8.2009) und

etwa Kontakte zur Landesregierung hergestellt hat (vgl. Heymann 26.8.2009). Dies bestätigt ein Stück weit den von Quester (25.8.2009) formulierten Eindruck, dass es der CDU hierbei weniger um eine stadtpolitische Sachentscheidung ging, sondern sie sich vielmehr in der Öffentlichkeit gegenüber der politischen Konkurrenz hervortun und dem populären Oberbürgermeister schaden wollte. Insofern kann auch für Leipzig eine Kopplung der Wiederaufbaudebatte mit anderen stadtentwicklungspolitischen Themen bzw. eine Verwendung als Ablenkungs- oder Legitimationsstrategie ausgeschlossen werden, zumal die Debatte auch niemals hinreichende Bedeutung innerhalb der Bevölkerung erlangte und nicht von einem Treiber der Stadtentwicklung initiiert wurde (vgl. Quester 25.8.2009). Selbst eine Kopplung mit Fragen des Denkmalschutzes (Gormsen 10.9.2009) oder des Umgangs mit dem gründerzeitlichen Bestand (Schroth/Tesch 26.8.2009) fand nicht statt, obwohl die vorgeschlagene Roßbach-Fassade als Zeitgenosse dieser Bauten anzusehen ist. Zusammenhänge werden lediglich zur Neugestaltung des unmittelbar angrenzenden Augustusplatzes gesehen, um die nach einer Veränderung Mitte der 1990er Jahre nun erneut gestritten werden wird, um ggf. auf die deutlich repräsentativere Fassade der Universität zu reagieren (vgl. Quester 25.8.2009, Heymann 26.8.2009, Gormsen 10.9.2009).

Im Gegensatz zu anderen Vorhaben erscheint es an dieser Stelle auch geboten, zusätzlich die Bedeutung innerhalb der Universitätsentwicklung zu betrachten. Auch hier ist allerdings nur bedingt von bewussten Verbindungen auszugehen, da auch für die Universität das Gebäude letztlich nur einen kleinen – wenn auch wichtigen und viel beachteten Teil – ihrer baulichen wie auch allgemeinen Umstrukturierung seit 1990 ausmacht. Trotz einer großen Einigkeit zwischen Universitätsleitung und Studierendenvertretern in der Rekonstruktionsfrage wurden universitäre Diskussionen um die Profilbildung kontrovers geführt (Häuser 10.9.2009, vgl. Schroth/Tesch 26.8.2009). Auswirkungen auf die politische Kultur innerhalb der Hochschule sind nicht nachgewiesen, wenngleich zumindest für die Zeiten erheblicher äußerer Anfeindungen durchaus von einem verstärkten Zusammenhalt der Universitätsangehörigen ausgegangen werden kann und die relativ zurückhaltende Unterstützung des Rektors etwa durch den akademischen Senat auch ein Zeichen für dessen geringen Rückhalt (vgl. Gormsen 10.9.2009) in anderen Fragen sein kann. Dies bedeutet allerdings nicht, dass nicht Verbindungen zwischen der universitären Profilbildung bzw. der Suche danach und ihrem Ausdruck in der Architektur gesehen werden können, wie insbesondere die überaus kritischen Hinweise Wolffs (10.9.2009) zeigen. Ihm fehlen an der Universität wesentliche Aspekte der gesellschaftlichen Bildung sowie der Wissenschafts- und Lehrethik. Er bemängelt zudem, dass dahingehende Kritik von außen nicht erwünscht sei. Dies führt er auch auf die fehlende Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zurück, die – für ihn – wiederum in der weitgehenden Ablehnung einer kirchlichen Nutzung sowie baulicher Hinweise auf diesen Teil der universitären Tradition zum Ausdruck kommt.

Zwischenfazit: Konfliktlinien

Schmidt-Lux (2009) geht davon aus, dass der Bau des Paulinums bzw. des Innenstadtcampus der Universität Anlass für das Manifestwerden mehrerer zunächst nicht spezifisch mit dem Vorhaben verbundener Konflikte ist. So unterscheidet er drei teilweise miteinander verbundene Konfliktlinien:

- Umgang mit DDR-Erbe (politisch-erinnernd)
- Nutzung (Aula oder Kirche)
- Ästhetik (Wiederaufbau ja oder nein und wie?)

Diese sollen im Folgenden dargestellt, diskutiert und ergänzt werden. Dabei soll auch untersucht werden, inwieweit sich das Verhältnis der Leipziger Stadtgesellschaft (einschließlich der in ihr beheimateten Universität) zum Freistaat Sachsen wie auch insgesamt zu „äußerer Einmischung“ als eine weitere Konfliktlinie betrachten lässt.

Es besteht in Leipzig ein sehr weit reichender Konsens darüber, dass die Sprengung ein Akt staatlicher Willkür und Unrecht war. Tesch/Schroth (26.8.2009) sehen den Unterschied darin, dass einige darin einen „Akt der Barbarei“ sehen, während er für andere ein historischer Fakt ist. Der wesentliche Dissens ist allerdings der über die Bedeutung dieses historischen Unrechts für das Handeln und den Umgang mit dem Ort in der Gegenwart, also die Frage, ob und, wenn ja, welche baulichen und funktionalen Anforderung aus diesem Unrecht heute entstehen. Dies führt auch dazu, dass seitens einiger Wiederaufbaubefürworter die Ernsthaftigkeit des Unrechtsempfindens bei den Wiederaufbaugegnern und damit das Bestehen dieses Konsenses angezweifelt wird (vgl. Koch/Koch 2006: 155). Die eigentliche Konfliktlinie allerdings besteht eben nicht in der Interpretation oder

Bewertung der Geschichte. Während die verschiedenen Wettbewerbe eine Vielzahl möglicher Formen architektonischer Erinnerungskultur erbracht haben und die Gegner somit belegt sehen, dass ein Neubau zum „Sühnebau“ werden kann, bleibt den Aufbaubefürwortern nur das Argument, die Nicht-Wiederherstellung sei ein „später Sieg der SED“. Letzteres trägt schon deshalb kaum, weil zumindest für die Öffentlichkeit nicht deutlich wird, wer heute einen solchen Sieg „feiern“ solle (wenngleich es entsprechende Unterstellungen gibt; vgl. Koch 2000, **www.verhoer.de**, auch Stötzner 28.8.2009).

Schmidt-Lux (2009) beschreibt eine zweite Konfliktlinie zwischen zwei konträren Nutzungsvorstellungen von Kirche oder Universitätsaula, die auch bauliche bzw. gestalterische Ausprägungen gefunden hätten und schließlich in den Kompromiss der Doppelnutzung in zwei getrennten Räumen und dem neutralen Begriff „Paulinum“ gemündet seien. Zum einen gibt es deutliche Indizien, die die Kompromiss-These in Frage stellen, zum anderen lässt sich der Konflikt weiter verallgemeinern auf das Verhältnis von Stadtgesellschaft und Religion. Wie viele Gebiete innerhalb der neuen Bundesländer ist die Stadt Leipzig auch aufgrund der antireligiösen Tenddenzen des sozialistischen Regimes in einem noch stärkeren Maße säkularisiert und spielen christliche Religion und Kirche innerhalb Stadtgesellschaft noch marginalisiertere Rolle, als dies für vergleichbare Städte in Westdeutschland gelten würde. Dadurch stellt sich zum einen die Bedarfsfrage für eine neue Kirche (wenngleich als Universitätskirche zunächst nicht Teil des Kirchspiels) anders dar und besteht offenbar auch in den Verwaltungsspitzen von Stadt und Universität eine grundsätzlich ambivalente oder gar ablehnende Haltung gegenüber kirchlichen Belangen. In öffentlichen Äußerungen von Privatpersonen, aber auch solchen der Bürgerinitiative „Für eine weltoffene, weltliche und autonome Universität Leipzig“ werden diese zuweilen sogar als „ideologisch“ bezeichnet bzw. verwahrt man sich gegen eine „ideologische Vereinnahmung“ (**www.buerger-pro-uni.de**). Entsprechend sehen Schroth/Tesch (26.8.2009) das langwierige Verfahren lediglich als einen Weg, die Errichtung einer Kirche mit Mitteln des Hochschulbaus durchzusetzen. Der wohl deutlichste Ausdruck dieser Haltung findet sich im Ausdruck der „kalten Christianisierung“, der nach der Entscheidung zum Wiederaufbau durch die Landesregierung vom SPD-Landtagsabgeordneten Cornelius Weiss geprägt wurde (vgl. Koch/Koch 2006: 12). Auch wird es als das (alleinige) Recht des Bauherrn – der Universität – angesehen, über die Nutzung zu entscheiden. (Schmidt-Lux 2009) Andererseits konnten die christlichen Kirchen und kirchliche Kreise sich in der Leipziger Diaspora offenbar relativ gut als Gemeinschaft organisieren und vernetzen, die sich auch des Öfteren politisch äußerte. Nicht vergessen werden soll hier, dass die christlichen Kirchen und religiöse Gruppen in Leipzig mehr noch als in der übrigen DDR einen wesentlichen Beitrag zur politischen Wende der Jahre 1989/90 geleistet haben (vgl. Wolff 10.9.2009). Daraus ist wohl auch ein ausreichendes Selbstbewusstsein erwachsen, um die Forderung nach einem neuen Kirchenbau innerhalb der Stadt Leipzig bzw. einer Universitätskirche für die Universität zu erheben. Hinzu kommen entsprechende Fakultäten und Studierendengemeinden als potentielle Nutzer. Hauptargument der Befürworter einer neuen Universitätskirche ist die diesbezügliche Tradition der Leipziger Universität bis zur Sprengung der Kirche 1968. Die hierin gesehene Verbindung von Wissenschaft und Religion habe sich überaus positiv auf die Entwicklung der Universität ausgewirkt und stände Weltoffenheit und Autonomie nicht entgegen – im Gegenteil: Die Freiheit der Wissenschaft sei ebenso ein Kennzeichen demokratischer Gesellschaften wie die Religionsfreiheit. Dem allerdings wird weiterhin die veränderte Bedeutung der Theologie an der sich grundlegend reformierenden Universität entgegen gehalten.

In der ästhetischen Auseinandersetzung zwischen moderner und traditioneller Architektur sieht Schmidt-Lux (2009) zu Recht eine weniger prominente Konfliktlinie. Während diese Kontroverse in anderen Wiederaufbauvorhaben zumindest zentral behandelt wird und in der Lage ist, andere Konflikte zu überdecken, scheint es, dass diese Diskussion in Leipzig zumindest zunächst kaum geführt wurde und eigentlich erst in den vergangenen Jahren seit der Entscheidung für den Entwurf van Egeraats wichtiger geworden ist. Dies mag vor allem darin begründet liegen, dass die Positionen weit weniger gegensätzlich ausgeprägt sind und damit nicht in voller Härte aufeinander prallen. So weist Schmidt-Lux (2009) insbesondere darauf hin, dass niemals eine strikt moderne Gegenposition formuliert worden sei – obgleich der Entwurf von Behet und Bondzio auch aufgrund der Assoziation mit dem „Bilderwürfel“ durchaus als solche verstanden wurde. Richtig ist allerdings, dass die Position zeitgenössischer Architektur stets deren Vermittlungspotenzial betonte und um historischen Bezug bemüht war, während sie die moderne DDR-Architektur des Bestandes ebenfalls ablehnte. Ein Erhalt scheint – mit Ausnahme des nicht zur Disposition gestellten Henselmann-Hochhauses (City-Hochhaus) – niemals gefordert worden zu sein. Die einzige Auseinandersetzung dieser Art wurde um das am Universitätsgebäude an exakt der Stelle, an der in der Westfassade der der Paulinerkirche das Kreuz zu sehen war, befestigte Karl-Marx-Relief geführt. Dabei wurden sämtliche Positionen von Erhalt an gleicher Stelle, Translokation, Integration in ein kritisches Mahnmal und Zerstörung

vorgetragen. Schmidt-Lux (2009) sieht in eben diesem Unterschied, dass keine explizit ahistorische Position vertreten wurde, den wesentlichen Grund für den Erfolg der Wiederaufbaugegner in Leipzig. Andererseits muss aber auch darauf verwiesen werden, dass für Teile der Wiederaufbaubefürworter die traditionelle Ästhetik nicht das wesentliche Argument war, sondern allenfalls als Träger der Erinnerung etc. angesehen wurde, und auch hier zumindest innerhalb einer Teilgruppe eine Aufgeschlossenheit gegenüber zeitgenössischem Bauen bestand.

Leipzig hat sich als Bürgerstadt stets gegenüber äußerer Einmischung, insbesondere solcher von den in Dresden ansässigen Fürsten verwahrt – eine Tradition, die möglicherweise auch nach einem halben Jahrhundert totalitärer Staatsmacht dazu führte, dass hier ein wesentlicher Ausgangspunkt der friedlichen Revolution in der DDR war. Bei der Sprengung der Paulinerkirche war dies – brisanterweise im Gegensatz zum Residenzschloss in der Untertanenstadt Dresden – anders (vgl. Kowa 2009: 7): Der im Wesentlichen universitäre Widerstand gegen die Zerstörung eines Gebäudes der nicht unbedingt in die Stadt integrierten und keinesfalls so obrigkeitsresistenten, erst „braunen“ und dann „roten“ Universität reichte nicht, um die Zerstörung zu verhindern. Obwohl nach 1990 parteipolitisch unterschiedlich orientiert, schien im Falle der Paulinerkirche zunächst kein Unterschied zwischen der SPD-Regierten Stadt Leipzig und der in ihrer geisteswissenschaftlichen Orientierung ebenfalls eher „links“ stehenden (Heymann 26.8.2009) Universität und der konservativen Staatsregierung zu bestehen. Dies änderte sich, als zum einen mit dem Rücktritt Biedenkopfs auch die zuständigen Minister ausgewechselt wurden und zum anderen das bislang von Leipziger Bürger relativ unprofessionell betriebene Wiederaufbauvorhaben von Außen zusätzliche Unterstützung fand – vor allem durch den bald zum Vorsitzenden gekürten New Yorker Günter Blobel. Diese Konstellation führte, nachdem sich zunächst die konservativen Fraktionen im Leipziger Stadtrat der Forderung nach Wiederaufbau angeschlossen hatten, zu erheblichen Zerwürfnissen vor allem zwischen Universitätsleitung und Freistaat, die trotz Rektoratsrücktritts allerdings keineswegs zur Durchsetzung der – immerhin mit der Finanzhoheit verbundenen – Regierungslinie führten. Einerseits solidarisierten sich die Leipziger in Umfragen mit „ihrer“ Universität und gegen die Regierung, andererseits wurde auch das Engagement Blobels trotz medialer Unterstützung nicht nur positiv aufgefasst. Schließlich einigte man sich auf einen neuerlichen Wettbewerb, der von vorneherein auf eine Kompromissfindung zugeschnitten war, den originalgetreuen Wiederaufbau ausschloss und schließlich durch ein „Volksurteil“ wesentlich mit entschieden wurde. Die Leipziger Bürger haben sich so, wenngleich nie „ordentlich“ beteiligt, sowohl gegen die Einmischung der Landesregierung und unangemessen ausgeweitete Rekonstruktionswünsche gewehrt als auch den Wunsch von Stadtoberhaupt und Universität nach einer ihnen zu modernen Lösung abwehren können.

Angesichts der vielfältigen, sich überlagernden Konfliktlinien erscheinen Interpretationen nahe liegend, die das Ergebnis des Prozesses als einen politischen Kompromiss sehen, der weniger aus der Sache heraus als vielmehr aus den Handlungen der verschiedenen Akteure und insbesondere der Landesregierung zu verstehen ist (vgl. Quester 25.8.2009). Das beinahe Salomonische an der letztlichen Entscheidung könnte allerdings sein, dass alle ohne Gesichtsverlust aus der Auseinandersetzung hervorgehen können und insbesondere der Paulinerverein sich die Qualitätssteigerung sowie die sakrale Geste anrechnen lassen kann (vgl. Stötzner 28.8.2009). Problematisch an der Entscheidung bleibt allerdings die erhebliche Kostensteigerung für die öffentliche Hand, ein Punkt, der aufgrund des zumindest zeitweise umjubelten Ergebnisses selten genannt wird (Quester 25.8.2009).

5.24 Rolle lokaler Bürgerinitiativen

Formen zivilgesellschaftlichen Engagements

Zentrale Form des bürgerschaftlichen Engagements ist die der vereinsmäßig organisierten Bürgerinitiative. Der Paulinerverein nimmt eine so herausragende Stellung innerhalb der Leipziger Debatte ein, dass die nachfolgenden Abschnitte fast ausschließlich dessen Struktur, Aktivitäten und Ansichten in ihrer Entwicklung betrachten sollen. Eine ähnlich intensive Betrachtung weiterer zivilgesellschaftlicher Akteure würde demgegenüber eine Aufwertung ihrer überaus beschränkten Rolle innerhalb der Diskussion und ihrer ebenso bescheidenen Bedeutung für die nachfolgend betrachteten Ergebnisse bedeuten. Dies gilt vor allem auch deshalb, weil sich die Auswertung des Fallbeispiels insgesamt auf das eigentliche Wiederaufbauvorhaben und dessen – je nach Bewertung mehr oder weniger deutliches – Scheitern konzentriert und die Debatte um Details der Innenraumgestaltung, in der andere Akteure wesentlich stärker hinzugekommen sind, als nachgelagert betrachtet.

Eine gewisse Dopplung des bürgerschaftliche Engagements innerhalb des Paulinervereins ist 2006 durch die Gründung des sehr kleinen Vereins Pro Universitätskirche e.V. entstanden, der sich aus Mitgliedern des Paulinervereins zusammensetzt, die sich hier in der vereinsinternen personellen Auseinandersetzung um gewisse inhaltliche Punkte (Vorschlag zu Rekonstruktion der Roßbach-Fassade am Bau von van Egeraat; Koch/Koch 2006: 108–117, vgl. Stötzner 28.8.2009) nicht durchsetzen konnten. Wenngleich die wesentlichen Betreiber des Vereins, die Gebrüder Koch, zu den Wortführern innerhalb des Wiederaufbauvorhabens zählten und bereits vor der Vereinsgründung als Einzelpersonen in verschiedener Weise aktiv waren (s.u.), hat Pro Universitätskirche e.V. den weiteren Debattenverlauf nicht wesentlich mitbestimmt. Als Ergänzung zum Paulinerverein ist hingegen die „Stiftung Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig“ anzusehen. Auch sie hat erhebliche personelle Überschneidungen mit den Paulinern, ihre Arbeitsweise ist allerdings eine deutlich andere, geht es doch maßgeblich um die Finanzierung der Restauration der erhaltenen Innenausstattung der alten Paulinerkirche, um die kirchliche und musikalische Nutzung des Neubaus und die Erinnerung an Sprengung und Widerstand. Dabei bemüht sich die Stiftung um Zusammenarbeit mit der Universität und beteiligt sich daher trotz gleicher Zielsetzung kaum an den vom Paulinerverein weiterhin geführten Auseinandersetzungen (**www.stiftung-universitaetskirche.de**; vgl. Stötzner 28.8.2009).

Als weiterhin bedeutende Form des zivilgesellschaftlichen Engagements ist sicher auch auf das Wirken von Einzelpersonen hinzuweisen, die zwar häufig mit dem Paulinerverein in Zusammenhang standen, aber dennoch eigenständig aktiv wurden. Maßgeblich sind hier insbesondere die Initiativen von Dr. Martin Helmstedt und Dr. Manfred Wurlitzer sowie Günter Blobel zu nennen, die im Wesentlichen darin bestanden, Prominente – im Falle Blobels Nobelpreisträger – als Unterstützer des Vorhabens zu gewinnen und dadurch die öffentliche Meinung zu beeinflussen sowie die Entscheidungsträger zu beeindrucken. Ebenfalls als persönliches Engagement zu werten ist die Tätigkeit von Dietrich und Eckhard Koch, die selbst in ihrer aktiven Zeit innerhalb des Paulinervereins – zumindest Eckhard Koch war auch im Vorstand – eigene Publikationen (Denkschriften bzw. Koch/Koch 2006) und eine Vielzahl an Briefen und Diskussionsbeiträgen lieferten. Wieland Zumpe, der Betreiber von **www.paulinerkirche.org**, gilt als einer der profundesten Kenner der Materie und hat verschiedene Computermodelle und Simulationen entwickelt. Trotz dieser Kompetenz erscheint er vor allem als Einzelkämpfer, was auch auf sein kompromissloses Verfechten eines originalgetreuen Wiederaufbaus und seine Opposition gegen den Entwurf van Egeraats zurückzuführen ist (vgl. Stötzner 28.8.2009). Weiterhin gab und gibt es viele Fürsprecher des Wiederaufbauvorhabens, die weniger in der Öffentlichkeit als vielmehr ihre Kreise und Netzwerke für eine Unterstützung nutzten. So verfügt der Paulinerverein über eine Prominentenliste mit laut Aussage Stötzners (28.8.2009) sehr klangvollen, vielfältigen Namen. Angeregt durch den emeritierten Theologie-Professor Hauffe besteht zudem ein Freundeskreis aus Sympathisanten, die nicht Mitglieder des Vereins geworden sind. Die „Freunde der Universitätskirche“ waren etwa aktiv bei der Unterschriftensammlung. In diesem Zusammenhang auch zu nennen ist Thomaskirchen-Pfarrer Christian Wolff, der sich nach anfänglicher Kritik am Vorhaben des Paulinervereins zuletzt als einer der deutlichsten Streiter innerhalb der Auseinandersetzung mit der Universität nach dem Wettbewerbssieg van Egeraats entwickelt hat und Mitbegründer des seit 14.8.2008 bestehenden, losen Aktionsbündnisses „Neue Universitätskirche St. Pauli“ ist. Gründungsmitglieder sind der Vorsitzende des Paulinervereins Ulrich Stötzner, der Leiter der Volkshochschule, Rolf Sprink, Thomaskirchenpfarrer Christian Wolff, die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Leipzig, Regina Schild, Landesdirektionspräsident Walter Christian Steinbach, der Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums, Rainer Eckert, und Superintendent Martin Henker. (LVZ 15.8.2008) Den Aufruf zu dem vom Aktionsbündnis getragenen Thesenanschlag Wolffs haben zudem auch der Pauliner-Vorsitzende Stötzner, der SPD-Bundestagsabgeordnete Weißgerber und ein Professor am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig unterzeichnet.

Eine bürgerschaftliche Gegenposition zu den Rekonstruktionsbefürworter war lange Zeit nicht vorhanden. Diese Rolle wurde weitgehend alleine von Universität und Stadt – bis zu deren Einlenken auch von der Landesregierung – vertreten. Nur sporadisch gab es Äußerungen von Einzelpersonen etwa in Leserbriefen und im Moment des Rücktritts des Universitätsrektors auch eine weitgehend aus der Hochschule heraus entstandene Initiativgruppe (Quester 25.8.2009). Zur Bildung einer Bürgerinitiative kam es hingegen erst, als innerhalb des Streits um die Glaswand der Ton schärfer wurde und Prof. Zöllner (Kunstgeschichte) um eine entsprechende Stimme aus der Leipziger Bevölkerung bat. In der Folge bildete sich Ende 2008 die Bürgerinitiative „Für eine weltoffene, weltliche und autonome Universität Leipzig“, die allerdings weniger das Wiederaufbauvorhaben als architektonische Aufgabe kritisch begleitet – diese Debatte war zum Zeitpunkt ihrer Gründung ja bereits beendet – sondern sich im Wesentlichen gegen einen wachsenden klerikalen Einfluss auf die

Universität wehrt. Während sie sich selber als überparteilich und überkonfessionell sieht (Schroth/Tesch 26.8.2009), wird sie von ihren Widersachern als der Linken nahe stehend und anti-religiös aufgefasst. Die BI arbeitet ganz im Gegensatz zum Paulinerverein ohne institutionalisierte Struktur in Form eines Vorstandes oder Sprechergremiums, allerdings wird Johannes Schroth nach außen als Sprecher wahrgenommen und fungiert Joachim Tesch als Verantwortlicher für die interne Kommunikation. Daher besteht auch die gemeinsame Position der BI nur aus der knappen Gründungserklärung und wird über alle Aktionen und Verlautbarungen im Konsens unter den Aktiven (Initiativgruppe) entschieden, bei Bedarf gibt es Vollversammlungen.

Entstehen, Ursachen und Beweggründe der Bürgerinitaitve(n)

Nachdem bereits während der politischen Wende – etwa auf Bürgerforen – die Erinnerung an die Universitätskirche und ihre willkürliche Zerstörung aufkam, bildete sich im Herbst 1990 auch angeregt durch die Gründung des Förderkreises für den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche (Topfstedt 2000: 329) zunächst eine „Bürgerinitiative zum Wiederaufbau von Universitätskirche und Augusteum in Leipzig“, aus der sich dann der gleichnamige Verein entwickelte. Der am 15.1.1992 gegründete „Paulinerverein – Bürgerinitiative zum Wiederaufbau von Universitätskirche und Augusteum in Leipzig e. V.“ nennt in seiner Satzung (Fassung vom 23.9.2003; **www.paulinerverein.de**) folgende Ziele:

„§ 2 Zweck und Aufgaben

Zweck und Aufgabe des Vereins ist es, die Erinnerung an den barbarischen Willkürakt der Zerstörung von Universitätskirche und Augusteum in der Bevölkerung zu bewahren, die Universität Leipzig bei der Erhaltung und Pflege der erhaltenen Kunstwerke aus der Pauliner-Universitätskirche zu unterstützen und konsequent als (Fern-) ziel die Wiedererrichtung der beiden geschichtsträchtigen Gebäude vorzubereiten. Diese Gebäude sollen wieder wie früher für kirchliche und musikalische Zwecke sowie für Lehr-und Verwaltungszwecke der Universität Leipzig genutzt werden.“

Zentraler Beweggrund für das Engagement für eine Wiederherstellung der Paulinerkirche – und zunächst auch des Augusteums, auch wenn dies in der nachfolgenden Diskussion eine immer geringere Rolle spielt – ist also die Erinnerung an den Akt der Zerstörung, den viele Vereinsmitglieder persönlich miterlebt haben und gegen den sie in verschiedenem Umfang opponierten (vgl. Stötzner 28.8.2009). Zudem ist das Gebäude mit bestimmten Funktionen besetzt und wird nicht lediglich die Rekonstruktion einer baulichen Hülle gefordert. Dabei erscheint der Verein als eine Art Sammelbecken unterschiedlicher Auffassungen und Zielsetzungen (vgl. Heymann 26.8.2009). So wurde weder in der Satzung noch an irgendeinem anderen Punkt jemals ein interner Konsens darüber erzielt, ob ein (möglichst) originalgetreuer Wiederaufbau angestrebt wird oder nicht. Zwar gab es einmal ein entsprechendes Ergebnis einer Mitgliederversammlung (Stötzner 28.8.2009) und wurde Gormsen (10.9.2009, vgl. 30.3.2003. Koch/Koch 2006: 64–66) von Blobel öffentlich heftig angegangen, als er die Möglichkeit eines erinnernden Baus ansprach, doch wurde dies letztlich in öffentlichen Verlautbarungen stets offen gehalten. Auch die Bedeutung der Nutzung wird unterschiedlich bewertet. Während zu Beginn die architektonische Aufgabe im Vordergrund stand und sich der Verein sogar dagegen verwahrte ein „Kirchenbauverein“ zu sein (vgl. Stötzner 28.8.2009), hat sich Im weiteren Debattenverlauf gezeigt, wie wesentlich für zumindest für einige Vereinsmitglieder die Nutzung als Kirche ist. Entsprechend kann neben dem Wunsch, das Gebäude wiederaufzubauen, für einige Rekonstruktionsbefürworter auch von einer religiös motivierten Absicht ausgegangen werden, die in der stark säkularisierten Stadt Leipzig zum Teil als missionarisch kritisiert wurde (vgl. den Chistianisierungsvorwurf von Weiss; Koch/Koch 2006: 12, Schroth/Tesch 26.8.2009). Ein weiterer insgesamt wichtiger, zumindest für einen Teil des Vereins elementarer Grund lag von vorneherein darin, „an den Widerstand dagegen und an die Opfer zu erinnern“, wie es mittlerweile in der Satzung des 2006 gegründeten Verein Pro Universitätskirche e.V. heißt. Die Forderung nach einer öffentlichen Erinnerung der häufig persönlichen Erinnerung der Fordernden führt zudem zu einer Sichtweise, in der die Rekonstruktion als eine – tatsächlich in offensichtlicher Unkenntnis der üblichen Wortverwendung auch so bezeichnete – „Wiedergutmachung“ des „auf Betreiben der Universität und auf Geheiß der SED begangenen Willkürakt[s]“ – möglicherweise aber auch des persönlich erlittenen Unrechts – erscheint.

Innere Struktur der Bürgerinitiative/Zusammenarbeit

Die Bürgerinitiative ist seit 1992 als eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein organisiert und besitzt auch eine typische Vereinsstruktur und Vereinsmentalität. Der siebenköpfige Vorstand wird für die Dauer von zwei Jahren durch die Mitgliederversammlung gewählt und führt die Geschäfte des Vereins selbstständig und vertritt ihn nach außen, wobei er lediglich an die Satzung und Beschlüsse der Mitgliederversammlung gebunden ist. (**www.paulinerverein.de**) Durch die bereits beschriebene Beschreibung von Aufgaben und Zielen kommt ihm dabei ein deutlicher Interpretationsfreiraum zu.

Über einen wesentlichen Zeitraum hat der Verein seine Ziele in gemäßigtem Stil und Tempo, aber mit auch mit hoher Stabilität verfolgt. Dies änderte sich wesentlich mit dem Einstieg Günter Blobels und insbesondere seiner Wahl zum Vorsitzenden Anfang 2002. Wohl auch bedingt durch seinen auswärtigen Wohnsitz und Tätigkeit in New York hatte er mit den gemächlichen Vereinsprozeduren wenig im Sinn und führte und repräsentierte den Verein eigenmächtig und wenig umsichtig hinsichtlich der Befindlichkeiten des Vorstands, von Mitgliedern und gesellschaftlichen Partnern einschließlich der Staatsregierung. Zudem mangelte es ihm an Sachkenntnis und Wissen um Personen und Befindlichkeiten in Leipzig (vgl. auch Gormsen 10.9.2009). Dennoch wurde er von den Vereinsmitgliedern positiv als Hoffnungsträger aufgenommen, hatte der Verein doch zuvor „kein Bein auf die Erde“ (vgl. insg. Stötzner 28.8.2009) bekommen. Durch ihn wuchsen auch die Mitgliedszahlen sprunghaft an und stiegen von rund 350 auf über 400 (z. Zt. auch bedingt durch Sterbefälle nur noch circa 320). Um in Leipzig handlungsfähig zu sein, benötigte er die Unterstützung seiner Stellvertreterin und Vertrauten Jutta Schrödl, die u. a. auch zwischen 2003 und 2004 als beratendes Mitglied den Verein im zweiten Wettbewerb vertrat und hier für den Eklat durch die Veröffentlichung von Wettbewerbsbeiträgen sorgte. Zudem war sie sowohl im Verein als auch in Universität und Stadtgesellschaft insofern eine fragwürdige Vertreterin, als sie als zumindest ehemals stramme Verfechterin des DDR-Regimes galt und insofern etwa von der Theologischen Fakultät eher als Vertreterin der Sprenger der Universitätskirche denn der Wiederaufbaubefürworter wahrgenommen wurde.

Mit ihrer Person ist auch der erste von zwei wesentlichen Konflikten innerhalb des Vereins verbunden, die den Verein nach innen und außen schwächten. Der Konflikt um Schrödl trat kurz vor dem Ende des Wettbewerbsverfahrens am 23. März 2004 im Verein offen zu Tage. Bereits am 6. März tagte die Mitgliederversammlung, um den Vorstand neu zu wählen. Blobel wurde wiedergewählt und auch Schrödl erhielt in der Abstimmung laut Auszählungsergebnis eine Stimme Mehrheit. Dietrich und Eckhard Koch sowie ein weiteres Vereinsmitglied fochten die Wahl als Fälschung an und erhielten schließlich Mitte August 2004 recht (LVZ 18.8.2004). Das Amtsgericht Leipzig verfügte eine Neuwahl des gesamten Vorstands, was den Verein letztlich für ein halbes Jahr handlungsunfähig machte. Zudem stand Blobel nach dieser Zeit nicht mehr als Vorsitzender zur Verfügung, auch Schrödl verzichtete auf eine erneute Kandidatur. Auch der zweite Konflikt wurde letztlich juristisch entschieden und maßgeblich durch die Gebrüder Koch bestimmt. Dietrich Koch hatte nach Blobel Vorsitzender des Vereins werden wollen, unterlag in der Wahl allerdings gegen Stötzner. Dies führte zu einer von letzterem als „Demontage“ und „öffentliche Diffamierung“ bezeichneten Kampagne gegen den gewählten Vereinsvorsitzenden, die schließlich durch den Ausschluss von sowohl Dietrich als auch Eckhard Koch beendet werden sollte, wogegen diese wiederum klagten und recht bekamen. Nach dem Gerichtsurteil blieben sie im Verein, verhalten sich seitdem allerdings ruhig. Allerdings wurde von ihnen auch der Verein Pro Universitätskirche gegründet. Beide Konflikte haben erhebliches öffentliches Aufsehen erzeugt und dem Vereinsimage dauerhaft geschadet, wenngleich sich der Vorstand seitdem um Schadensbegrenzung bemüht (Stötzner 28.8.2009). Die internen Kontroversen haben zudem jeweils zu absoluten Unzeiten stattgefunden, zu denen der Verein seine Aufmerksamkeit auf andere Dinge hätte richten müssen. Auch bedeuteten diese Zerreißproben letztlich auch häufige personelle Veränderungen im Vorstand, was die Wirkung des Vereins zusätzlich hemmte (vgl. Heymann 26.8.2009).

Wenngleich diese Auseinandersetzungen jeweils als personell bezeichnet werden können, so ist dennoch festzustellen, dass innerhalb des Paulinervereins von Anfang an heterogene Zielvorstellungen bestanden, die dazu führten, dass Konfliktlinien, die zunächst außerhalb des Vereins verliefen, quasi inkorporiert wurden. So mag der Kern des zweiten beschriebenen Konflikts in der persönlichen Kränkung durch die Nichtwahl begründet sein. Festzuhalten ist aber auch, dass Dietrich und Eckhard Koch, letzterer zu diesem Zeitpunkt stellvertretender Vorsitzender, auch eigene Vorstellungen über die Fortführung der Vereinsziele und dazu schon vor der Gründung „ihres“ Vereins eine Denkschrift verfasst hatten, die „keine offizielle Publikation“ (Koch/Koch 2006: 10) war und den Anspruch formulierte, „die divergierenden Vorstellungen“ – originalgetreuer Wiederaufbau und

Akzeptanz des Siegerentwurfs – zu „versöhnen“. Gelingen sollte dies einerseits durch Beibehaltung des ursprünglichen Entwurfs für den Innenraum und andererseits durch die Integration eines originalgetreuen Nachbaus der Roßbach-Fassade. (Koch/Koch 2006: 10) Damit stellt sich die Veröffentlichung, die sich ansonsten sehr intensiv auch mit Argumenten der Wiederaufbaugegner auseinandersetzt, vor allem in Vorwort und Einleitung zunächst als eine Abrechnung mit internen Widersachern bzw. einen eindringlichen Appell an den Vorstand dar, weiterhin die in ihren Augen satzungsgemäßen Ziele zu verfolgen. Der relativ schnelle Schwenk weg von Rekonstruktionsforderungen hin zur Unterstützung und Verteidigung des van-Egeraat- Entwurfs wurde noch von Blobel als Vorsitzendem gemeinsam mit dem Vorstand vollführt (vgl. insbesondere das Statement des Verein zur Juryentscheidung vom 24.03.2004; **www.paulinerverein.de**). Hatte sich die Mitgliederversammlung gut zwei Wochen vor der Wahl noch für den ausgeschiedenen Kollhoff-Entwurf mit wiederaufgebauter Kirche entschieden (Pressemitteilung des Paulinervereins vom 6. März 2004; **www.paulinerverein.de**), so zeigte sich Blobel kurz nach der Juryentscheidung „begeistert“ von der Lösung und würdigte insbesondere den Fassadenentwurf als „genial“ (**www.paulinerverein.de**)

Aktivitäten

Der Paulinerverein war in vielfältiger Weise aktiv, wobei eine deutliche Konjunktur zu verzeichnen und mittlerweile abnehmende Tendenz ist. Wesentliche Aktionsformen, derer sich der Verein bediente, sind Veranstaltungen, Ausstellungen, Unterschriftensammlungen, Protestkundgebungen, Pressearbeit und eigene Publikationstätigkeit sowie verschiedene Formen der direkten Ansprache von Entscheidungsträgern. Außer der Teilnahme an der Wettbewerbsjury in den Jahren 2003 und 2004 ist relativ wenig über ein direkte, konstruktive Mitwirkung am Baugeschehen bekannt, wenngleich der Verein im Vorfeld der beiden Wettbewerbe an den Ausschreibungen insofern mitwirkte, als er Veränderungen der Auslobung durchsetzte (Gormsen 10.9.2009). Im Jahr 2000 war der damaligen Vorsitzende Behrendt zudem Mitglied einer hochschulinternen Arbeitsgruppe zum „neuen geistigen Zentrum für die Universität“ (LVZ 23.11.2000). Häuser (10.9.2009) berichtet allerdings für seine Amtszeit ab 2003, dass direkte Gespräche mit der Hochschulleitung trotz Einladung aus unterschiedlichen Gründen zwar nicht abgelehnt wurden, aber letztlich auch nicht zustande gekommen sind.

Sowohl bei eigenen Veranstaltungen wie auch bei solchen, die von anderen Akteuren der Stadtgesellschaft organisiert wurden, wurde das Anliegen des Vereins vorgestellt und diskutiert. Zudem war die satzungsgemäße Aufgabe des Erinnerns ein wesentlicher, in der Anfangszeit möglicherweise sogar der dominante Inhalt von sowohl Veranstaltungen – jährlich, vor allem aber zu den „runden“ Jubiläen wurden Gedenkveranstaltungen organisiert – als auch Ausstellungen. Zu den Sonderformen der Ausstellung gehört einerseits die Installation einer Großplastik aus Stahlträgern, die 1998 zum 30. Jahrestag vor dem Universitätsgebäude aufgestellt wurde und den Spitzgiebel der Kirche nachzeichnete. Gleichzeitig wurde eine Reihe Steinepitaphien der ehemaligen Kirche im Innenhof und in der Passage der Universität ausgestellt (Engmann 2008: 58–60). Zu den weiteren Veranstaltungsformen gehörten auch klassische Konzerte, die auch zur Spendensammlung genutzt wurden. Dabei hatten die Veranstaltungen durchaus großen Zuspruch. Stötzner (28.8.2009) führt hier insbesondere die drei Veranstaltungen zum vierzigsten Jahrestag (Gottesdienst, Kundgebung, Konzert) an, die am selben Tag jeweils über 1 000 Menschen versammelten. Bereits der Ideenwettbewerb zur Umgestaltung des Augustusplatz, der zunächst gar nicht auf den Campus abzielte (Gormsen 10.9.2009), wurde vom Paulinerverein dazu genutzt, eigene Entwürfe zu erarbeiten und so die Vorstellungen einer rekonstruierten Universitätskirche zu konkretisieren (**www.paulinerkirche.de**).

Zumindest ab 2000 ist eine rege Pressearbeit auch durch die vereinseigene Homepage belegt, die selber eine wesentliche und umfangreiche Informations-, Agitations- und Dokumentationsplattform darstellt. Da der Intendant des MDR Mitglied ist, wurden auch mehrere Fernsehberichte angefertigt. Zudem wurden bildliche Darstellungen – zunächst vom Äußeren der Kirche, im weiteren Debattenverlauf auch vom Inneren – produziert, um die Vorstellungen des Vereins zu illustrieren. (vgl. Stötzner 28.8.2009) Publiziert wurden mehrere Hefte, Denkschriften und Broschüren. Hinzu kommen die Veröffentlichungen von Dietrich Koch (2000, 2008) zum Protest gegen die Sprengung sowie der Brüder Koch (2006), die einen Überblick über Zerstörung, Widerstand und Wiederaufbaudebatte gibt. Mehrfach wurden eigene architektonische Entwürfe in Auftrag gegeben und präsentiert, zumindest einmal auch ein Schülerwettbewerb veranstaltet (Vgl. Koch/Koch 2006: 11, **www.paulinerverein.de**). Offenbar konnte allerdings keiner dieser Versuche, z. B. auch funktionale Anforderungen der Universität zu berücksichtigen, langfristige Wirkung erzielen.

Insbesondere in der „Ära Blobel“, aber auch in der Zeit vor dem ersten Wettbewerb, als man sich letztlich vergeblich darum bemühte, in den Unterlagen die Option eines originalgetreuen Wiederaufbaus zu ermöglichen, wurden auch „diplomatische“ (Stötzner 28.8.2009) Wege gesucht, im direkten Kontakt mit Entscheidungsträgern Einfluss zu nehmen. Neben Blobel haben auch weitere Vorstandsmitglieder und Personen aus dem Umfeld des Vereins und der Leipziger CDU briefliche und sonstige Kontakte zu verantwortlichen Personen des Wettbewerbs und Personen des öffentlichen Lebens aufgenommen. Zudem wurden zu verschiedenen Zeiten Unterschriften für den jeweils aktuellen Anlass (etwa Zulässigkeit des Wiederaufbaus im Wettbewerb, Glaswand) geworben.

Durch sein Engagement gelang es dem Paulinerverein, einen Status zu erreichen, durch den im Jahr 2004 eine Vertreterin zur Beratung in die Wettbewerbsjury aufgenommen wurde. Während der Verein ansonsten nicht unbedingt zu spektakulären Aktionen oder gar zivilem Ungehorsam neigt, wurde das geordnete Verfahren des Architekturwettbewerbs durch gezielte Indiskretion massiv gestört. (Vgl. Friedrich 2004)

Bedeutung realisierter Wiederaufbauvorhaben

Aufgrund der räumlichen Nähe, ihrer insgesamt herausgehobenen Bedeutung und der besonderen Beziehung der beiden sächsischen Städte Leipzig und Dresden ist der Frauenkirchen-Wiederaufbau von zentraler Bedeutung für die Debatte um die Rekonstruktion der Paulinerkirche und wird von Befürwortern wie Gegnern beständig als Parallele angeführt (vgl. Quester 25.8.2009, Heymann 26.8.2009, Stötzner 28.8.2009, Gormsen 10.9.2009). Topfstedt (2000: 329) geht sogar davon aus, dass erst das Vorbild des Dresdner Förderkreises zu der Idee einer entsprechenden Initiative in Leipzig geführt habe. Ganz persönlich berichtet Stötzner (28.8.2009), dass, obwohl er eine ähnliche Idee bereits im Herbst 1989 geäußert habe, erst der erkennbare Fortschritt des Dresdner Wiederaufbauvorhabens für ihn die Realisierbarkeit einer Rekonstruktion der Universitätskirche gezeigt habe und er erst in diesem Moment Vereinsmitglied geworden sei. Hingegen ist Gormsen (10.9.2009) der einzige, der auch andere Vorhaben bzw. realisierte Objekte nennt, so sei er zu Beginn der Debatte zum Beispiel nach Hildesheim gereist und habe hier Passanten befragt. Deren positive Aufnahme der an sich zu kritisierenden Nachbildung habe ihn überzeugt, dass die Fassade für die Stadtbevölkerung wichtiger sei als das Innere. Gleichwohl war sein Vorschlag nicht der der originalgetreuen Rekonstruktion, sondern der Wiederaufnahme zentraler Teile der ehemaligen Kubatur. Der Vergleich zu Dresden, der innerhalb der geführten Interviews immer wieder spontan angestellt wurde, fällt unterschiedlich aus. Während Stötzner (28.8.2009) vor allem die Parallelen sieht und sich daher fragt, warum eine ähnliche Initiative dort funktionieren konnte, aber nicht in Leipzig, so weisen andere vor allem auf die Unterschiede hin.

Stötzner (28.8.2009) führt aus, dass in Dresden zunächst kein Interesse am Wiederaufbau der Frauenkirche bestanden habe, erst durch Sammlung von Spendengeldern – über deren Umfang in Leipzig allerdings außer der Millionenspende Blobels niemals berichtet wurde, laut Stötzner aber ähnlich habe laufen können – sei etwa der Bischof überzeugt worden (vgl. Wolff 10.9.2009). Quasi als nachträgliches Argument führt er an, dass die Frauenkirche zwar zunächst aus kirchlicher Sicht als nicht notwendig eingestuft worden sei, nun aber nicht nur voll sei, sondern auch anderen Kirchen volle Ränge beschere, da Touristen auf andere Gottesdienste ausweichen müssten.

Gormsen (10.9.2009; vgl. Heymann 28.8.2009) geht allerdings davon aus, dass das erheblich größere historische Unrecht der Universitätskirchensprengung diesem Wiederaufbauvorhaben größere Erfolgsaussichten beschieden hätte, während Heymann (26.8.2009) gerade die fehlende internationale Bedeutung nennt, die im Vergleich dazu das Symbol der kriegszerstörten Frauenkirche und der frühere barocke Zentralbau (vgl. Quester 25.8.2009) hatten und die auch zu einem erheblichen Spendenaufkommen in den Ländern der ehemaligen Kriegsgegner, insbesondere in Großbritannien und den USA, führten. Zusätzlich könnte hier die des Öfteren konstatierte Mitschuld der Leipziger Verwaltungsspitze, der Universität und der nicht hinreichend protestierenden Bevölkerung an der Zerstörung angeführt werden, die zwar zu einem „Sühnebau“ führen hätte können, die in diesem Fall aber vermutlich eher dazu führte, dass – zumal aufgrund der geringeren zeitlichen Distanz – Teile der Stadtgesellschaft keine Erinnerung – oder zumindest keine allzu eindeutige – wünschten. Zudem weist Quester (25.8.2009) darauf hin, dass im Gegensatz zur Frauenkirche in Leipzig andere, sowohl stadt-wie kulturgeschichtlich wichtigere Sakralbauten existierten (etwa Nikolai- und Thomaskirche). Für Heymann (26.8.2009) fehlte zu dem eine klare, einfache und vermarktbare Botschaft des Paulinervereins, der sich offenbar nicht auf einen originalgetreuen Wiederaufbau hätte einigen können, was auch an dem im Gegensatz zu Dresden

fehlenden Originalmaterial gelegen habe. Schon deshalb, aber auch wegen der fehlenden (inter-) nationalen Bedeutung habe eine Medienkampagne für die Paulinerkirche nicht funktionieren können und wurde von Presse und Rundfunk auch nie versucht. Letzteres interpretiert Stötzner (28.8.2009) als fehlende mediale Unterstützung, die für den Erfolg in Dresden wesentlich gewesen sei.

Pragmatisch berichtet Stötzner (28.8.2009) von der Möglichkeit, in der Besucherschlange vor der Frauenkirche Unterschriften für den Wiederaufbau in Leipzig zu sammeln. Ebenfalls recht nüchtern bewertet Quester (25.8.2009) die größte Bedeutung der Frauenkirche hingegen darin, dass durch den dort bereits weitgehend beendeten Prozess Güttler und Blobel als prominente Fürsprecher gewonnen werden konnten bzw. sich in Leipzig ein weiteres Betätigungsfeld suchten (vgl. auch Heymann 26.8.2009). Während viele von diesem Engagement beeindruckt waren, führte letztere Interpretation dann auch zu einiger Skepsis innerhalb der öffentlichen Meinung Leipzigs, warum die beiden nun „die gesamte Republik mit Wiederaufbauten beglücken“ (Quester 25.8.2009) wollten. So sieht auch Heymann (26.8.2009; vgl. Gormsen 10.9.2009) einen wesentlichen Unterschied der beiden Prozesse darin, dass im höfischen Dresden üblicherweise eine kleine Gruppe bedeutender und finanzstarker Personen ausreiche, um ein Vorhaben durchzusetzen, während es in der Bürgerstadt Leipzig eines breiten zivilgesellschaftlichen Engagements bedürfe, um ein Vorhaben umzusetzen. Dies habe es in diesem Fall nicht gegeben. Quester (25.8.2009) verstärkte diesen Eindruck, wenn er ausführt, der Paulinerverein stelle nur einen überschaubaren Kreis von Leipzigern dar, der nie große öffentliche Relevanz hatte, bis das Thema durch die CDU politisch besetzt worden sei.

Die Unterschiede zwischen Leipzig und Dresden führen bei Heymann (26.8.2009), die sich eigentlich für einen Wiederaufbau ausgesprochen hat, dazu, dass sie mit dem nun nur erinnernden und nicht originalgetreu wiederaufgebauten Neubau durchaus zufrieden ist. Die Frauenkirche habe von ihrer Errichtung bis zur Zerstörung in der Form bestanden, in der sie nun wieder errichtet wurde. Zudem seien Reste am Ort verblieben. In Leipzig hingegen hätte die Auswahl zwischen mehreren Fassaden bestanden (vgl. Häuser 10.9.2009) und schon aufgrund der anderen Materialität und der Nachnutzung sei keine Ruine vorhanden gewesen. Entsprechend sei das Ergebnis, in dem das Symbol durchaus erkennbar sei, durchaus begrüßenswert.

Milieuzugehörigkeit

Dieser und die nächsten Abschnitte speisen sich ganz wesentlich aus den Aussagen des Vereinsvorsitzenden Ulrich Stötzner (28.8.2009), da einerseits durch andere Quellen und die übrigen Interviewpartner zum Teil bemerkenswert wenig zu erfahren war und andererseits eine intensivere Untersuchung, etwa eine Befragung, nicht möglich erschien. Gleichzeitig erscheinen die Aussagen Stötzners als sehr markant und ist – bei allen generellen Vorbehalten gegen eine rein subjektive Wahrnehmung einer einzelnen Person – nicht davon auszugehen, dass diese bewusst verändert bzw. beschönigt sind. Zudem verfügt Stötzner über sehr gute Kenntnisse zumindest über den aktiven oder im Kontakt stehenden Teil der Vereinsmitglieder.

Der Verein rekrutiert sich bis heute zum Großteil aus Personen, die die Paulinerkirche bewusst erlebt und genutzt haben, häufig zumindest am Rande mit dem Protest gegen die Sprengung assoziiert waren und eine persönliche Erinnerung an die Zerstörung haben (vgl. Quester 25.8.2009). Laut Stötzner (28.8.2009) sind unter ihnen „nicht wenige“, die „wegen der Paulinerkirche“, also aufgrund von diversen Formen des – zum Teil auch nur vermeintlichen (vgl.Koch/Koch 2006: 32–34) – Protestes zumindest vorübergehend in Gewahrsam genommen wurden. Obwohl sich die Bürgerinitiative von Anfang an die Forderung des Protestplakates von 1968 – „Wir fordern Wiederaufbau“ – und der damaligen Grafik bediente, waren diese persönlich Betroffenen allerdings nicht die Initiatoren, sondern sind erst im Laufe der ersten Vereinsjahre hinzu gestoßen – Stötzner selber sogar erst um das Jahr 2002. Mittlerweile sind viele der Inhaftierten Ehrenmitglieder.

Dies bedeutet, dass der Altersdurchschnitt im Verein relativ hoch ist – Stötzner selber war zum Zeitpunkt der Sprengung dreißig. Dadurch, dass es sich um eine Universitätskirche handelte und zudem aufgrund des Krieges von einer häufig späten Studiumsaufnahme ausgegangen werden kann, dürfte es kaum Personen geben, die unter zwanzig waren, als das Gebäude zerstört wurde und trotzdem eine ausreichend starke Verknüpfung von Gebäude und eigener Biographie besitzen. Es gibt sehr wenig Jüngere, diese sind sehr vereinzelt hinzugekommen und sind auch kaum aktiv, nur einer war zeitweise im Vorstand.

Koch/Koch (2006: 129) verweisen mit Guratzsch (2003) zudem auf den relativ hohen Anteil von Naturwissenschaftlern innerhalb des Vereins, den sie mit deren Suche „nach dem ewig Gültigen“, dem naturgesetzlichen erklären.

Erweiterte Wertvorstellungen und Zielsetzungen

Durch die Verbindung mit der Kirche ergibt sich zudem, dass die Vereinsmitglieder ganz überwiegend protestantische Christen sind, zum Teil aber auch Katholiken, die wegen der Kriegszerstörung ihrer Pfarrkirche bis 1968 ständige Gäste in der Kirche waren, oder Musikinteressierte, die die Universitätskirche vorwiegend zu Konzerten aufgesucht haben. Die meisten sind zudem Akademiker mit Verbindung zur Leipziger Universität, was sich auch an der Form der Auseinandersetzung und Argumentationsweise zeigt. Die Argumentation belegt zudem ein stark ausgeprägtes Rechts-und Unrechtsbefinden, das auch Vorstellungen von einer „Wiedergutmachung“ beinhaltet.

Verhältnis zu Denkmalschutz, Heimatkunde, Traditionspflege und politischen Parteien

Während andere Befragte hier keine Pauschalisierung vornehmen wollen (Heymann 26.8.2009) oder als unmöglich erachten (Schroth/Tesch 26.8.2009), geht Stötzner (28.8.2009) davon aus, dass seine Mitglieder mehrheitlich als politisch konservativ – teils sogar als rechtskonservativ – einzuordnen seien. Dies würde allerdings nur zum Teil auch der Unterstützung durch politische Parteien und deren Mitglieder entsprechen. Trotz ablehnender Haltung der Leipziger SPD gebe es auch hier Unterstützer und Mitglieder, unter anderem der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse oder der Bundestagsabgeordnete Weißgerber. In der CDU seien dagegen nur die Staatsminister Christine Clauß (Sozialministerin seit 2008, Stadträtin in Leipzig) und der Staatsminister Steffen Farth (Kultusminister 2004–2008) tatsächlich für die Sache aktiv geworden. Am stärksten aktiv im Stadtrat war hingegen der Vertreter der DSU. Dies wird offenbar nicht weiter kritisch gesehen.

Zum Denkmalschutz bestehen personelle Verbindungen. Eine langjährige Mitstreiterin, die bereits in ihrem Studium mit Aufnahmen der Paulinerkirche betraut war, Elisbeth Hüttner (vgl. Hüttner 1993, Löffler 1993: 19–36; vgl. insg. Stötzner 28.8.2009), war im sächsischen Landesdenkmalamt, dessen ehemaliger Leiter, Heinrich Margirius, war mit dem Paulinerverein verbunden. Seit dessen Pensionierung ist das Verhältnis jedoch schwieriger geworden. Die neue Leitung vertritt offenbar weit stärker die Auffassung, dass die Materialität für den Denkmal entscheidend sei und sieht entsprechend die Paulinerkirche nicht als ihre Aufgabe an. Damit sei zwar Unterstützung verloren gegangen – etwa auch beim Schutz des erhaltenen Inventars –, aber kein Konflikt entstanden, so Stötzner (28.8.2009). Ärgerlich sei allerdings, dass die Baugrube nicht archäologisch untersucht, sondern nur eine Notaufnahme durchgeführt wurde. Eine Verbindung zu den im Zusammenhang mit dem Stadtumbau geführten Diskussionen um den Bestandserhalt, wie sie etwa auch durch Engmann (2008) nahe gelegt wird, ist in Ansätzen bzw. in Form einzelner Personen gegeben (Stötzner 28.8.2009).

Verhältnis zu moderner Architektur und gesellschaftlicher Modernisierung

Das Verhältnis der Pauliner zur modernen bzw. zeitgenössischen Architektur – sofern überhaupt pauschal zu beurteilen – erscheint durchaus differenziert. Zum einen führt Stötzner (28.8.2009) aus, es bestünde schon „die Neigung zum Erhalt von allem, was erhaltbar ist“ sowie zu traditionellen Bauformen. So werde sowohl die Architektur der Karl-Marx- Universität als auch der van-Egeraat- Bau als „beschämend“ kritisiert. Zudem führt er – wie im Übrigen auch Koch/Koch (2006: 72), die im Entwurf van Egeraats dagegen eine „Erlösung“ sehen – das Bildermuseum als schlechtes Beispiel zeitgenössischer Architektur an, das zu starken öffentlichen Protesten geführt habe. Allerdings zeigt er auch, dass, wenngleich „man“ die DDR-Architektur „nicht geliebt“ habe, sich dennoch etwa durch die guten Kunsterlebnisse in Gewandhaus und Oper für diese Gebäude einiges relativiert habe.

Deutlich wird das Verhältnis zur Architektur aber auch in der massiven Störung des Wettbewerbsverfahrens durch die mehrfach erwähnte gezielte Indiskretion, obwohl der Verein ansonsten nicht unbedingt zu spektakulären Aktionen oder gar zivilem Ungehorsam neigte. Dies ist durchaus als ein Ausdruck einer ablehnenden Haltung gegenüber der Architektenschaft deutbar, da ausgerechnet die Grundsätze des Wettbewerbswesens bewusst missachtet werden und dies sogar mit einigem zeitlichen Abstand noch als Einsatz für eine „wünschenswerte Transparenz“ des Verfahrens bewertet wird (Koch/Koch 2006: 13). Zumindest offenbart es ein populistisches

Verständnis von Architektur als einer Kunstform, die sich am populären Geschmack und einer – per TED durchgeführten – Volksabstimmung orientieren soll.

Diese Haltung zur modernen Architektur gilt allerdings nicht für alle an der Auseinandersetzung – mittlerweile – auf der Seite der Rekonstruktionsbefürworter Beteiligten. So freut sich etwa Wolff (10.9.2009) über jedes moderne Gebäude, das in Leipzig entstehe, und ist auch von der Architektur van Egeraats begeistert. Seine Kritik bzw. sein Anliegen reduziert sich insofern deutlich auf die inhaltliche Frage der kirchlichen Nutzung und der Anknüpfung an die Geschichte der Universität, die dann allerdings auch ihren Ausdruck in der Aufstellung der geretteten Kunstgegenstände einschließlich Altar und Kanzel in einem ungeteilten Kirchenschiff finden müsse.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die Auseinandersetzung um das Marx-Relief, das den DDR-Universitätsbau gerade an der Stelle zierte, an der zuvor das Kreuz der Paulinerkirche war (vgl. Wolff 10.9.2009). Hier zeigt sich, dass der Erhaltenswunsch vieler Wiederaufbaubefürworter dort seine Grenze hat, wo es um aus politischen Gründen abgelehnte oder nicht gewollte Architektur geht (vgl. etwa Heymann 26.8.2009). Allerdings ist auch hier auf verschiedene vermittelnde Positionen (etwa den Vorschlag der Kombination mit der zum dreißigsten Jahrestag errichteten Stahl-Installation; vgl. LVZ 20.2.2009, vgl. auch Wolff 10.9.2009) hinzuweisen.

Wertewandel und Lernprozesse im Prozessverlauf

Ob ein tatsächlicher Wertewandel des Paulinervereins und – mehr noch – seiner Mitglieder innerhalb des nun beinahe zwanzig Jahre andauernden Prozesses tatsächlich stattgefunden hat, ist insofern schwer zu ermitteln, als sich zwar diesbezügliche Aussagen mehrfach auch gravierend geändert haben, zugleich aber hier zumindest teilweise von strategischen Entscheidungen ausgegangen werden kann, bzw. die Verlagerung der Betonung unterschiedlicher Vereinsziele zu unterschiedlichen Zeiten möglicherweise weniger durch einen Wertewandel oder Lernprozess entstanden sind, als vielmehr dem sich wandelnden Kontext innerhalb der Debatte angepasst wurden. Insofern sollen im Folgenden vor allem Veränderungen in der Argumentation dargestellt werden.

War zunächst die Forderung nach Wiederaufbau des Augusteums gleichberechtigt innerhalb des Namens der Bürgerinitiative und innerhalb der Vereinssatzung, so wurde schon recht bald die Forderung nach Wiederaufbau der Paulinerkirche deutlich dominanter. Während es in der architektonisch- städtebaulich geprägten Anfangsphase letztlich um die Front zum Augustusplatz ging (Stötzner 28.8.2009), wurde etwa von Koch/Koch (2006: 173–176) selbst bei der Fassadengestaltung nur noch die Roßbachfront der Paulinerkirche gefordert. Zumindest in der Außenwirkung ist davon auszugehen, dass das Universitätsgebäude nicht mehr als Gegenstand der Debatte wahrgenommen wurde (vgl. Heymann 26.8.2009). Obwohl man hierin einen Kompromiss sehen kann oder eine Aufgabe einer Position, um das Ziel des Kirchenaufbaus zu erreichen, was „offiziell“ erst nach dem Wettbewerbsergebnis 2004 geschehen ist (Stötzner 28.8.2009), so ist doch auch darauf zu verweisen, dass zumindest von den nunmehr verbliebenen Vereinsmitgliedern kaum eines noch aktive Erinnerungen mit dem unzerstörten, nutzbaren Augusteum verbinden dürfte, da es – anders als die Kirche – im Krieg erheblich zerstört und zwischen 1944 und 1968 nicht genutzt wurde (Stötzner 28.8.2009). Heute gibt es weiterhin Bestrebungen, den Trümmerberg zu öffnen und nach den dort vermuteten erheblichen Kunstschätzen des Augusteums zu suchen.

Es ist davon auszugehen, dass der Paulinerverein zumindest ab 2004 zunehmend von der Vorstellung eines originalgetreuen Wiederaufbaus abrückte, wenngleich sich eine erheblich Zahl der Mitglieder von Anfang an mit einer anderen Form des „Wiederaufbaus“ begnügt hat, die Satzung dies offen lässt und dies auch öffentlich nur selten präzisiert wurde (vgl. Heymann 26.8.2009). Dadurch, dass von den Gegnern eines originalgetreuen Wiederaufbaus immer wieder architektonische Vorschläge unterbreitet wurden, die zunehmend dem Bedürfnis nach Erinnerung und Repräsentanz des verlorenen Bauwerks gerecht wurden, konnten mehrfach auch prominente Vereins-bzw. Vorstandsmitglieder davon überzeugt werden, dass wesentliche Ziele des Vereins auch durch zeitgenössische Architektur erreicht werden können bzw. dass dies ein letztlich befriedigendes Ergebnis der eigenen Bemühungen sein könne. Während sich entsprechende Äußerungen des Vereinsvorsitzenden 2000 (LVZ 20.10.2000, 23.11.2000) noch entweder als „feindliche Übernahme“ (Koch/Koch 2006: 11) ansehen oder mit einer unzureichenden Zielformulierung in der Anfangsphase erklären lassen, ist die Begeisterung Günter Blobels für den Entwurf von van Egeraat ein überaus bemerkenswertes Beispiel für einen Wertewandel oder eine strategische Neuorientierung. Blobel hatte

zunächst die Motorfunktion und dann den Vereinsvorsitz gerade in dem Moment übernommen, nachdem es vor dem ersten Realisierungswettbewerb zum Eklat innerhalb des Vereins gekommen war. So ist seine Formulierung des Aufrufs vom 9. Juli 2001 durchaus deutlich, wenn eine „wiederaufgebaute Paulinerkirche in der architektonischen Gestalt vor der Zerstörung“ gefordert wird. Zu beachten ist hier zudem seine scharfe Ablehnung von Gormsens (10.9.2009) zuerst 2002 geäußertem Vorschlag eines zeitgenössischen „Giebels mit Steildach“ (LVZ 30.12.2002, Gormsen 2003). Interessant ist weiterhin das Verhalten im Umfeld des zweiten Realisierungswettbewerbs: Wurde zunächst versucht, die Entwürfe gegen das Bild des Originals zu stellen (Aktion der Bild-Zeitung am 13.2.2004), legte man sich noch kurz vor der Jury-Entscheidung auf den Kollhoff-Entwurf fest (Pressemitteilung vom 6.3.2004), um dann relativ schnell den Egeraat-Entwurf als eigenen Erfolg anzusehen (vgl. undatiertes Statement zur Juryentscheidung) und schließlich den Wettbewerbsbeitrag gegen nachträgliche Veränderungen zu verteidigen und ihn dabei gar im eigenen Sinne hinsichtlich eines angeblich originalgetreuen Innenraums umzuinterpretieren (vgl. Stötzner 28.8.2009).

Offenbar war dieser Lernprozess – auch wenn er womöglich nur strategisch begründet ist – jeweils nur einigen Mitgliedern vorbehalten, während andere den Verein mit jeder entsprechenden Entscheidung verlassen haben. Es scheint, dass einerseits diejenigen stärker daran partizipierten, die aufgrund ihrer Vorstandsarbeit intensiver in Information und Diskussion der Gegenvorschläge eingebunden waren, und andererseits starke biografische Verknüpfungen oder religiöse Bindungen eine Annahme zeitgenössischer Entwürfe erschwerten. In besonderem Maße mag dies für die Brüder Koch gelten, für die das zentrale Argument für den Wiederaufbau eine „Wiedergutmachung“ des – auch persönlich erfahrenen – Unrechts der Kirchensprengung war: Dietrich Koch war 1968 als einziger Beteiligter an der Plakataktion verurteilt und nach vierjähriger Haft in die BRD ausgebürgert worden. In ihrer schon während der Bauzeit des „Paulinums“ veröffentlichten Denkschrift erkennen sie zwar das faktische Ergebnis an, doch hoffen sie, dass „der Wiederaufbau […] möglicherweise späteren Zeiten vorbehalten [bleibe], wenn die Universität und die Stadt Leipzig unbefangener mit der historischen Schuld umgehen“ (Koch/Koch 2006: 9). Entsprechend sei es Aufgabe des Vereins, dieses Fernziel auf Basis des Entwurfs weiter zu verfolgen (gemeint ist zunächst die Integration der Roßbach-Fassade). Verpflichtet sehen sie sich hier dem Vorbild des 1968 amtierenden Dekans der theologischen Fakultät Ernst-Heinz Amberg, der angesichts der Sprengung sagte: „Wir haben eine Kirche verloren, wir können nicht die Achtung vor uns selbst verlieren.“ Entsprechend dürfe man heute „nicht mit den Siegern jubeln und den Entwurf […] van Egeraats zur Erfüllung unseres Ziels erklären. Wir müssen uns der Entscheidung fügen, aber wir können sie nicht akzeptieren. Das ist nicht nur eine Frage der Satzung, sondern auch eine der Selbstachtung und Glaubwürdigkeit.“ Sofern dies als Vorwurf gegen den Pauliner-Vorstand anzusehen ist, scheint er allerdings eher in einer Nuance zu bestehen: Auch hier hofft man weiterhin auf Nachbesserungen, wenngleich man sich realistischer Weise allerdings auf das Innere beschränkt: Gerade, weil die Innenraumverkleidung lediglich aus „Gips und Plaste“ (Stötzner 28.8.2009) bestehe, wäre eine Umwandlung jederzeit möglich, durch die Bauverzögerungen hofft man sogar weiterhin auf eine baldige Abänderung oder zumindest einen Baustopp.

In der Reduzierung der Wiederaufbau-Forderung auf das Innere des Paulinums ist allerdings auch ein mehr oder weniger bewusst durchgeführter Wandel der Betonung der kirchlichen Nutzung enthalten, der im Laufe der Auseinandersetzung nach der Findung des architektonischen Kompromisses zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Dies ist für weite Teile des Paulinervereins allerdings weniger als Wertewandel zu verstehen als vielmehr der mühsame Lernprozess, dass, obwohl man im Baulichen viele Forderungen durchgesetzt hat, die von Anfang an intendierte, aber selten ausdrücklich geforderte Nutzung noch lange nicht erfüllt sein muss.

Die Wahrnehmung des Prozesses durch den Verein, wie sie im Interview durch Stötzner (28.8.2009) vermittelt wurde, ist auch insgesamt die des beständigen Eingehens von Kompromissen und des beständigen Zurückweichens von an sich für wichtig befundenen Positionen, ohne dass dies zu hinreichendem Respekt oder der Würdigung durch Einbeziehung geführt hätte (vgl. aber auch Häusers (10.9.2009) Aussage, dass entsprechende Versuche scheiterten). Dass er dennoch weitermacht, begründet er damit, Visionär zu sein, da er im Leben erfahren habe, „dass sich Dinge über Nacht ändern“. So sei ihnen etwa die van-Egeraat-Insolvenz „vom Himmel geschickt“ worden.

Wahrnehmung der Bürgerinitiative(n) durch weitere Akteure und Öffentlichkeit

Für die Außenwirkung der Bürgerinitiative ist eine deutliche Konjunktur auszumachen, die im Wesentlichen mit ihrer Aktivität, aber auch ihrer Geschlossenheit im Auftreten einhergeht. Dies

bedeutet letztlich, dass unter der durchaus autoritären Führung Blobels, trotz dessen bereits erwähnter negativen Begleiterscheinungen, von der stärksten Wahrnehmung des Vereins ausgegangen werden kann. Bezeichnend ist etwa, dass Heymann (26.8.2009) sich lediglich an Blobel als Vertreter des Vereins erinnern kann.

Mittlerweile scheint der Ruf, auch wegen der internen Querelen, die jeweils nach außen getragen wurden, aber auch wegen der als leidig betrachteten Diskussion um Glaswand und Namen, ruiniert, wenngleich dem Verein ein erheblicher Anteil an dem baulichen Ergebnis zugeschrieben wird (etwa Quester 25.8.2009).

Im Jahr 2001 kam es offenbar zum Versuch einer „feindlichen Übernahme“ (vgl. auch i. F. Koch/Koch 2006: 9) des Paulinervereins. Dabei sprach sich einerseits der damalige Vereinsvorsitzende Behrends „satzungswidrig für eine moderne Aula statt für eine Kirche“ aus, andererseits trat der Universitätsrektor als erklärter Wiederaufbaugegner dem Verein bei. In diesem Akt zeigt sich zum einen die spätestens nach dem zweiten Architekturwettbewerb eklatant werdende Zerrissenheit des Vereins, zum anderen aber auch die große Bedeutung, die ihm (dennoch) durch das gegnerische Lager zugeschrieben wurde.

5.25 Ergebnisse

Nach einer langen, kontroversen und häufig emotional geführten Debatte ist nicht von einer einhelligen Beurteilung der Ergebnisse durch die Akteure, die lokalen Medien und Fachpresse sowie Bevölkerung und Gäste auszugehen. Entsprechend dienen die nachfolgenden Ausführungen der Diskussion der verschiedenen Sichtweisen, sofern diese bekannt sind.

Baulich-räumliche Ergebnisse

Mit dem Neubau des Paulinums wird der Um- und Neubau des Innenstadtcampus der Universität Leipzig mit einem repräsentativen Gebäude abgeschlossen, das nicht nur den Zwecken der heutigen und zukünftigen Nutzung gerecht werden soll, sondern zudem als ein architektonisches Zeugnis einer engagierten Erinnerungskultur zu bewerten ist. Möglicherweise gerade weil das Gebäude eindeutig kein originalgetreuer Wiederaufbau ist, seine Zeitgenossenschaft deutlich zu erkennen gibt und den in ihm – zumindest weitgehend – verwirklichten Kompromiss zwischen radikal widerstreitenden Auffassungen zur baulich-räumlichen Geschichtsvermittlung sichtbar werden lässt, ist eine sehr eigenständige, kaum vergleichbare Architektur (Richter 2009) entstanden. Die Einschätzung der Universität Leipzig (2008: 1), das Gebäude werde „Architekturgeschichte schreiben“ darf zwar zumindest angezweifelt werden, dennoch kann die Architektur – soweit vor der Baufertigstellung erkennbar und allein vom optischen Eindruck bewertbar – als gelungen betrachtet werden. Zudem fügt es sich in Form und Ausdruck gut in das durch die Heterogenität der Architekturstile und die Dominanz verschiedener Großformen geprägte Ensemble des Augustusplatzes ein (vgl. Gormsen 10.9.2009). Die Überhöhung der Paulinerkirche durch die Dachlandschaft ermöglicht es dem Gebäude, auch neben dem Henselmann-Hochhaus als bedeutendes Bauwerk wahrgenommen zu werden (vgl. Stötzner 28.8.2009)

Bezweifelt werden darf angesichts von Entwurfszeichnungen und der bisherigen Wirkung des Gebäudes auch die Einschätzung des Architekten „Wer eine Kirche sehen will, sieht eine Kirche, wer eine Aula sehen will, sieht eine Aula“ (van Egeraat zit. in Kowa 2009: 8). Zu sehr sind zumindest in Mitteleuropa – anders vielleicht als im Angelsächsischen – die Anordnung und Form der Fenster im Spitzgiebel der Platzfassade und die gotischen Säulen in der dreischiffigen Halle mit christlichen Sakralbauten verknüpft, so dass bei den meisten Betrachtern das Bild einer Kirche überwiegen dürfte (vgl. etwa Quester 25.8.2009). Ob darin allerdings eine Nutzung (Wolff 10.9.2009) oder ein historisches Zitat (Schroth/Tesch 26.8.2009 verweisen darauf, dass dem Architekten die gesellschaftliche Metapher in seinem Werk nicht bewusst ist; vgl. Richter 2009) zum Ausdruck kommt, ist eine Frage der Interpretation. Abzuwarten bleibt, wie es im Betrieb und durch klare Regelungen gelingen kann, die problematische Nutzungsvielfalt, die ein wesentliches Problem der Wettbewerbsaufgabe darstellte und van Egeraat nur teilweise lösen konnte, zu handhaben.

Der Bau kann im Kern als eine populäre, wenn nicht gar aufgrund des Auswahlprozesses populistische Architektur betrachtet werden. Dabei weist Richter (2009) zwar darauf hin, dass es ihm gelinge, sowohl Freunde traditionalistischer wie zeitgenössischer Architektur anzusprechen, doch gilt

dies nur für diejenigen, die den Bau einerseits mit einem laienhaften Verständnis betrachten und andererseits nicht zu sehr für eine der beiden Lösungen eingetreten sind. So erklärt Stötzner (28.8.2009), dass der Bau schlicht als das „kleinere Übel“ empfunden werde, und Schroth/Tesch (26.8.2009) verweisen auf die zurückhaltende Meinung vieler Leipziger Architekten. Für die im Streit möglicherweise gar nicht eindeutig positionierte Bevölkerung hingegen bietet der Bau nun in seiner Einzigartigkeit einen erheblichen Erlebniswert, der zudem – etwa durch die Organik der bewegten Dachlandschaften – den ästhetischen Geschmack vieler Menschen treffen mag. Er entspricht zudem dem populären Bedürfnis nach Distinktion (Richter 2009). Die öffentlich gewählten Entscheider– also Stadt und Land, nicht aber die Universität – haben den Entwurf entsprechend begrüßt, zumal er auch ihrem, von der Bevölkerung zum Teil mitgetragenen Repräsentationswillen entspricht. In gewisser Weise die Leidtragende dieser Entwicklung ist die Universität, die zunächst erhebliche Bedenken gegenüber der Nutzbarkeit hatte und diese nun zum Teil gegen den „Volkswillen“ (etwa repräsentiert in den Befragungen zur Glaswand, vgl. LVZ 13.10.2008) und entsprechend kompromissbereitere politische Verantwortliche durchsetzen musste.

Der langwierige Prozess um die architektonische Gestaltung des Innenstadtcampus kann insofern als ein umfassendes Entwurfsverfahren angesehen werden, dessen – zunächst wohl gar nicht erkennbares – Ziel darin bestand, die angemessene und populäre Form des Erinnerns mit den Mitteln der Architektur zu finden. Dabei wurde von den wesentlichen Entscheidungsträgern von Anfang an die vom Paulinerverein mehr oder weniger deutlich geforderte Rekonstruktion entschieden abgelehnt – mit Ausnahme der Landesregierung ab 2002, wobei auch sie letztlich der Wettbewerbsauslobung ohne originalgetreuen Wiederaufbau zustimmte. Insofern ging es ganz wesentlich darum auszuloten, welche zeitgenössische Architektursprache dem Ort und den von der Bevölkerung und den im Paulinerverein versammelten „Betroffenen“ gerecht werden kann. Dass letztlich nach einem sehr aufwendigen, konfliktreichen Verfahren etwas realisiert wird, das den bereits 2002 formulierten Vorstellungen Gormsens (LVZ 30.12.2002, vgl. Gormsen 2003, ders. 10.9.2009, Koch/Koch 2006: 64–66) in erheblichem Maße entspricht, ist aus dessen Sicht wesentlich damit zu begründen, dass für die Verfechter einer zeitgenössischen Lösung lange Zeit die Gleichung „Moderne ist Flachdach“ galt, andererseits aber Flachdächer in der Bevölkerung – zumal nach der Diskussion um das Bildermuseum – nicht vermittelbar gewesen wären. Er verweist hier auf einen für ihn sehr guten Beitrag Bofingers zum ersten Realisierungswettbewerb, in dem dieser zum einen einen Spitzgiebel vorgesehen habe, zum anderen vor das damals noch nicht zum Abriss vorgesehene Universitätsgebäude eine bedruckte Glasfassade gestellt hatte, hinter die zudem erhaltene Fassadenreste angebracht worden wären. Hierfür erhielt er allerdings lediglich den fünften Platz.

Entwicklung der politischen Kultur und des zivilgesellschaftlichen Engagements

Trotz eher negativer Bewertung des Prozessverlaufs unter dem Gesichtspunkt der lokalpolitischen Kultur (vgl. nachstehend im Detail) erscheint ein längerfristiger diesbezüglicher Schaden relativ unwahrscheinlich, da das Wiederaufbauvorhaben für die Stadtpolitik als zu unbedeutend eingeschätzt wird und die Akteure, die sich etwa in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement behindert sehen, über einen zu geringen Rückhalt in der Stadtgesellschaft zu verfügen scheinen. Da mittlerweile (Anfang 2003) mit dem Bürgerverein Johanniskirchturm e.V. in der Stadt eine weitere Wiederaufbauinitiative entstanden ist (**www.johanniskirchturm.de**), erscheint das Scheitern der Maximalforderung nach originalgetreuem Wiederaufbau und die anhaltende Nutzungsdiskussion zudem hier auch nicht abschreckend gewirkt haben.

Das Potenzial zu Schuldzuweisungen und Verbitterung ist in jedem Fall gegeben, doch scheint es im Wesentlichen nur einzelne Individuen zu treffen, aber nicht stadtgesellschaftlich relevant zu sein. Dies ist insofern bemerkenswert, als in erheblichem Maße konstituierende Elemente des gesellschaftlichen Zusammenlebens übergangen wurden: Von der „Treuwidrigkeit“ des Landes (Häuser 10.9.2009) über die unterschiedliche Interpretation des Harms-Kompromisses (vgl. Stötzner 28.8.2009) und die fehlende Beteiligung von Bürgern und Experten (Heymann 26.8.2009) bis hin zum Eindruck einer machtpolitisch motivierten Okkupation von Sachthemen (Quester 25.8.2009) – all dies hätte zu erheblichen Verwerfungen führen können. Ein weiterer Grund, warum dies nicht geschehen ist, mag darin liegen, dass wesentliche Entscheidungen keine städtischen, sondern solche des Freistaates und der Universität waren (Heymann 26.8.2009) und dass andererseits in der Stadt wichtige Bündnisse wie das zwischen Universitäts- und Verwaltungsspitze eher gestärkt wurden. Zu den persönlichen Verlierern zählten sicher der zurückgetretene Universitätsrektor Bigl (Häuser 10.9.2009) und die aus der Jury unter Protest ausgeschiedenen Architekten (Quester 25.8.2009), aber auch diejenigen

Rekonstruktionsbefürworter, die entweder eine stärkere Nähe zum Original für erforderlich gehalten haben oder denen eine kirchliche Nutzung wesentlich war.

Besonders bedeutsam ist das Ergebnis für die Arbeit des Paulinervereins. Durch die geringe Anerkennung der Arbeit sind das Engagement nach 17 Jahren zurückgegangen und viele Engagierte ermüdet. Stötzner (28.8.2009) bedauert, dass hier die Verwirklichung des Vorhabens nicht zu Eigenengagement und Identifikation geführt habe. Dafür fehlten der bewusste Durchbruch und der Aufruf zum gemeinsamen Anpacken. Trotz der Zustimmung zum Egeraat-Entwurf und obwohl er im Prinzip das Ziel des Vereins verwirklicht, habe dieser seitdem weiterhin in der Opposition bleiben müssen. Dies habe auch dazu geführt, dass auf der letzten Mitgliederversammlung vor zwei Jahren die Frage nach der Sinnfälligkeit der Vereinsarbeit gestellt wurde. Bereits als es 2005 zu den für den Verein nicht tragbaren Veränderungen des Egeraat-Entwurfs kam, wurde die Forderung nach Auflösung erhoben, dann allerdings mit deutlicher Mehrheit abgewendet. Allerdings ergebe sich für den Verein eine Notsituation, die auch zu Austritten führe. Allerdings ist das Engagement nicht vollkommen erloschen und kam auch aus dem Paulinervorstand heraus die Initiative für die Gründung der Stiftung als mögliche dauerhafte Nachfolge des Vereins, der als Aktionsform für eine begrenzte Zeit konzipiert war.

Schaden hat sicherlich auch das Wettbewerbswesen in der Architektur genommen, weil zum einen der erste Realisierungswettbewerb, der ohnehin ohne ersten Preis endete, nicht zu einer entsprechenden Realisierung führte und somit die hier getroffene Entscheidung aufgebrochen wurde (vgl. Quester 25.8.2009). Stattdessen wurde für die – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung (für die gengesätzliche Auffassung der Universität vgl. Häuser 10.9.2009) – wichtigsten Teile ein „Qualifizierungsverfahren“ durchgeführt, das letztlich als eigenständiger Wettbewerb anzusehen ist. Zum anderen aber insbesondere auch, weil innerhalb dieses zweiten Wettbewerbs die Richtlinien für Architekturwettbewerbe deutlich missachtet wurden, ohne dass das zu einer entsprechenden Reaktion seitens des Auslobers – also des Freistaats – geführt hätte, sondern sogar zum Teil davon ausgegangen wird, dass dieser von der Regelverletzung, wenn er sie nicht bewusst herbeigeführt oder wissentlich in Kauf genommen, so doch zumindest profitiert hat (vgl. Stötzner 28.8.2009, Gormsen 10.9.2009, Häuser 10.9.2009).

Lokale Identifikation

Engmann (2008: 5) geht davon aus, dass die DDR-Architektur des Universitätscampus’ in der Bevölkerung niemals die verlorenen Gebäude habe ersetzen können, spricht von der „Wunde der Sprengung“, die „nie verheilt“ sei. Allerdings ist er auch bereit, dem Henselmann-Hochhaus einen gewissen Identifikationswert zuzuschreiben, da es einerseits die Siluette der Stadt präge und dadurch zum Wahrzeichen geworden sei und andererseits von den Leipzigern die Spitznamen „Weisheitszahn“ und „Uni-Riese“ bekommen habe. Während diese Frage wenig Beachtung findet, sind die Einschätzungen über den architektonisch markanten Neubau kontrovers. Die Einschätzung, dass dies letztlich erst nach Baufertigstellung beurteilt werden kann (Quester 25.8.2009), ist sicher zum Teil richtig ist. An dieser Stelle soll allerdings die Auffassung vertreten werden, dass gerade die Kontroverse, der lange Konflikt und die – trotz unterschiedlicher Bewertung hinsichtlich Geschmack, Wirkung, entwurflicher Qualitäten etc. – Einzigartigkeit der gefunden Lösung ein erhebliches Identifikationspotenzial bietet. Bestärkt wird diese Einschätzung durch die im Bau und Prozess angelegten Angebote zur (stadt-)historischen Vermittlung (siehe Vermarktung).

So formuliert etwa Richter (2009), dass die Ablehnung des Wideraufbaus innerhalb der Stadtgesellschaft gar als „ein Rückbesinnen auf eigene, eher progressive Werte verstanden“ und „die Ablehnung als ein Bemühen um Distinktion gegenüber von Außen herein getragenem Traditionalismus gelesen“ werden könnte, wobei der Universität die Rolle der standhaften Abwehr zukommen würde. Dies allerdings würde nicht nur davon ausgehen müssen, dass dem Paulinerverein keine Breitenwirkung gelungen ist, was sicher zutreffend ist (vgl. Wolff 10.9.2009), sondern ihm auch ein lokaler Rückhalt fehlt. Letzteres ist so nicht zutreffend, stellt eine Überbewertung der Rolle Blobels und anderer Nicht-Leipziger dar und verkennt die zeitweise vorhandene mehrheitliche Zustimmung in Umfragen und Abstimmungen. Dass nach anfänglichen euphorischen Äußerungen (z. B. Tiefensee, Blobel) im Moment niemand den Bau bejubelt – außer der dazu im Jubiläumsjahr angehaltenen Universität in ihrer Außendarstellung (Universität Leipzig 2008) –, könnte so auch dazu führen, dass die Konfliktparteien mit einigem Abstand zur Debatte in ihm eine gütliche Einigung oder einen gelungenen Kompromiss erkennen. Schroth/Tesch (26.8.2009) gehen davon aus, dass eine

Meinungspluralität nach der Fertigstellung auch der bürgerschaftlichen Tradition Leipzigs entsprechen würde.

Begrenzen könnte diese Identifikationswirkung neben dem insgesamt geringen Interesse der Bevölkerung und der Stadtpolitik an der Diskussion (Gormsen 10.9.2009), das sich aber mit dem Baufortschritt deutlich gesteigert hat und über die übliche Begutachtung von Neubauten hinaus geht (Heymann 26.8.2009), vor allem die relativ gesicherte Erkenntnis, dass die Paulinerkirche – bei allem Verlust und aller Bedeutung des Sprengungsprozesses – keine symbolische Aufwertung erfahren hat und insgesamt nicht über eine etwa mit der Dresdner Frauenkirche vergleichbare Funktion verfügte (Quester 25.8.2009). Sicher ist auch zutreffend, dass Leipzig zunächst sowohl stadt- und kulturhistorisch als auch zeitgeschichtliche wichtigere Gebäude besitzt – etwa die „89er-Ikone" (Quester 25.8.2009) Nikolaikirche und die Thomaskirche. Allerdings bieten diese historischen Gebäude in weit geringerem Maße Anlass zur Auseinandersetzung mit dem Gebäude und seiner Geschichte (vgl. Heymann 26.8.2009). Durch eine Vermittlung, die die vielfältigen historischen Bezüge und ihre unterschiedlichen Interpretationen aufgreift, die innerhalb der Debatte deutlich geworden sind, ist es möglich, diese Auseinandersetzung mit dem Gebäude zu fördern. Allerdings ist nicht bekannt, dass hierfür Pläne jenseits von monatlichen Baustellenführungen und der touristischen Vermarktung bestehen, von der allerdings auch Wirkungen auf die Leipziger Bevölkerung durch die Erzählung von Gästen oder den touristischen Blick auf die eigene Stadt möglich sind. Ob dies, wie Stötzner (28.8.2009) vermutet, tatsächlich mit dem ursprünglichen Entwurf van Egeraats einfacher gewesen wäre, lässt sich wohl tatsächlich erst nach Fertigstellung beurteilen – zumal momentan Diskussionen um Kosteneinsparungen bestehen (vgl. Gormsen 10.9.2009). Da es sich allerdings um eine populäre Architektur zu handeln scheint, sind Veränderungen im Detail und vor allem im Innenraum möglicherweise zu verschmerzen, zumal die fachliche Einschätzung zum Teil auch Egeraats ursprünglichen Entwurf negativ bewertete (vgl. Schroth/Tesch 26.8.2009, Koch/Koch 2006: 67–72). Selbst die Glaswand könnte noch eine Anregung zur Auseinandersetzung bieten und letztlich zur – möglicherweise kritischen – Identifikation dienen. Ob das Gebäude kirchlich genutzt und in welchem Maße die Leipziger Bevölkerung christlich oder säkular ist (vgl. Seyfarth 2009), erscheint hingegen nicht unbedingt relevant für diese Form der Identifikation.

(Touristische) Vermarktung

Schon in der Bauphase ist das Paulinum Station von Stadtführungen und wird das dort Erklärte in der Thomaskirche mit Blick auf den Paulineraltar aufgegriffen. Darin zeigt sich nicht nur, wie stark der Neubau in die Stadtgeschichte integriert ist und dass bereits der Rohbau reicht, um für eine entsprechend Vermittlung Anlass zu bieten, es in die touristische Präsentation der Stadt zu integrieren. Damit dient es der Vermarktung Leipzigs als Stadt der Bildung, Forschung, Musik und des Geistes für diejenigen, die als Gäste nach Leipzig kommen. Es ermöglicht einen weiteren Zugang zur Geschichtsvermittlung vom Zweiten Weltkrieg über die DDR-Zeit bis hin zur friedlichen Revolution, aber auch der Entwicklung der Universität über die Gesamtdauer ihres 600-jährigen Bestehens.

Trotz der populären, den Massengeschmack bedienenden, durchaus spektakulären Architektur (Gormsen 10.9.2009) bleibt abzuwarten, ob das Gebäude als solches jedoch ausreicht, um entsprechend mancher Star-Architekturen eigenständig Besucher anzuziehen. Aufgrund der durchaus kritischen Einschätzung in der Architekturszene ist dies jedoch zu bezweifeln (vgl. Quester 25.8.2009).

Für die Vermarktung weniger förderlich ist, dass der Bau zumindest im Inneren nicht rechtzeitig für die Feierlichkeiten zum Universitätsjubiläum fertig gestellt wird und damit den dann erwarteten Gästen aus aller Welt nicht im erhofften Umfang präsentiert werden kann, obwohl weiterhin davon ausgegangen wird, dass der Festakt in der unfertigen Aula stattfinden wird. Dies bietet allerdings auch die Möglichkeit, mehrfach zu feiern und das Gebäude so häufiger zu präsentieren (Gormsen 10.9.2009). Schon heute tut die Universität dies medial. Viele der zum Jubiläum hergestellten Werbematerialien ziert die Außenansicht des neuen Paulinums. Auch auf der Gedenkmünze ist es als zusätzliches grafisches Element in vereinfachter Form abgebildet, während die Post eine alte Ansicht von 1845 als Motiv auswählte (Leipziger Internet Zeitung 2.7.2009). Schließlich erhält die Universität mit dem Gebäude auch eine repräsentative Aula und wird damit zusätzliche Möglichkeiten haben, Kongresse und andere wissenschaftliche wie kulturelle Veranstaltungen abzuhalten, was indirekt wiederum der Vermarktung von Stadt und Universität dient (vgl. Häuser 10.9.2009).

_____

Internetquellen

- www.stadtbild-deutschland.de (Zugriff 21.10.2009)
- www.buerger-pro-uni.de (Zugriff: 6.10.2009)
- www.esg-leipzig.de (Zugriff: 6.10.2009)
- www.evlks.de (Zugriff: 6.10.2009)
- www.johanniskirchturm.de (Zugriff: 6.10.2009)
- www.paulinerkirche.de (Zugriff: 6.10.2009)
- www.paulinerkirche.org (Zugriff: 6.10.2009)
- www.paulinerverein.de (Zugriff: 6.10.2009)
- www.paulinum-glaswand.de (Zugriff: 6.10.2009)
- www.stiftung-universitaetskirche.de (Zugriff: 6.10.2009)
- www.uni-leipzig.de (Zugriff: 6.10.2009)
- www.verhoer.de (Zugriff: 6.10.2009)
- www.nextroom.at; Zugriff: 01.09.2009
- de.wikipedia.org; Zugriff: 03.09.2009

Interviews

- Dieter Bartetzko (Frankfurter Allgemeine Zeitung/Feuilleton) am 24.09.2009
- Niels Gormsen (Stadtbaurat a. D. Leipzig) am 10.09.2009
- Franz Häuser (Rektor der Universität Leipzig) am 10.09.2009
- Sabine Heymann (Stadtratsfraktion der Christlich-Demokratischen Union Leipzig) am 26.08.2009
- Roland Quester (Stadtratsfraktion von Bündnis 90/die Grünen Leipzig) am 25.08.2009 (telefonisch)
- Johannes Schroth/Joachim Tesch (Bürgerinitiative „Für eine weltoffene, weltliche und autonome Universität Leipzig“) am 10.09.2009
- Ulrich Stoetzner (Vorsitzender Paulinerverein Leipzig) am 28.08.2009 (telefonisch)
- Christian Wolff (Pfarrer der Thomaskirche Leipzig) am 10.09.2009